

Forst



EBERSWALDER
FORSTLICHE SCHRIFTENREIHE
BAND XXXIII

TAGUNGSBERICHT

der gemeinsamen Forstpolitischen Jahrestagung des
MLUV, des BFV e. V., des LV Brandenburg-Berlin des BDF
sowie der LV Brandenburg der IG BAU vom 14. Juni 2007
in Paaren/Glien

Tagungsthema:

**Wald, Forstwirtschaft, Förster und
Gesellschaft – Wälder schaffen
Wachstum und sichern Lebensgrundlagen**

**EBERSWALDER
FORSTLICHE SCHRIFTENREIHE
BAND XXXIII**

TAGUNGSBERICHT

**der gemeinsamen forstpolitischen Jahrestagung
des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg,
des Brandenburgischen Forstvereins e. V.,
des Landesverbandes Brandenburg-Berlin des Bundes
Deutscher Forstleute
sowie der Landesvertretung Brandenburg der IG Bauern-
Agrar-Umwelt vom 14. Juni 2007 in Paaren/Glien**

Tagungsthema:

**Wald, Forstwirtschaft, Förster und
Gesellschaft – Wälder schaffen
Wachstum und sichern Lebensgrundlagen**

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam
Telefon: 03 31 / 8 66 72 37 und 03 31 / 8 66 70 17, Fax: 03 31 / 8 66 70 18
E-Mail: pressestelle@mluv.brandenburg.de
Internet: www.mluv.brandenburg.de

Landesforstanstalt Eberswalde
Alfred-Möller-Straße 1, 16225 Eberswalde
Telefon: 0 33 34 / 65-2 02, Fax: 0 33 34 / 6 52 06
E-Mail: lfe@lfe-e.brandenburg.de
Internet: www.lfe.brandenburg.de

Druck und buchbinderische Verarbeitung: hendrik Bäßler verlag Berlin

1. Auflage: 2.500 Exemplare

Eberswalde, im Oktober 2007

Titelfoto: Blick in den Tagungssaal, die Brandenburghalle des Märkischen Ausstellungs- und Freizeitzentrums
in Paaren/Glien Foto: *Jan Engel*

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen und Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung Brandenburgs zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhalt

Begrüßung zur gemeinsamen forstpolitischen Jahrestagung und Einführung in die Tagung 5 <i>Klaus Höppner</i>	5
Rede auf der forstpolitischen Jahrestagung 2007 von BFV, BDF, IG BAU und MLUV in Paaren/Glien 8 <i>Dietmar Woidke</i>	8
Akteure im Wald und ihre Gemeinwohlleistungen – brauchen wir sie im Klimawandel? 14 <i>Manfred Stock</i>	14
Gemeinwohlverpflichtung öffentlicher Forstbetriebe 21 <i>Chantal Ruppert</i>	21
Demographische Entwicklung und Beschäftigungsperspektiven im Ländlichen Raum 27 <i>Herrmann Ribhegge</i>	27
Ein Wald ohne Förster ist, wie ... eine Kirche ohne Pfarrer ... ein Fußballspiel ohne Schiedsrichter ... Wald, Waldbewirtschaftung und Förster in der öffentlichen Wahrnehmung 40 <i>Michael Suda und Stefan Schaffner</i>	40
Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung – aus Sicht eines Nadelholz verarbeitenden Sägewerkers 46 <i>Klaus Böltz</i>	46
Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung aus Sicht eines Verarbeiters von Laubstammholz 52 <i>Antje Maschmann-Fehrensén</i>	52
Erfordernisse und Anforderung an die Weiterentwicklung der Landesforstverwaltung: „Sagen Sie Ihre Meinung“ – Podiumsdiskussion zur Forstpolitischen Jahrestagung 59 <i>Jan Engel</i>	59
In der Eberswalder Forstlichen Schriftenreihe sind bereits erschienen 61	61



Foto: Stephan Loboda

Begrüßung zur gemeinsamen forstpolitischen Jahrestagung und Einführung in die Tagung

von
Prof. Dr. *Klaus Höppner*,
Vorsitzender des Brandenburgischen Forstvereins e. V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

namens der Veranstalter möchte ich Sie herzlich zu unserer gemeinsamen forstpolitischen Jahrestagung hier in Paaren/Glien begrüßen. Die hohe Resonanz mit mehr als 700 Teilnehmern zeigt das große Interesse an den zu behandelnden Themen. Wir hoffen, dass wir die bestehenden Erwartungshaltungen auch erfüllen können.

Einige Teilnehmer unserer Tagung möchte ich namentlich begrüßen, an erster Stelle den Agrar- und

Umweltminister unseres Landes, Dr. *Dietmar Woidke*, sowie die agrarpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen *Kornelia Wehlan*, Fraktion Die Linke.PDS, *Udo Folgart*, SPD-Fraktion, und *Dieter Helm*, CDU-Fraktion.

Die Bedeutung unserer Veranstaltung wird unterstrichen durch die Teilnahme weiterer Parlamentarier, so von *Alard von Arnim*, CDU-Fraktion des Brandenburger Landtages.

Ein herzliches Willkommen gilt dem Präsidenten des Deutschen Forstvereins, Dr. *Anton Hammer*, Baden-Baden, gleichzeitig Sprecher des am 20. April 2007 gegründeten Bündnisses für den Wald, dem die

Prof. Dr. *Klaus Höppner*

- 1948 in Delitzsch (Sachsen) geboren
- studierte Forstwirtschaft in Tharandt und promovierte dort 1975 am Institut für Forstökonomie
- nach der politischen Wende Leiter des Amtes für Forstwirtschaft Eberswalde
- leitet seit deren Gründung 1998 die Landesforstanstalt Eberswalde
- Vize-Präsident des Deutschen Forstvereins und Vorsitzender des Brandenburgischen Forstvereins
- Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gremien, so z. B. des Beirats der BFH Hamburg

Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), der Bund Deutscher Forstleute (BDF) und der Deutsche Forstverein (DFV) angehören.

Unter uns sind zahlreiche Vertreter aus der Holz verarbeitenden Industrie, die ich gleichfalls recht herzlich begrüßen möchte. Die einheimische Forstwirtschaft hat auch künftig rohstoffseitig die Voraussetzungen zu schaffen, damit die einheimische Holzverarbeitung mit hoher Wertschöpfung wirksam werden kann.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die anwesenden Teilnehmer aus anderen Bundesländern und dem Ausland, darunter der Stellvertretende Landwirtschaftsattaché der Französischen Botschaft, Herrn *Arnaud Brizay*.

Und auch eine leibhaftige Majestät ist unter uns, unverkennbar an ihrem Outfit, die frisch gekürte Brandenburgische Kiefernkönigin, Frau *Wiebke Krenzel*, Studentin an der Fachhochschule Eberswalde.

Werte Anwesende,

ein Blick zurück zeigt, dass wir bereits einmal eine gemeinsame forstpolitische Jahrestagung hatten, 1995 in Potsdam zum Thema „Wald und Forstwirtschaft in Brandenburg heute und morgen – Zukunftsanforderungen an eine zeitgemäße Forstverwaltung“. Einiges hat sich seither grundlegend geändert, z. B. die finanziellen Rahmenbedingungen, die der Landeshaushalt personenseitig zulässt. Die Haushaltskonsolidierung erscheint uns heute als das maßgebliche Kriterium, das zu schmerzlichen Konsequenzen bezüglich der künftigen Personalausstattung der Landesforstverwaltung führt und auch auf die Förderpolitik nicht ohne Auswirkungen bleibt.

Unser Tagungsmotto vor 12 Jahren lautete „Brandenburg – waldreiches Land. Wald – natürlicher Reichtum Brandenburgs“. Seither, vor allem in den letzten Jahren, erleben wir eine überzeugende Bestätigung dieses Mottos. Noch nie seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten wir einen derartigen Nachfrageboom auf den reproduzierbaren Rohstoff Holz. Erfreulicherweise verbunden ist damit aus Sicht aller Waldbesitzarten ein spürbares Ansteigen der Rohholzpreise. Der Alternative Nobelpreisträger Dr. *Hermann Scheer* sprach unlängst in Eberswalde von einer Renaissance des Sektors der Primärproduktion. Es wäre daher nur folgerichtig, die Landesforstverwaltung Brandenburg an diesen Entwicklungschancen teilhaben zu lassen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach wie vor aktuell und verbindlich ist der Gesetzesauftrag für die Forstwirtschaft, der bekanntlich in der gleichrangigen Bedeutung und nachhaltigen Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes besteht. Diese Multifunktionalität und damit auch die Sicherstellung der gemeinwohlorientierten Leistungen der Forstwirtschaft muss auch heute wichtigste Grundlage aktueller Forstpolitik sein. Trends wie der sich abzeichnende Klimawandel mit entsprechenden forstlichen Anpassungsstrategien, die Probleme des Landschaftswasserhaushalts, die Sicherung der Biodiversität in den Wäldern sowie die zunehmende Bedeutung auch der energetischen Holznutzung in Verbindung mit der Senkung des CO₂-Ausstoßes stützen diese These.

Deshalb sind aus Sicht der Veranstalter die Bewirtschaftung und die Pflege des Waldes auch künftig nachhaltig und naturnah auszurichten. Dabei sind neben der Nutzfunktion alle Gemeinwohlfunktionen als wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches und von der Gesellschaft akzeptiertes Wirtschaften sicherzustellen. In diesem Sinne müssen die Waldbewirtschaftung und die Beratung der Waldbesitzer professionell durch qualifizierte Forstleute erfolgen. Auch beim forstlichen Nachwuchs sollte daher eine personelle Nachhaltigkeit sichergestellt werden.

Als heutiges Tagungsthema haben wir das Motto: „Wälder schaffen Wachstum und sichern Lebensgrundlagen“ gewählt. Das soll mit konkreten Argumenten und Fakten untermauert werden. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage, ob und in welchem Maße Wald und Forstwirtschaft in unserem Lande den angemessenen Stellenwert in Politik und Gesellschaft haben, den sie unserer Ansicht nach verdienen. Angesichts der nunmehr sichtbaren Konturen des Konzeptes des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz zum geplanten Umbau der Landesforstverwaltung ist das eine durchaus legitime Fragestellung. Wir brauchen auch künftig eine funktionierende Forstverwaltung, die ihrem Gesetzesauftrag nachkommen kann.

Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Tagen ist der Unmut von vielen Beschäftigten der Landesforstverwaltung erneut deutlich auf die Straße getragen worden. Mit viel persönlicher Emotion und Herzblut wird um den richtigen Weg in die Zukunft gerungen. Dies zeugt von gelebter Demokratie – ist gut und richtig. Für den heutigen Tag sind sich die Veranstalter jedoch einig,

dass die Argumente bei der Podiumsdiskussion ausgetauscht werden sollen und müssen. Daher haben die Gewerkschaften bewusst zu keinen Willensbekundungen aufgerufen.

Uns ist aber auch klar, dass man einen kochenden Wasserkessel nicht sofort auf Normaltemperatur abkühlen kann.

Wir, die forstlichen Verbände und der Forstverein als Mitveranstalter, freuen uns, dass Forstminister Dr. *Woidke* sowie die agrarpolitischen Sprecher der im Brandenburger Landtag vertretenen Fraktionen sich diesen Fragen stellen werden. Unser Dank gilt zudem allen Vortragenden, die zu aktuellen Themen referieren werden. Das sind unseres Erachtens die Fragen, die entscheidende forstpolitische Relevanz besitzen; und wir haben zweifellos die Referenten gewinnen können, die nach unserer Ansicht am fundiertesten dazu Ausführungen machen können. Dies zeigt, dass unsere Jahrestagung breiter angelegt ist und sich nicht ausschließlich auf Themenstellungen der Landesforst fixiert.

Die anschließende Podiumsdiskussion bietet Gelegenheit, um in einen zielführenden Dialog eintreten zu können. Das sollten wir in aller Sachlichkeit tun. Bitte nutzen Sie dies ausgiebig.

Ich wünsche uns interessante Vorträge und eine angeregte Diskussion.



Foto: Stephan Loboda

Rede auf der forstpolitischen Jahrestagung 2007 von BFV, BDF, IG BAU und MLUV in Paaren/Glien

von

Dr. *Dietmar Woidke*

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe in den vergangenen drei Jahren bereits einige Forstreden halten dürfen. Keine fiel aber in so bewegte Zeiten wie diese.

Wir stehen vor dem grundlegendsten Umbau unserer Forstverwaltung seit Wiederbegründung unseres Landes 1990.

Dass eine so einschneidende Veränderung nicht ohne intensive öffentliche Diskussion abgehen kann, ist für

mich klar. Einige werfen mir vor, ich werde falsch beraten, andere sagen mir, das hätten wir schon 2001 machen sollen. Und immer höre ich, dass das alles nur im besten Interesse für den Wald in unserem Land gefordert wird. Die Wahrheit ist, dass ein langer, kollektiver Entscheidungsprozess stattgefunden hat.

Klar ist aber auch, dass wir uns vor dem Hintergrund knapper Kassen die Entscheidung nicht leicht gemacht haben und unter schwierigen Rahmenbedingungen das Beste „In Verantwortung für den Wald“ herausholen wollen.

Dr. *Dietmar Woidke*

– Jahrgang 1961

– gebürtiger Lausitzer

– Studium an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

– Promotion als Dr. agrar im Jahre 1993

– seit 1994 Mitglied des Landtages Brandenburg, u. a. Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

– seit 13. Oktober 2004 Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz

„In Verantwortung für den Wald“ hieß ja auch die Forstgeschichte, die unser Ministerium 1998 als Buch herausgegeben hat und die das Vermächtnis der Forstleute aus DDR-Zeiten enthält.

Diesem Erbe ist auch die heutige Generation von Förstern und Forstpolitikern verpflichtet.

Jede Generation muss jedoch ihre eigenen Entscheidungen unter ihren besonderen Rahmenbedingungen treffen. Dies kann uns keine noch so große Tradition und kein noch so großes Erbe abnehmen. Diesen aktiven Umgang meinte Goethe auch, als er schrieb: „Was du erbtst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Nun gibt es kaum ein anderes Erbe, das so körperlich und zugleich lebendig vor uns steht wie der Wald. Allein der Titel unserer Tagung „Wald, Forstwirtschaft, Förster und Gesellschaft – Wälder schaffen Wachstum und sichern Lebensgrundlagen“ deckt einen ganzen Kosmos rund um die Forstwirtschaft ab.

Aus diesem Universum an Fragestellungen haben Sie mir das Thema „Entwicklungschancen des Forst-Holz-Clusters in Brandenburg“ zugewiesen.

Da Forst und Holz – nicht nur, aber gerade auch in Brandenburg – seit Jahren boomen, scheint das auf den ersten Blick ein freundliches Thema für einen Landespolitiker zu sein. Die Potenziale haben wir vor einigen Jahren in einer Studie genauer ermittelt und mit Stolz verkündet. Ich könnte also mit schönen Botschaften glänzen.

Auf dem zweiten Blick ist diese Entwicklung aber kein Selbstläufer, sondern muss wirtschafts-, forst- und umweltpolitisch begleitet werden. Die Reform der Landesforstverwaltung messen wir auch daran, inwieweit aus Chancen für die heimische Forst- und Holzwirtschaft auch Entwicklungen werden. Wir werden auch nach Abschluss dieser Reform keinen „Wald ohne Förster“ haben können, um hier gleich den Titel eines Vortrags aufzunehmen, den wir nachher noch hören werden.

Die Landesregierung hat die Forst- und Holzwirtschaft als eine der 16 Schwerpunktbranchen ausgewählt und ihr damit gewissermaßen den roten Teppich bei der Wirtschaftsförderung ausgerollt.

Als eines der walddreichsten Bundesländer hat Brandenburg eine große Bedeutung auch im Bereich der Holzbe- und -verarbeitung. Das Gesamtcluster Forst und Holz zählt bundesweit insgesamt über 1 Million Beschäftigte in 185.000 Betrieben mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro.

Die Entwicklung der Holzwirtschaft in den neuen

Bundesländern nach 1990 und hier speziell in Brandenburg ist insgesamt ebenfalls nur mit dem Wort Erfolgsgeschichte zu beschreiben.

Die Holzindustrie hält in Brandenburg einen respektablen Anteil von 7 % an der gewerblichen Wirtschaft. Und mit Inbetriebnahme des Fiberboard-Werkes in Baruth wird dieser Anteil weiter steigen.

Über 1,3 Milliarden Euro beträgt gegenwärtig der Umsatz. Allein im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung von über 16 %.

Unsere Holzwirtschaft ist mittlerweile so aufgestellt, dass – bezogen auf die Rohstoffbasis – eine Kapazitätsgrenze erreicht ist.

Im Einzugsbereich von Brandenburg verarbeiten

- die Sägeindustrie etwa 6 Mio. Kubikmeter,
- die Holzwerkstoffindustrie fast 9 Mio. Kubikmeter und
- die Zellstoffindustrie 2,5 Mio. Kubikmeter Waldholz.

Weitere 2 Mio. Kubikmeter Holz werden in Großanlagen in Strom oder Wärme umgewandelt.

Das ist natürlich nicht alles Waldholz, denn in der Prozesskette fällt eine ganze Reihe von Produkten wie Rinde, Hackschnitzeln und Spänen an, die weiter verarbeitet werden.

Die günstigen Bedingungen des Gesetzes zur Einspeisevergütung haben zudem einen regelrechten Holztourismus ausgelöst. Inzwischen wird Altholz aus ganz Europa in Brandenburg verstromt.

Doch was ist, wenn die aktuelle Energiediskussion in den Exportländern ein Umdenken auslöst? So geschehen gerade in Holland. Lange Zeit war dort das Verbrennen von Altholz untersagt. Die Holländer haben sich entschieden, Altholz nicht mehr auszuführen, sondern dafür eigene Anlagen aufzubauen. Es sollen bereits Ende dieses Jahres drei Kraftwerke mit einem Altholzbedarf von 750.000 Tonnen an das Netz gehen. Altholz, das auf dem deutschen Markt fehlen wird.

Welche Dynamik Energiepreise beim privaten Verbraucher auslösen können, haben wir im vergangenen Jahr erlebt.

In insgesamt 256.000 privaten Öfen und Heizanlagen werden schon jetzt etwa 500.000 Kubikmeter Holz verheizt. Dabei wird die Leistung der installierten Anlagen aber nur zu etwa einem Achtel ausgenutzt. Das bedeutet, dass im privaten Hausbrand bis zu 4 Mio. Kubikmeter Holz in den bestehenden Anlagen verheizt werden könnten. Die Versorgung der

heimischen Holzwirtschaft wird auch deshalb in den kommenden Jahren nicht einfacher.

Wie sieht es nun mit der künftigen Rohstoffversorgung aus Brandenburger Wäldern aus?

Die Altersstruktur und die standörtlichen Verhältnisse haben einen entscheidenden Einfluss auf die Höhe und Zusammensetzung des Holzvorrats. Es gehörte zum Lebenswerk der vorangegangenen Förster- und Waldbesitzergenerationen, aus den Überresten der zerschundenen Wälder der Nachkriegszeit solche Wälder aufzubauen.

Aus diesem Grund sind aber auch die meisten Bestände in den mittleren Altersklassen. Und wenn ich an die Brandenburger Streusandbüchse denke, dann ist das standörtliche Potenzial im Vergleich zu den anderen Bundesländern eher bescheiden.

Diese Faktoren sind eine Ursache dafür, dass unsere Region zwar die höchsten Holzvorräte seit Jahrzehnten hat, mit 239 Vorratsfestmetern pro Hektar neben Sachsen-Anhalt aber die niedrigsten Durchschnittsvorräte Deutschlands aufweist. Dieser durchschnittliche Vorrat in der Bundesrepublik liegt bei 317 Vorratsfestmetern, also deutlich höher.

Aber während nur 7 % des gesamten deutschen Holzvorrats in unserer Region wachsen, sind gleichzeitig 26 % des deutschen Kiefernholzvorrats hier konzentriert. Darauf hat sich unsere Holzindustrie bestens eingestellt.

Mehr als die Hälfte des gesamten Holzvorrats in Brandenburg steht im Privat- und Körperschaftswald. Knapp ein Drittel wächst im Landeswald, wobei die Vorräte im Landeswald etwas über dem brandenburger Durchschnitt liegen.

Basierend auf den Ergebnissen der zweiten Bundeswaldinventur wurde eine Prognose zum potenziell möglichen Holzaufkommen für die kommenden 20 Jahre erstellt.

Das Gesamtnutzungspotenzial für alle Baumarten liegt zurzeit bei etwa 5,6 Millionen Festmetern. Zwar überwiegen die mittleren Altersklassen. Diese sind aber auch, bezogen auf ein Bestandsleben, die produktivsten Jahre. Dieses „Herauswachsen“ bedeutet, dass ab 2022 nur noch 4,5 Millionen Festmeter zur Verfügung stehen, verbunden allerdings mit einer Wertsteigerung. Was wird gegenwärtig tatsächlich genutzt? Im vergangenen Jahr wurden in Brandenburg 4 Millionen Festmeter eingeschlagen. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent.

Während wir im Landeswald nahe an dem sind, was wir unter Berücksichtigung des Abbaus von Pfeilerückständen nachhaltig nutzen können, schlummern

im Privatwald noch etliche Reserven. Wie hoch dieses Potenzial ist, kann nur über die geplante landesweite Waldinventur festgestellt werden. Niemand weiß, welche Holz mengen aus dem privaten Waldbesitz in die Öfen und Heizungen wandern.

Stichwort Mobilisierung des Privatwaldes: Was haben wir nicht alles versucht! Wenn ich eingangs sagte, dass die Holzindustrie in Brandenburg hervorragend aufgestellt ist, dann muss ich diesen Satz damit ergänzen, dass ihr gegenüber der Waldbesitz in seiner Struktur eher mittelalterlich dasteht.

Wenn es uns nicht gelingt, beinahe jeden Waldbesitzer von einer aktiven Teilnahme am Markt zu überzeugen, dann befürchte ich, dass wir den erreichten Stand nicht halten können. Wir wollen hier auch künftig weitere Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Gleichwohl sehe ich hier auch eine zunehmende Verantwortung bei den Waldbesitzern und den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen.

Die wirtschaftliche Ausgangslage hierzu könnte kaum besser sein. Denn schon im vergangenen Jahr bestand zwischen Angebot und Nachfrage ein Defizit von etwa 1 Million Kubikmeter.

Damit möchte ich keine Panik verbreiten oder die Abkehr von unseren Prinzipien der ökologischen Waldbewirtschaftung heraufbeschwören. Fast wöchentlich werden Befürchtungen an mich herangetragen, dass die Landesforstverwaltung Brandenburg mit ihrer Strategie der ökologischen Waldbewirtschaftung und der damit einhergehenden Erhöhung des Wertholzanteils am Markt vorbei produziert.

Unser Ziel ist es, für die Kunden eine breite Sortimentspalette von Hölzern bereit zu halten, von der Furnierkiefer bis zum Brennholz.

Brandenburg ist das Bundesland, in dem sich die Folgen des Temperaturanstiegs eher als in anderen Regionen Deutschlands zeigen. Das liegt in geringen Niederschlägen und in der relativ geringen Speicherkapazität unserer Sandböden begründet.

Was können wir dem entgegensetzen? Wir dürfen den Klimawandel nicht ignorieren, wir müssen ihn akzeptieren, ihn begrenzen und Anpassungsstrategien finden.

Wir haben Forschungseinrichtungen, die im Verbund zu starken Leistungen fähig sind. Ich denke dabei an unsere Landesforstanstalt, die Universitäten und Fachhochschulen. Aber auch an das Institut für Klimafolgenforschung Potsdam.

Mit einem standortgerechten, gemischten Wald

sind wir gut aufgestellt. Auch Nebenbaumarten wie beispielsweise Linde, Hainbuche oder Ahorn könnten zur Risikominimierung beitragen und lassen sich wirtschaftlich nutzen. Die Steuerung des knappen Guts Wasser im Bestand durch gezielte Entnahme von Bäumen zum richtigen Zeitpunkt wird zunehmend wichtig. Generell ist die Wasserspeicherfunktion der Wälder zu verbessern. Jedes Waldmoor, das noch seine Wasserspeicherfunktion besitzt, muss erhalten werden.

Für den Landeswald als Produktionsstätte des nachwachsenden Rohstoffs Holz hat die Landesregierung die schwarze Null als Ziel vorgegeben.

Die Erhaltung des Wertpotenzials steht im Vordergrund der Waldentwicklung. Es geht uns dabei nicht mehr nur darum, möglichst viel brandenburgisches Holz auf den Hof der in hier ansässigen Industriebetriebe zu legen.

Wir wollen dauerhaft alle mit der Waldbewirtschaftung verbundenen Kosten decken. Das gelingt dann, wenn wir nicht nur Masse, sondern auch Klasse verkaufen. Dabei dürfen wir nicht nur von einem sortenspezifischen Holzmarkt abhängig sein, sondern in unseren Wäldern einen wohl sortierten Gemischtwarenladen vorhalten. Wir wollen verschiedene Baumarten und Sortimente anbieten, um auf alle Marktsituationen reagieren zu können. Viele Baumarten zur Verfügung zu haben, ist nicht nur in Bezug auf den Klimawandel günstig, sondern schafft auch Sicherheit auf dem Markt.

Mit dem Brandenburger Waldprogramm haben wir uns vorgenommen, den Landeswald nach guter fachlicher Praxis zu bewirtschaften. Hierzu gehören der Erhalt und die Entwicklung gemischter und gestufter Wälder.

Bis 2010 soll der Landeswald vorbildlich nach der Waldbaurichtlinie gepflegt sein.

Pflegen heißt aber nicht immer Holz hauen, sondern zunächst einmal zu prüfen, welche Pflege und in welcher Intensität erforderlich ist. Leider weist der aktuelle Zustand des Landeswaldes in Teilen noch immer einen großen Pflegerückstand auf, der aber abgebaut wird.

Die Zahlen der Bundeswaldinventur belegen die Notwendigkeit des Abbaus der Pflegerückstände. Hier ist für den Landeswald Brandenburgs für die Jahre 2003 bis 2012 eine jährliche Nutzungsmenge von 1,8 Millionen Festmetern angegeben. In den letzten Jahren lagen wir deutlich darunter.

Von einer Übernutzung des Landeswaldes, wie uns die Bürgerinitiative „Brandenburger Wald“ vorwirft,

kann also nicht die Rede sein. Nach 2010 wird der Holzeinschlag wieder auf einen geringeren langfristigen Nachhaltshiebsatz zurückgehen.

Wo aber liegt dieser Hiebsatz? Wie wertvoll ist unser Landeswald wirklich? Welche Holzsortimente finden wir im Landeswald? Wie entwickeln sich Vorrat und Zuwachs? Dies sind Fragen, die wir mit den derzeit angewandten Verfahren der Forsteinrichtung nicht ausreichend beantworten können. Wir werden ein neues Inventurverfahren im Landeswald einführen. Hierzu wurde in den vergangenen Jahren in der Landesforstanstalt Eberswalde und der Technischen Universität Dresden ein neues Verfahren entwickelt, das ab 2008 zum Einsatz kommen wird.

Viel genauer als die Bundeswaldinventur können wir dann sagen, wie die lokalen Wuchsverhältnisse sind und wie sich der Wert des Waldes und damit der Wert des brandenburgischen Vermögens entwickelt.

Ein strukturierter und naturnaher Wald ist gut geeignet, Störeinflüsse wie Waldbrände, Insektenvermehrungen durch natürliche Prozesse aufzufangen und damit eine hohe Leistungs- und Funktionsfähigkeit zu gewähren.

Die ersten Inventurergebnisse im Amt für Forstwirtschaft Eberswalde zeigen, dass wir mehr Verjüngungsvorrat haben als zunächst gedacht. Allerdings haben wir das Ziel einer weitgehend natürlichen Verjüngung unseres Landeswaldes bei weitem nicht erreicht.

Da der größte Teil des Landeswaldes auf Grund der Kiefernreinbestände nicht dem Idealbild eines stabilen, struktur- und artenreichen Waldes entspricht, müssen erhebliche Mittel für die Risikovorsorge und zur Gefahrenabwehr aufgewendet werden. Die Absenkung dieser Kosten steht somit im direkten Zusammenhang mit der Zunahme an Stabilität und Elastizität.

Bei den Risikokosten hat der Zaunbau zur Wildschadensabwehr mit 3 Millionen Euro den größten finanziellen Anteil.

Die Ergebnisse des Verbissmonitorings im Landeswald belegen, dass in weiten Teilen unseres Landes nicht nur Eiche und Buche nur im Zaun verjüngt werden können, sondern sogar die Verjüngung der Kiefer oftmals nur im Zaun gelingt. Wir müssen diesen Zustand verändern.

Nur dann schaffen wir den Waldumbau mit den in Zukunft vorhandenen Finanzmitteln.

Beim Thema Jagd werde ich immer wieder auf den Brandenburger Weg – die Einheit von Wald und Wildbewirtschaftung – angesprochen. Die Beiträge der oft emotional geführten Diskussion reichen von

überzogenen Hege- und Wildbewirtschaftungsvorstellungen auf der einen Seite bis zur Forderung des Totalabschlusses auf der anderen.

Selbstverständlich kann die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes nur in einer Einheit mit der Wildbewirtschaftung erfolgen. Wollen wir den oben beschriebenen Waldzustand erreichen, müssen sich die Ziele der Jagd an der Entwicklung vitaler und leistungsfähiger Waldbestände orientieren. Hier sehe ich Forstleute, Waldbesitzer und Jäger gleichermaßen in der Pflicht.

Sehr geehrte Mitarbeiter der Landesforstverwaltung!

Wir werden, auch im Interesse der heimischen Forst- und Holzwirtschaft, den Vorschlag unterbreiten, die Landesforstverwaltung in einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) neu organisieren.

Das geschieht, weil der Landtag im Gesamtinteresse des Landes im Mai 2005 beschlossen hat, die Netto-Neuverschuldung bis auf Null herunterzuführen.

Ich trage – wie offensichtlich die Mehrheit der Öffentlichkeit – diesen Beschluss nach wie vor mit, auch wenn er für uns schmerzlich ist.

Diese Kürzung beruht nicht auf einer Aufgabenkritik, wie oft bemängelt wird. Dies war bei der gewählten Herangehensweise auch nicht möglich.

Im eigenen Haus, mit dem Finanzministerium und schließlich im Kabinett haben wir darüber beraten, wie wir diesen Beschluss umsetzen.

Letztendlich sind wir wieder auf das schon 2001 diskutierte Modell einer Anstalt zurückgekommen.

Wir wollen im Rahmen der Möglichkeiten, die Anstalt, weil

- sie die besten Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung bietet und alle anderen Aufgaben entsprechend der Beauftragung erledigt werden können;
- weil eine AöR die höchste Flexibilität der Personalführung sicherstellt;
- weil die Zielsetzung der AöR vom Parlament vorgegeben wird, sie aber in ihrem Handeln eigenständig ist.

Wir haben die Chance, eine Struktur aufzubauen, die eine Halbwertszeit von mehr als fünf Jahren hat. Das haben Sie seit der Wende ja nicht so häufig erlebt.

Über die konkrete Ausgestaltung der Anstalt werden wir sicher mit dem Landtag im Rahmen der Beratung eines zu erarbeitenden Errichtungsgesetzes noch viel diskutieren.

Mit Blick auf die jährlichen Haushaltsverhandlungen müsste eigentlich bei Ihnen die Zustimmung für eine Anstalt riesengroß sein. Offenbar wiegen sich aber viele in der Hoffnung, dass es in den kommenden Jahren schon nicht so schlimm kommen wird, weil die Steuereinnahmen und die Holzpreise derzeit hoch sind. Die Mittel sind jedoch für den Schuldenabbau bereits gebunden.

Den Landeswald müssen wir künftig mit der so genannten schwarzen Null bewirtschaften.

Damit geht es dem Land künftig wie jedem Privatwaldbesitzer schon heute. Er bekommt für die Bewirtschaftung seines Waldes auch keine Zuschüsse.

Die Gemeinwohlleistungen werden gesondert und auch weiterhin öffentlich finanziert, allerdings mit den bekannten jährlichen Kürzungen von 2,5 % bis 2015.

Diese Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Landesforstverwaltung sind vorgegeben und nicht mehr verhandelbar, egal ob am Ende eine Anstalt gebildet wird oder nicht.

Es kann nur darum gehen, eine Struktur zu formen, die es ermöglicht, die Aufgaben unter diesen Einsparungsbedingungen möglichst gut zu bewältigen.

Dass das geht, haben wir bereits in der Vergangenheit zeigen müssen, nicht nur in der Forstverwaltung, sondern in unserem gesamten Geschäftsbereich.

Die Spezialisierung, verbunden mit einer weiteren Rationalisierung, wird dazu führen, dass Sie Aufgaben effektiver wahrnehmen können.

Mir ist auf der Forst-Demo am Dienstag von vielen Kollegen vorgehalten worden, dass unser Detailkonzept unausgegoren sei und nicht ins Kabinett gehört. Immerhin sichert es zu, dass auch in Zukunft kein Forstmitarbeiter entlassen wird. Wir behalten die Einheitsforstverwaltung, bleiben in der Fläche präsent und das Forstvermögen wird zusammengehalten.

Das würde ich immerhin ein verantwortbares forstpolitisches Programm nennen.

Ich weiß auch, dass ich Sie nicht erst dazu auffordern muss, in den kommenden Monaten mit den Abgeordneten des Landtags über das Errichtungsgesetz zu diskutieren und sich Mehrheiten für Ihre Anliegen zu organisieren. Das passiert schon und ist Teil des demokratischen Wechselspiels zwischen Landesregierung und Gesetzgeber. Die Abgeordneten schauen schon jetzt mit Argusaugen auf das, was wir tun und sie werden dies beim Errichtungsgesetz erst recht tun.

Der Wechsel in eine AöR ist auch der Wechsel eines Arbeitgebers. Für mich war es wichtig, dass die Beschäftigten der Landesforstverwaltung nicht aufgeteilt werden und nicht nur die Beschäftigten der Zielstruktur in die AöR gehen. Der Arbeitgeberwechsel bedeutet aber auch, dass die Vermittlung von Beschäftigten auf andere Stellen in der Landesverwaltung nicht ganz einfach ist.

Wir möchten möglichst bald mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung zur Begleitung des Überganges der Beschäftigten in die AöR und der weiteren Personalentwicklung schließen.

Der Arbeitgeberwechsel bereitet offensichtlich einigen von Ihnen Sorgen. Dazu möchte ich Ihnen sagen:

Sie bleiben im öffentlichen Dienst. Die AöR kann einen eigenen Tarifvertrag aushandeln. Sehen Sie die Chance, die für Sie darin liegen kann. Erzwungen wird ein neuer Tarifvertrag jedenfalls nicht.

Ich wünsche mir sehr, dass sich der Diskussionsprozess versachlicht und von Partikularinteressen befreit wird. Denn frei nach Adam Schwappach muss „jedes Streben nach Förderung der Standes-Interessen (...) in den Grenzen des Gedeihens des Gemeinwohls bleiben.“

Ich bin sicher, dass wir mit den vorgelegten Vorschlägen auf einem guten Weg sind und der Erfolg uns in einigen Jahren Recht geben wird.

(es gilt das gesprochene Wort)



Foto: Stephan Loboda

Akteure im Wald und ihre Gemeinwohleleistungen – brauchen wir sie im Klimawandel?

von
Prof. Dr. *Manfred Stock*
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Akteure im Wald und ihre Leistungen zum Gemeinwohl

Gemeinwohl wird vordergründig anthropozentrisch gesehen, als das allgemeine Wohl betreffend definiert und ist die politisch-soziologische Bezeichnung

für das Gemein- oder Gesamtinteresse einer Gesellschaft, das oft als Gegensatz zum Individual- oder Gruppeninteresse gesetzt wird (SCHUBERT, KLEIN 2006). Dabei wird in der Regel übersehen, dass in pluralistischen, offenen Gesellschaften die konkrete inhaltliche Bestimmung des Gemeinwohls immer von den Interessen und Zielen derjenigen abhängig ist, die sich auf das Gemeinwohl berufen, es bestimmen

Prof. Dr. *Manfred Stock*
– Jahrgang 1949
– gebürtiger Westfale
– Studium der Physik und Mathematik in Frankfurt/Main und Regensburg
– 1993 – 2002: Stellvertretender Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung,
– mehrfach Referent in forstlichen Veranstaltungen,
– einer der Initiatoren und aktiver Bestreiter des Master-Studienganges „Global Change Management“ an der FH Eberswalde, der 2006 aufgenommen wurde
– zurzeit geschäftsführender Abteilungsleiter Integrierte Systemanalyse am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

(wollen) oder denen es einen direkten Nutzen bringt. Dadurch können kurzfristige Nutzungsinteressen langfristige Interessen des Gemeinwohls, hier an Leistungen des Ökosystems Wald, in den Hintergrund drängen.

Leistungen der Akteure und Funktionen des Waldes

Die Leistungen der Akteure betreffen unterschiedliche Funktionen und Nutzungsarten des Waldes und lassen sich danach drei Gruppen von Funktionen zuordnen:

- Ökonomisch
 - Holznutzung, Biomasse
 - erneuerbarer Energieträger
 - Agroforstwirtschaft
 - Tourismusziel Wald
- Sozial / Kulturell
 - Gesundheit und Erholung
 - Arbeitsplätze, Kunstschaffen
 - Kulturlandschaft, Lebensstil
 - Mythos/Religion
- Ökologisch
 - Lebensraum, Biodiversität
 - Klimaregelung, Klimaschutz
 - Wasserspeicherung
 - Erosionsschutz

Neben ökonomischen und sozial-kulturellen Nutzungen durch menschliche Konsumenten in Wirtschaft und Gesellschaft hat die Erhaltung wichtiger ökologischer Funktionen des Waldes gerade für das Klima eine zentrale Bedeutung. Diese Funktionen nehmen nichtmenschliche Produzenten (Pflanzen) und Destruenten (Kleintiere und Mikroorganismen) wahr, deren Leistung in einer vorrangig an kurzfristigen ökonomischen Zielen ausgerichteten Praxis zu wenig wertgeschätzt wird.

Klimarelevante Funktionen des Ökosystems Wald

Drei ökologische Funktionen von Waldökosystemen sind für das Klima relevant und in Abbildung 1 skizziert: die Kohlenstoffspeicherung in Holz und Humus für den Klimaschutz, Verdunstung, Evapotranspiration, Strahlungsbilanz und Schattenbildung für mikro- und regionalklimatische Regulationsprozesse und – damit zusammenhängend – die Sammel- und

Speicherfähigkeit von Wasser auch bei Starkregen mit einhergehend verbesserter Grundwasserneubildung.

Dies ist für Brandenburg mit seinen niedrigen und weiter zurückgehenden Niederschlägen von elementarer Bedeutung für die Wasserbilanz.

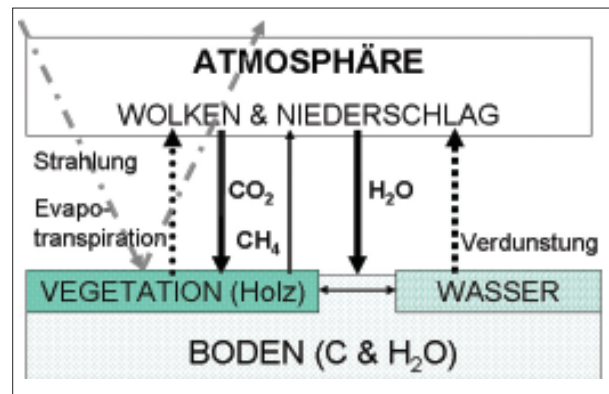


Abb 1: Die Waldvegetation hat eine Schlüsselfunktion im Austausch von Energie und Stoffen zwischen Erdoberfläche und Atmosphäre und damit im Klimasystem. Die Vegetation beeinflusst Strahlungsbilanz, Wasserspeicherung im Boden, Verdunstung und Wolkenbildung sowie die Bindung von Kohlenstoff, aber auch die Wiederfreisetzung von Treibhausgasen, wie CH_4 (Stock 2000)

Die Wasserbilanz eines Waldes hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Der Anteil des Kronendurchlasses (das Wasser, das direkt durch die Lücken im Kronendach auf den Waldboden fällt) ist abhängig vom Baumalter, der Baumart und der Waldstruktur: Laubbäume 57–78 %, Nadelbäume 70–80 % bei Starkregen, bei Schwachregen 15–20 %. Der Teil des Niederschlages, der von Blättern, Nadeln und Ästen zunächst zurückgehalten wird, beträgt je nach Baumart und Jahreszeit 10–40 %.

Davon verdunstet ein Teil, bevor er zu Boden gelangt, ein Teil tropft ab, ein Teil fließt am Stamm zu Boden. Der Niederschlag, der zu Boden kommt, fließt zu einem geringen Teil oberirdisch ab oder verdunstet wieder. Der größte Teil sickert in den Boden, wird dort gefiltert, von den Bäumen aufgenommen und fließt unterirdisch hangabwärts oder ins Grundwasser, befördert von tiefer Durchwurzelung des Bodens und seiner damit großen Wasserspeicherkapazität. Durch seine hohe Rückhalte- und Speicherfähigkeit vermindert der Wald Hochwassergefahren, liefert in Trockenzeiten gleichmäßigere Wassermengen und hat so eine ausgleichende und regulierende Wirkung.

Der Klimawandel und mögliche Auswirkungen auf Waldökosysteme

Der aktuelle Kenntnisstand zum Klimawandel

In diesem Jahr hat der wissenschaftliche Weltklimabeirat der UN (IPCC) seinen vierten Bericht zum aktuellen Stand der Forschung zum Klimawandel, seinen Auswirkungen und den möglichen Maßnahmen dagegen vorgelegt (IPCC 2007).

Zum derzeitigen Klimawandel wird vom IPCC unter anderem festgestellt:

- Die globale Temperaturzunahme, wie sie etwa seit 1970 beschleunigt zu beobachten ist, kann nur unter Berücksichtigung der Freisetzung anthropogener Treibhausgase wie Kohlendioxid, Methan, Stickoxide und andere verstanden werden. Mit natürlichen Ursachen allein ist dies nicht zu erklären.
- Neben der Temperaturzunahme wird seit 1970 auch eine steigende Anzahl von Auswirkungen weltweit dokumentiert. Diese betreffen erstens physikalische Folgen der Erwärmung, wie Auftauen von Permafrostgebieten, Gletscherschmelze und ungewöhnliche Extremwetterereignisse. Zweitens zeigen sich signifikante und deutliche biologische Veränderungen in Flora und Fauna.
- Dieser Klimawandel hebt sich von historischen und erdgeschichtlich früheren durch Ursache, Umfang, Geschwindigkeit und mögliches Schadenspotenzial deutlich ab. Die Menschheit als Verursacher hat aber auch noch Handlungsspielraum, um global katastrophale Auswirkungen zu vermeiden.

Die seit 1900 beobachtete und bis zum Ende dieses Jahrhunderts weiter erwartete Entwicklung der globalen Erwärmung zeigt [Abbildung 2](#). Verschiedene zukünftige Entwicklungen der Treibhausgasemissionen (farbige Kurven) ergeben unterschiedliche Zukünfte. Ob man 2100 bei 4 Grad zusätzlich ankommt (dabei bleibt es dann nicht) oder eine nicht über 2 Grad hinausgehende Erwärmung erreicht, bedeutet den Unterschied zwischen verschiedenen Welten. Mit der ungezügelten Erwärmung erwarten wir katastrophale Zustände, im gezügelten Fall haben wir Chancen durch geeignete Anpassungsmaßnahmen damit zurechtzukommen. Diese 2 Grad über 1990 bedeuten allerdings größere Probleme, als die von der EU angestrebte Grenze für die globale Erwärmung, nicht 2 Grad über das vorindustrielle Niveau hinaus.

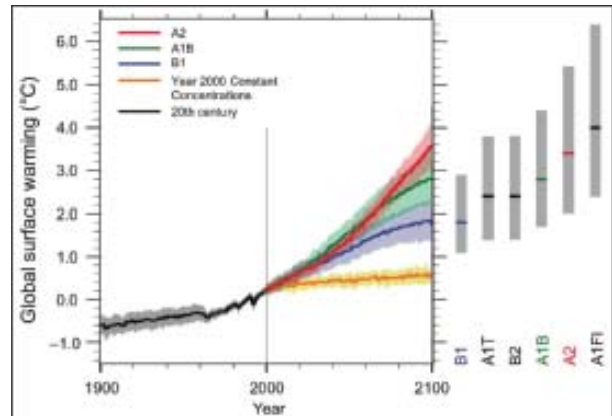


Abb. 2: Veränderung der mittleren Globalen Oberflächentemperatur (bezogen auf 1990). Links: Beobachtungsdaten 1900–2000; rechts: Simulation 2000–2100 (Mittel mehrerer Klimamodelle) für verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Emissionen von Treibhausgasen. Die Balken rechts stehen für die Unsicherheitsbereiche der Klimamodelle (IPCC 2007)

Grenzen der Belastbarkeit von Ökosystemen?

Ein großer Teil der bisher von der Menschheit freigesetzten Mengen an Kohlendioxid haben die Ökosysteme der Erde der Atmosphäre dankenswerterweise wieder entnommen. Berechnungen mit Ökosystemmodellen zeigen dies ebenso, wie mögliche Grenzen der Aufnahmekapazität der Biosphäre, siehe [Abbildung 3](#). Bei weiter voranschreitender Er-

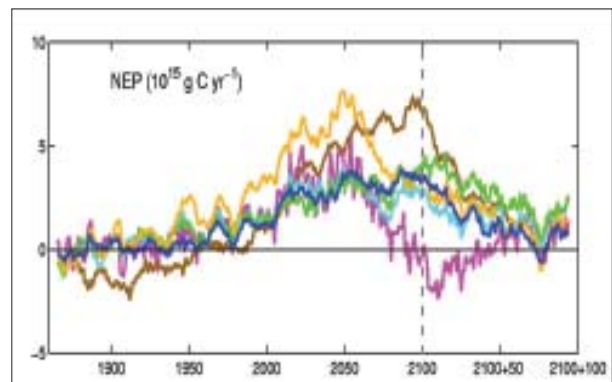


Abb. 3: Langfristige Veränderung der Nettoproduktivität von Ökosystemen über mehr als drei Jahrhunderte nach Berechnungen sechs verschiedener Modelle (farbige Kurven). Das Szenario ist ein CO₂-Anstieg auf 800 ppm bis 2100, dann konstant bleibend. Durch den mit diesem Szenario verbundenen Klimawandel werden Ökosysteme zu Quellen von Treibhausgasen, statt wie bisher als Senken für Kohlenstoff zu fungieren (CRAMER et al. 2001)

wärmung droht möglicherweise ein Umkippen: die Ökosysteme verlieren ihre Funktion als Kohlenstoffsenken und können zu Quellen von Treibhausgasemissionen werden (CRAMER et al. 2001). Das Eintreten oder Vermeiden dieses Falles hängt auch wesentlich von den Akteuren im Wald und dem sich daraus ergebenden Waldzustand ab.

Regionale Klimaveränderungen in Brandenburg

Hinsichtlich der Temperaturentwicklung haben die globalen Klimamodelle eine für regionale Auswirkungen brauchbare Genauigkeit. Dies gilt nicht in gleichem Maße für die Entwicklung der Niederschläge, die für die Abschätzung von zu erwartenden Auswirkungen ebenfalls von Bedeutung ist. Bei der zukünftigen Niederschlagsentwicklung zeigen verschiedene Klimamodelle jahreszeitlich und regional differenziert zum Teil unterschiedliche Trends. Für Ostdeutschland ist im Winter einheitlich eine leichte Zunahme zu erwarten, dagegen zeigen einige Modelle für den Sommer eine Abnahme, andere auch eine leichte Zunahme der Niederschläge.

Um für unsere Region eine genauere Aussage zu ermitteln, wurde mit dem statistischen Regionalmodell STAR des PIK ein statistisches „downscaling“ von Temperaturtrends globaler Klimamodelle (ECHAM4-Modell MPI Hamburg) durchgeführt (GERSTENGARBE et al. 2003). Als Resultat erhält man Regionale Klimaszenarien für Brandenburg und das Elbeinzugsgebiet, die an der Klimaentwicklung der Vergangenheit erfolgreich validiert werden konnten und inzwischen mit verbesserter Genauigkeit vorliegen (GERSTENGARBE et al. 2007). Die Ergebnisse der Veränderungen in Brandenburg im Jahrzehnt 2046/2055 sind in den folgenden Grafiken relativ zum Basisszenarium des Zeitraums 1951/2003 dargestellt. Die Abbildungen 4 bis 6 (auf der nächsten Seite) zeigen die Änderungen von Jahresmitteltemperatur, Niederschlagssumme im Jahr und diese differenziert im Winter- und im Sommerhalbjahr sowie die klimatische Wasserbilanz.

Bereits im vergangenen Zeitraum 1951/2003 wurde bei einer Erwärmung um etwa ein Grad ein deutlicher Rückgang der Niederschläge und in Verbindung mit erhöhter Verdunstung ein starker Rückgang der Grundwasserneubildung beobachtet. Der Niederschlagsrückgang im Sommer wird durch eine leichte Zunahme im Winter nicht ausgeglichen. Dieser beobachtete Trend setzt sich in den Modellberechnungen verstärkt fort. Die Entwicklung der klimatischen Wasserbilanz, die im Sommer sehr stark und im Winter leicht negativ ist, zeigt zunehmende Trockenheit, Ähnliche Trends zeigen auch zwei andere Regionalmodelle, deren Ergebnisse für Deutschland das Umweltbundesamt bereitstellt (UBA 2007).

Es muss betont werden, dass es sich hier um Szenarien, nicht um Prognosen handelt. Szenarien sind zwar auch Vorhersagen auf der Basis wissenschaftlicher Methoden, sie beruhen aber außerdem auf Annahmen zu Wenn-Dann-Beziehungen. Dem vorgestellten Szenario für Brandenburg liegen im wesentlichen die zwei folgenden Annahmen zugrunde:

- die globale Temperaturentwicklung folgt dem Emissionsszenario A1B und
- die Landnutzung der Vergangenheit bleibt bis 2055 in Brandenburg gleich, d. h. die Bilanz im Landschaftswasserhaushalt wird weiterhin durch tausende Kilometer Entwässerungsgräben und Kiefernmonokulturen negativ beeinflusst.

In beiden Punkten gibt es klare Eingriffsmöglichkeiten, die die zukünftige Entwicklung positiv (aber auch negativ) zu gestalten erlauben – die Zukunft kann man managen!

Mögliche Auswirkungen auf Waldökosysteme

Mit dem Waldsukzessionsmodell 4C wurden Versickerung, Grundwasserneubildung, Stickstoffaustausch und Kohlenstoffspeicherung an Standorten der Ökologischen Waldzustandskontrolle (ÖWK) in Brandenburg mit verschiedenen Klimaszenarien simuliert. Für jeden Standort ergeben sich andere Änderungsbedingungen durch die Regionalisierung der globalen Klimaszenarien. Abbildung 7 zeigt die Auswirkungen auf Evapotranspiration und Grundwasserneubildung von Kiefernbeständen über 50 Jahre für unterschiedliche Bewirtschaftung (LASCH et al. 2005, 2006). Die Grundwasserneubildung geht nach der Berechnung um mehr als 40 % zurück! Mitverantwortlich ist die hohe Evapotranspiration, die bei Kiefernbeständen, im Gegensatz zu Mischwäldern, auch im niederschlagsreichen Winter aufrechterhalten wird.

Weitere Ergebnisse dieser Berechnung von Auswirkungen der Klimaänderung auf Waldökosysteme in Brandenburg zeigen Abbildung 8 zum Waldwachstum und Abbildung 9 zu den Stoffflüssen von Wasser und Stickstoff. Beim heutigen Klima erhält man für die verschiedenen Standorte sehr unterschiedliche Wachstumsraten. Dies wird durch die Klimaänderung weiter differenziert, nur wenige Standorte zeigen leichte Zuwächse, an den meisten Standorten ist mit Wachstumseinbußen von 5 % und mehr zu rechnen. Die veränderten klimatischen Bedingungen schlagen sich deutlich im starken Rückgang des Stickstoffaustauschs und vor allem der Versickerung nieder, mit der oben erwähnten Konsequenz zurückgehender Grundwasserneubildung.

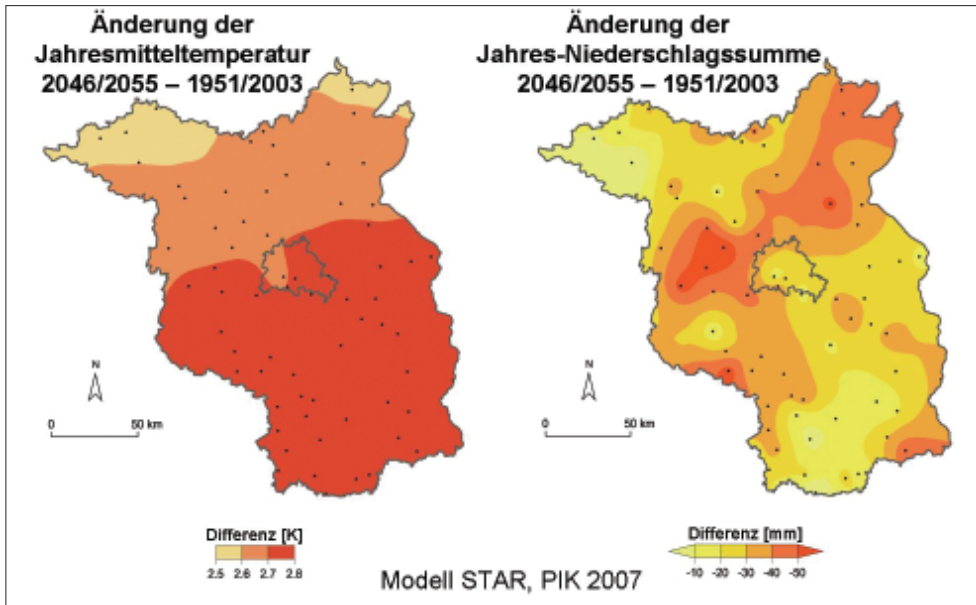


Abb. 4:
Regionale
Klimaveränderung
in Brandenburg
im Jahrzehnt 2046/
2055 relativ zum
Zeitraum 1951/
2003:
Links: Änderung
der Jahresmittel-
temperatur,
rechts: der Jahres-
Niederschlagssumme
(GERSTENGARBE
et al. 2007)

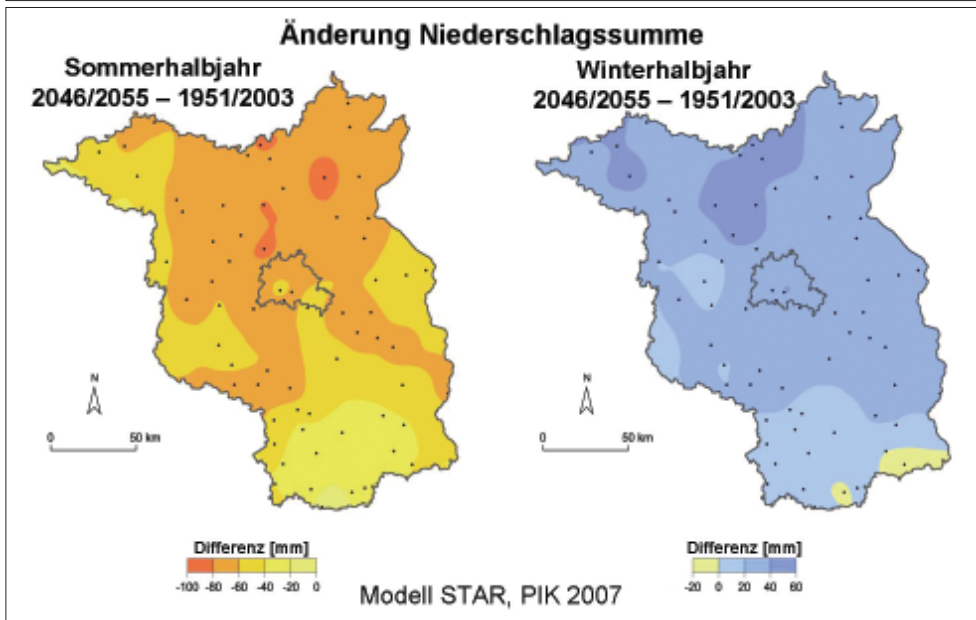


Abb. 5:
Änderung der
Niederschlagssumme
in Brandenburg
im Jahrzehnt 2046/
2055 relativ zum
Zeitraum 1951/
2003:
Links: Sommer-,
rechts: Winter-
halbjahr
(GERSTENGARBE
et al. 2007)

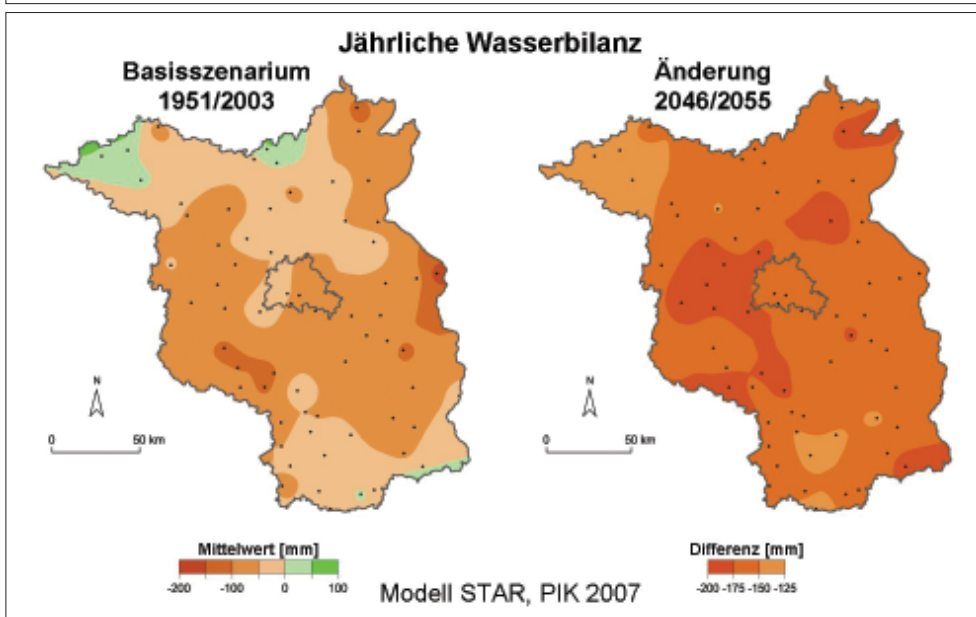


Abb. 6:
Veränderung der
jährlichen
Wasserbilanz in
Brandenburg
im Jahrzehnt 2046/
2055 (rechts)
relativ zum
Zeitraum 1951/
2003
(Basisszenario
links) nach
(GERSTENGARBE
et al. 2007)

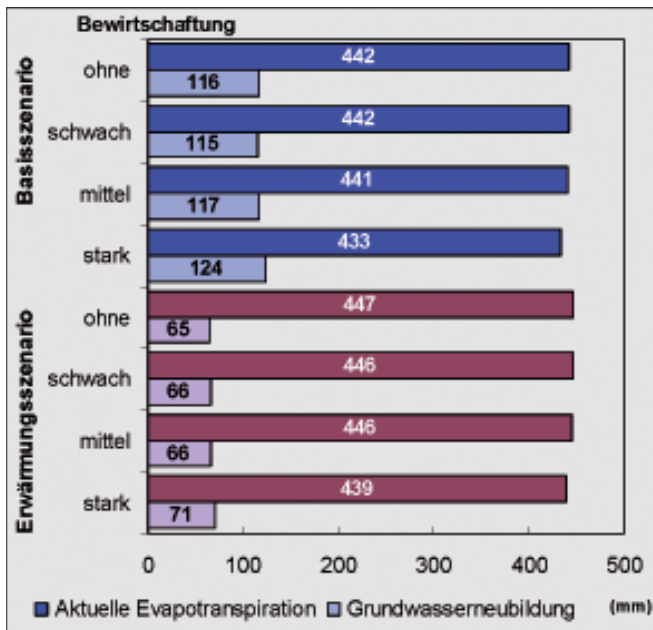


Abb. 7:
Langjährige Mittelwerte der aktuellen Evapotranspiration und der Grundwasserneubildung über 50 Jahre für die ÖWK-Standorte in Brandenburg für unterschiedliche Bewirtschaftung. Berechnung für Kiefernbestände: Basisszenario im Zeitraum 1951/2003 und Erwärmungsszenario 2004/2005 (LASCH et al. 2005, 2006)

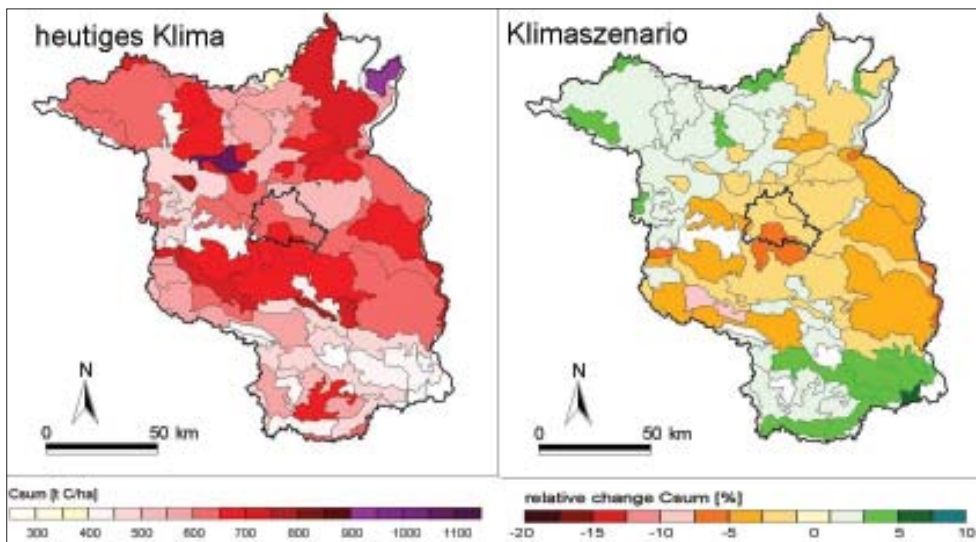


Abb. 8:
Langjähriges Waldwachstum in t/ha Kohlenstoff über 50 Jahre für die ÖWK-Standorte in Brandenburg: Basisszenario im Zeitraum 1951/2003 (links) und relativ dazu die Veränderung im Erwärmungsszenario 2004/2005 (rechts) nach (LASCH et al. 2005, 2006)

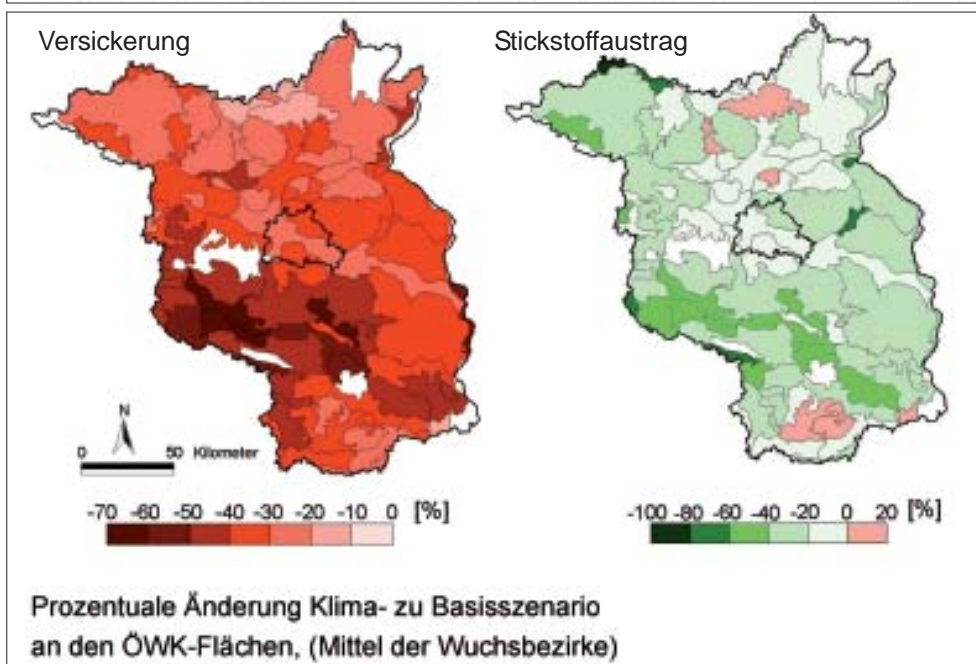


Abb. 9:
Prozentuale Änderung der Stoffflüsse: links Versickerung von Wasser und rechts Stickstoffaustrag für die ÖWK-Standorte in Brandenburg: Differenz im Erwärmungsszenario 2004/2005 zum Basisszenario im Zeitraum 1951/2003 (LASCH et al. 2005, 2006)

Was brauchen wir im Klimawandel?

Der Klimawandel erfordert menschliche Akteure, denen die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung bewusst ist und die auch das Potenzial zur Durchführung erforderlicher Maßnahmen besitzen. Dazu gehört auch das Wissen über den Klimawandel, das in anschaulicher und umfassender Weise zum Beispiel das Taschenbuch von RAHMSTORF und SCHELLNHUBER (2006) liefert.

Die Leistungen der Akteure im Wald sind im Klimawandel mehr als bisher wichtig für das Gemeinwohl zur Erhaltung unserer Brandenburger Landschaft und der Lebensbedingungen der Menschen. Der Wald hat sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Anpassung an die Auswirkungen, insbesondere beim Landschaftswasserhaushalt, wichtige Funktionen. Die berechneten Trends zeigen eine weitere deutliche Zunahme der Trockenheit in Brandenburg. Man darf diese aber nicht um als Prognose unabwendbarer Entwicklungen missverstehen, sondern sollte sie als Hinweise auf Eingriffsmöglichkeiten verstehen, die die zukünftige Entwicklung positiv (aber auch negativ) zu gestalten erlauben. Die Zukunft kann man managen und die Akteure im Wald werden dazu dringend gebraucht.

Ein inzwischen geflügeltes Wort von PIK-Direktor HANS JOACHIM SCHELLNHUBER beschreibt die erforderliche Doppelstrategie im Umgang mit dem Klimawandel: „Wir brauchen zum einen die Anpassung an den Klimawandel, um das Unvermeidbare zu beherrschen und zum anderen die Verminderung des Treibhauseffektes, um das Unbeherrschbare zu vermeiden.“

Literatur

CRAMER W, BONDEAU A, WOODWARD FI, PRENTICE IC, BETTS RA, BROVKIN V, COX PM, FISHER V, FOLEY J, FRIEND AD, KUCHARIK C, LOMAS MR, RAMANKUTTY N, SITCH S, SMITH B, WHITE A & YOUNG-MOLLING C (2001) Global response of terrestrial ecosystem structure and function to CO₂ and climate change: results from six dynamic global vegetation models. *GI Ch Biol* 7(4):357–373.

GERSTENGARBE, F.-W.; BADECK, F.; HATTERMANN, F.; KRYSANOVA, V.; LAHMER, W.; LASCH, P.; STOCK, M.; SUCKOW, F.; WECHSUNG, F.; WERNER, P. C. (2003): Studie zur klimatischen Entwicklung im Land Brandenburg bis 2055 und deren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, die Forst- und Landwirtschaft sowie die Ableitung erster Perspektiven: Potsdam Institute for Climate Impact Research,

PIK Report ; 83, Potsdam 2003.

GERSTENGARBE, F.-W.; WERNER, P.C.; WODINSKI, M. (2007): private Mitteilung.

IPCC (2007) Fourth Assessment Report (AR4) of the Intergovernmental Panel on Climate Change: <http://www.ipcc.ch/>

LASCH P, BADECK FW, SUCKOW F, LINDNER M, MOHR P. (2005) Model-based analysis of management alternatives at stand and regional level in Brandenburg (Germany). *Forest Ecology and Management* 207: 59–74.

LASCH, P., SUCKOW, F., BADECK, F.-W. (2006). Analyses of forest ecosystems response to climate change at Level II monitoring sites. Conference Proceedings Forests in a Changing Environment – Results of 20 years ICP Forests Monitoring, Göttingen, October 25–28, 2006

RAHMSTORF, S., SCHELLNHUBER, H.J. (2006) Der Klimawandel – Diagnose, Prognose, Therapie; C.H. Beck, München 2006, 144 S.

SCHUBERT, K., KLEIN, M. (2006) Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl., Dietz-Verlag Bonn, 2006.

STOCK, M. (2000) „Einzugsgebiet – Wald – Wasser: Ein regionales und globales Beziehungsgeflecht im Wandel“; 2. Stechlin – Forum Rheinsberg-Linowsee; IGB 2000, 4–7 p.

STOCK, M.; LAHMER, W. (2004): Brandenburg: eine Region im Klimawandel – Seenreichtum und drohender Wassermangel, In: Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?, Ed.: Lozán, J. I.; Graßl, H.; Hupfer, P.; Menzel, L.; Schönwiese, C.-D., Hamburg : Wissenschaftliche Auswertungen, 2004. 197–201 p.

UBA (2007) Neue Daten des Umweltbundesamtes zu Klimaänderungen in Deutschland: <http://www.umweltbundesamt.de/klimaschutz/klimafolgen/index.htm>



Foto: Stephan Loboda

Gemeinwohlverpflichtung öffentlicher Forstbetriebe

von
Dr. Chantal Ruppert
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Gemeinwohl – eine alte, aber nicht alternde Debatte

Wenn man sich mit Gemeinwohl in der Forstwirtschaft auseinandersetzt, so muss man unweigerlich die **Funktionen des Waldes** betrachten, wie sie im Bundeswaldgesetz aufgeführt sind:

§ 1 Bundeswaldgesetz:
„Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere, [...] den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens

(Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern [...].“

Die hier begründete Multifunktionalität des Waldes korrespondiert mit den so genannten drei Säulen der Nachhaltigkeit. Sie schlägt sich auch in der

Dr. Chantal Ruppert

- geboren 1978 in Hamburg
- 1997–2002: Studium der Forstwissenschaften an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Abschluss: Diplom-Forstwirtin
- seit 06/2002: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forstökonomie, Universität Freiburg (2003–2006: Promotionsstipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt); zurzeit im ZUFO-Projekt
- 12/2006: Erlangen der Doktorwürde *rerum naturalium*; Titel der Doktorarbeit: Der kommunale Forstbetrieb im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Erwerbswirtschaft.
- seit 11/2006 in Gründung: HammerRuppert-Consulting mit den Schwerpunkten der Analyse, Organisationsplanung und Strategienentwicklung für Forstbetriebe gemeinsam mit Dr. Anton Hammer. – www.hamherruppert-consulting.com



volkswirtschaftlichen Bedeutung des Waldes nieder. Hier zeigt sich, dass der direkte Beitrag der Forstwirtschaft zur **volkswirtschaftlichen Wertschöpfung** eher gering ist. 2001 lag beispielsweise der Anteil am Bruttosozialprodukt bei 0,05% (1997 ca. 40.000 Arbeitsplätze), wenngleich hier zu berücksichtigen ist, dass die Forstwirtschaft indirekt auch zur Wertschöpfung des erheblich gewichtigeren „Clusters Forst und Holz“ beiträgt.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Waldes geht jedoch über die Wertschöpfung der Forstwirtschaft hinaus, z. B. beziffert ELSASSER (2001) den Wert des Wald alleine für die Erholung mit jährlich ca. 5 Milliarden Euro (vgl. zu diesen Ausführungen auch WINKEL 2007).

Auch mit Blick auf solche Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass die Sicherung aller „Waldfunktionen“ einem gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl zuträglich sind.

Zur Gewichtung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gibt es allerdings unter den Akteuren, die sich mit Forstwirtschaft befassen, unterschiedliche Überzeugungen. Betrachtet man die Trends der letzten Zeit, so steht folgendes Zitat von GRAMMEL und BECKER (2005) wohl für eine normative Grundüberzeugung, die derzeit im forstlichen Bereich einflussreich ist:

„[...] Nach einer jahrzehntelangen erfolgreichen Aufbauarbeit sind heute unsere Wälder so vorratsreich und leistungsfähig, dass bis auf weiteres die Unterordnung der sonstigen Gemeinwohlleistungen unter das Primat von wirtschaftlichem Wachstum und höherer Beschäftigung nicht nur zumutbar, sondern auch gesellschaftspolitisch geboten erscheint.“

GRAMMEL und BECKER (2005)

Dieser Überzeugung steht eine andere gegenüber, die im Folgenden ebenfalls beleuchtet werden soll. Hierbei wird auf eine Arbeit von JOHN (2007) zurückgegriffen. Untersucht wurde hier der Diskurs der

Waldprivatisierungsdebatte in Schleswig-Holstein. Dabei konnten zwei Diskurskoalitionen ausgemacht werden, deren Argumentationslinien in der unten stehenden Tabelle von JOHN (2007) gegenübergestellt werden:

Tabelle: Pro und Contra der Privatisierungskoalition; stark gekürzt nach JOHN (2007)

Pro – Privatisierungskoalition	Contra – Privatisierungskoalition
Gemeinwohlleistungen sind Luxus	Gemeinwohlleistungen sind Grundbedürfnis
Landeswald ist Wirtschaftswald	Landeswald ist Bürgerwald
Privatisierung als Chance	Privatisierung als Einzug des Kapitalismus
Entscheidung für die Zukunft des Landeswaldes erfordert fachliche Kompetenz (Expertenentscheidung)	Zukunft des Landeswaldes ist ein öffentliches Thema

Gemeinwohl in Zeiten leerer Kassen?¹

Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Länder und Kommunen wird ein Defizitausgleich für öffentliche Forstbetriebe immer weniger akzeptiert. Hierbei wird die besondere Gemeinwohlverpflichtung der Forstbetriebe, mit der negative Betriebsergebnisse öffentlicher Forstbetriebe vielfach begründet werden, zunehmend hinterfragt.

Notwendig ist daher die transparente Darstellung von Leistungen und Kosten, die im Namen des Gemeinwohls anfallen. Aber eine **Kosten- und Leistungsrechnung** als Instrument zum Nachweis der Gemeinwohlorientierung hat systematische Schwächen:

¹ Die folgenden Ausführungen wurden zum Teil bereits sinngemäß im folgenden Artikel veröffentlicht: MEMMLER, RUPPERT (2007): Gemeinwohlverpflichtung öffentlicher Forstbetriebe; in AFZ – Der Wald 5: 260–261

- Nicht alle Leistungen sind monetär erfassbar (siehe unten).
- Die Höhe der Kosten sagt noch nichts über die Effizienz der Mittelverwendung aus.
- Es ist keine Aussage darüber möglich, ob das von Bürgern gewünschte Maß an Gemeinwohlleistungen in einzelnen Produktbereichen erreicht wurde.

Ein **transparentes Rechnungswesen** ist daher erst der zweite Schritt zur Begründung von Ausgaben im Gemeinwohlbereich. Der erste Schritt ist eine entscheidungsorientierte, öffentliche Auseinandersetzung über Leistungsumfang und Prioritätensetzung zwischen verschiedenen Produktbereichen. Mit anderen Worten: Erst wenn eine klare Definition der Gemeinwohlziele in Form eines **Gemeinwohlauftrages** vorliegt, kann die Frage, inwieweit die negativen Wirtschaftsergebnisse des öffentlichen Waldbesitzes in besonderen Gemeinwohlleistungen begründet liegen, beantwortet werden. Sobald sich diese Annahme bestätigt, sollte gleichwohl nicht mehr von einem Defizit ausgleich, sondern von einer leistungsgerechten Finanzierung gesprochen werden.

Ein spezifizierter Gemeinwohlauftrag ist also unerlässlich, und es stellt sich die Frage, welches Verfahren zur Bestimmung des Gemeinwohls möglich bzw. zielführend ist.

Wie kann Gemeinwohl bestimmt werden?

In der forstlichen Gemeinwohldebatte lassen sich vor allem zwei **Bestimmungsverfahren** ausmachen:

- 1. Gemeinwohlbelange** werden als **von vornherein feststehend** betrachtet.
Beispielsweise wird gestützt auf ethische oder naturwissenschaftliche Überlegungen den für essenziell erachteten Ökosystemfunktionen des Waldes stets oder in bestimmten Situationen Vorrang vor Interessen wie Erholung oder Holzproduktion eingeräumt. Allerdings erfolgt diese implizit vorgenommene Hierarchisierung verschiedener Waldfunktionen quasi aus „höherer Einsicht“ und ist damit demokratietheoretisch fragwürdig.
- 2. Gemeinwohl** wird **durch Abwägung** widerstreitender Gemeinwohlbelange in einem demokratischen Verfahren bestimmt.
Das Gemeinwohl stellt damit das zunächst inhalts-offene Ergebnis eines demokratischen Abwägungs- und Willensbildungsprozesses dar. Im Folgenden wird dieser – in der Literatur zunehmend populärere – Ansatz weiter verfolgt.

Gemeinwohlbestimmung im demokratischen Verfahren

Zuständig für diese Form der Abwägung von Gemeinwohlbelangen sind in der repräsentativen Demokratie zunächst die gewählten Volksvertreter. Eine Konkretisierung und Gewichtung verschiedener Gemeinwohlbelange soll somit beispielsweise durch den Gemeinderat bzw. den Landtag erfolgen.

Im **Kommunalwald** stellt dies ein durchführbares Verfahren dar (vgl. RUPPERT 2006). Beispiele auf kommunaler Ebene zeigen, wie Leiter öffentlicher Forstbetriebe sich erfolgreich der „Rückendeckung“ der Entscheidungsträger und wichtiger Stakeholder versichert haben. Bei kommunalen Forstbetrieben wie Freiburg, Baden-Baden oder Lübeck scheint zudem bemerkenswert, dass die Betriebsleiter jeweils aktiv auf die interessierte Öffentlichkeit zugegangen sind und durch offensive Kommunikation der Zielkonflikte eine politische Prioritätensetzung quasi provoziert sowie interessierte Stakeholder am Entscheidungsprozess beteiligt haben.

Im **Staatwald** werden solche Verfahren zurzeit wenig umgesetzt. Ein Grund dafür ist beispielsweise, dass Wald in der landespolitischen Debatte eher eine untergeordnete Rolle spielt und man oft auf die Schwierigkeit stößt, dass der Landtag eine Konkretisierung und Gewichtung verschiedener Gemeinwohlbelange nicht vornimmt. Haushaltsbeschlüsse werden meist „auf einem so hohen Abstraktionsniveau gefasst [...], dass dann wiederum die Frage ‚Wollen wir dieses Produkt Erholung, wollen wir dieses Produkt Natura 2000 finanzieren – ja oder nein?‘, nicht gestellt wird“ (MEMMLER, RUPPERT 2006).

In diesem Fall scheint eine ausgewogene **Partizipation** aller interessierten Gruppen auf **Betriebs-ebene** unerlässlich.

Zwischenfazit 1

Ein Gemeinwohlauftrag ist aus folgenden Gründen unabdingbar:

1. Legitimation für entsprechende Ausgaben
2. Unverzichtbares Beurteilungskriterium zur Effizienz der Gemeinwohlerbringung
3. EU-rechtliche Voraussetzung für Ausgleichszahlungen

Sind Ausgleichszahlungen nach EU-Recht möglich?

Ein konkreter **Gemeinwohlauftrag** ist entscheidende Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand mit dem EU-Recht.² Das heißt, der Betrieb muss offiziell mit der Erbringung einer genau spezifizierten „Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ beauftragt werden. **Gründe** der Europäischen Kommission für die Auftragspflicht und die Transparenzforderung ist, dass Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten öffentlicher Betriebe und eine Quersubventionierung von am Markt entgoltenen Tätigkeiten vermieden werden sollen. **Bedingungen**, die u. a. daran geknüpft werden, sind (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2005):

- Weitmögliche Transparenz sowie Nettomehrkostenprinzip, d. h. von den tatsächlichen durch die Erbringung der Gemeinwohlleistung verursachten Kosten sind sämtliche mit dieser Dienstleistung erwirtschafteten Erträge abzuziehen.
- Schriftliche Fixierung u. a. folgender Aspekte:
 - Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtung
 - Parameter für die Berechnung und Überwachung der Ausgleichszahlungen
 - Vorkehrungen zur Vermeidung von Überkompensierung

In diesem Zusammenhang stellt sich schließlich auch die Frage der Monetarisierbarkeit von Gemeinwohlleistungen.

Sind Gemeinwohlleistungen monetär darstellbar?

Viele Gemeinwohlleistungen sind **monetär bewertbar**, grundsätzlich marktfähige Leistungen, wie z.B. direkte Erholungsleistungen oder spezielle Biotoppflegearbeiten. Diese Leistungen sind vom sonstigen betrieblichen Geschehen zu trennen. Folglich kann die effiziente Erbringung dieser Leistungen über eine entsprechende Ausschreibung, an der sich auch private Wettbewerber beteiligen können, geregelt werden. Allerdings gibt es auch viele Gemeinwohlleistungen, die **nicht monetär bewertbar** sind.

Es handelt sich um grundsätzlich nicht marktfähige Gemeinwohlleistungen wie indirekte Erholungs-

leistungen und der naturnahe Waldbau. Diese Leistungen sind vom sonstigen betrieblichen Geschehen nicht bzw. schwierig zu trennen durch unberechenbare Variablen wie z. B. die Holzpreise der Zukunft (WINKEL 2007).

Ursächlich hierfür sind vor allem die hinlänglich bekannten Eigenheiten der forstlichen Produktion wie Koppelproduktion, Identität von Produkt und Produktionsmittel und Langfristigkeit der Produktion.

Zwischenfazit 2

- Es gibt monetär nicht bewertbare, grundsätzlich nicht marktfähige Gemeinwohlleistungen.
- Zwischen unterschiedlichen „Gemeinwohlfunktionen“ des Waldes bestehen Zielkonflikte, wie zwischen Holzproduktion und Naturschutz, z. B. verkürzte Umtriebszeit versus natürliche Alterungsprozesse.
- Zu beachten ist zudem die Möglichkeit irreversibler Eingriffe und die schwierige Substituierbarkeit von Natur.

Diese drei Aspekte sowie die Überlegungen zur demokratischen Herleitung von Gemeinwohlinhalten rechtfertigen die Existenz öffentlicher Forstbetriebe, die eine gesetzliche Gemeinwohl**verpflichtung** haben.

Abschließend sollen zusammenfassend drei Thesen formuliert werden, die als Grundlage für ein Glaubwürdigkeitsmanagement öffentlicher Forstbetriebe dienen können.

Thesen für ein Glaubwürdigkeitsmanagement öffentlicher Forstbetriebe

These 1

Zur glaubwürdigen Dokumentation der besonderen Gemeinwohldienlichkeit öffentlicher Forstbetriebe ist ein proaktives Einfordern eines konkreten Gemeinwohlauftrags sowie eine transparente Aufteilung der Aufwendungen von Forstbetrieben in Produktbereiche erforderlich. Zudem muss die Effizienz der Leistungserbringung sichergestellt werden.

² Ausgleichszahlungen meint hier die Bezahlung von Gemeinwohlleistungen durch das Land, auch als staatliche Beihilfe betitelt.

These 2

Angesichts zunehmend segregativer Tendenzen scheint eine monetäre Anrechnung der integrierten Gemeinwohlleistungen, beispielsweise des naturnahen Waldbaus, dringend notwendig.

Theoretisch wird dies ermöglicht durch Entscheidungen auf europäischer Ebene zu Art. 86 Abs. 2 EG (Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse): Politischen Entscheidungsträgern wird damit auch in Zukunft erhebliche Freiheiten bei der Definition und der Finanzierung der Gemeinwohlleistungen im Forstbereich eingeräumt.

Dies muss auch entsprechend kommuniziert werden.

These 3

Wegen bestehender Zielkonflikten, Monetarisierungsproblemen und weiteren Ressourcenbesonderheiten hat die öffentliche Hand eine maßgebliche Verantwortung für die Gemeinwohlfunktionen des Waldes. Dies erfordert eine verstärkte Einbindung der politischen Entscheidungsträger bzw. der Bürger als Auftraggeber. Dies ist beispielsweise möglich durch partizipative Planungsverfahren auf Betriebsebene.

Abschließend scheint es wichtig, noch zwei grundlegende Aspekte anzumerken:

1. Die aktuell in vielen Bundesländern erfolgenden **staatlichen Forstreformen** führen gemessen an den aufgestellten Thesen oft in eine andere Richtung: Hier wird der Erwerbswirtschaft Vorrang gegeben, lediglich unter Beachtung von Gemeinwohlbelangen. Dies sollte kritisch reflektiert werden. Ein Nebeneinanderstellen beider Zielrichtungen in der operativen Umsetzung ist oft nicht möglich, wie die obigen Ausführungen verdeutlicht haben sollten.
2. Diese Feststellung sollte aber keinesfalls als Absage an eine notwendige Steigerung der Effizienz öffentlicher Forstwirtschaft verstanden werden: **Effiziente Organisationsstrukturen** und die primäre Umsetzung des Gemeinwohlauftrages sind kein Widerspruch, wenn Effizienz im Sinne der bestmöglichen Umsetzung der Ziele des Landes bzw. der Kommune für ihren Forstbetrieb definiert und nicht gleichbedeutend mit Gewinnmaximierung verstanden wird. Zumindest in dieser Hinsicht lassen sich die beiden normativen Überzeugungen, die ich zu Beginn meines Vortrages dargestellt habe, verbinden. Eine Verbesserung der Organisationsstruktur öffentlicher Betriebe ist auch bei einem Vorrang von Gemeinwohlaufgaben möglich und sinnvoll.

Literatur

- ELSASSER (2001): Der ökonomische Wert der Wälder in Deutschland für die Naherholung: Eine „Benefit Function Transfer“-Schätzung. – Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 24 (3): 417–442
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005) Entscheidung der Kommission vom 28. November 2005 über die Anwendung von Artikel 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden. K(2005) 2673 Art. 4
- GRAMMEL UND BECKER (2005): Zehn Thesen öffentlich zur Diskussion gestellt. Welchen Beitrag können und müssen Forst- und Holzwirtschaft zu mehr Wachstum und Beschäftigung leisten? In: Holzentralblatt 131(41): 528
- JOHN (2007): Die Privatisierungsdebatte um den Landeswald Schleswig-Holstein 2006. Eine Diskursanalyse. Diplomarbeit am Institut für Forstökonomie Universität Freiburg
- MEMMLER, RUPPERT (2006) (Hrsg.) (2006): Dem Gemeinwohl verpflichtet? Perspektiven zu einem unbestimmten Leitbegriff für die Waldwirtschaft. München: oekom verlag. ISBN-10: 3-86581-018-7; 284 S.
- MEMMLER, RUPPERT (2007): Gemeinwohlverpflichtung öffentlicher Forstbetriebe. In AFZ – Der Wald 5: 260–261
- RUPPERT (2006): Der kommunale Forstbetrieb im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Erwerbswirtschaft. Eine institutionenökonomische Analyse, empirische Studien und Handlungsempfehlungen. Schriftenreihe Institut für Forstökonomie Universität Freiburg Bd. 28; ISBN 3-9806736-9-3; 725 S.
- WINKEL (2007): Waldnaturschutzpolitik in Deutschland. Bestandsaufnahme, Analysen und Entwurf einer Story-Line. Freiburger Schriften zur Forst- und Umweltpolitik Bd. 13; ISBN 3-935638-85-X; 560 S.

„Dem Gemeinwohl verpflichtet?“

In den Beiträgen des Buches „Dem Gemeinwohl verpflichtet?“ setzen sich namhafte Führungskräfte aus der Praxis sowie hervorragende Vertreter der Rechts-, Wirtschafts- und Forstwissenschaften mit diesem aktuellen Thema auseinander. Insgesamt bietet das Buch einen fundierten Einblick in die Breite und Vielfalt der Gemeinwohldebatte in Deutschland und besonders in der Forstwirtschaft. Das Buch ist in drei Teile gegliedert:

Der erste Teil führt in die allgemeine wissenschaftliche Gemeinwohldebatte ein: Aus staatsrechtlicher Perspektive stellt SCHUPPERT das Konzept der prozeduralen Gemeinwohlbestimmung ausführlich vor. Im Anschluss befasst sich HOCHHUT mit dem Inhalt und der Durchsetzungskraft des Gemeinwohls im deutschen Forstrecht und im Umweltvölkerrecht. Im Folgenden geht NUTZINGER auf Handlungsspielräume von im Wettbewerb stehenden Unternehmen für die Erbringung von freiwilligen Gemeinwohleleistungen ein. In nächsten Beitrag stellt MICHAEL unter anderem einen inhaltlichen Ansatz zur Gemeinwohlbestimmung vor, weist aber gleichzeitig auf die gestiegene Bedeutung zivilgesellschaftlichem Engagement hin. Zuletzt kritisiert ECKARD den Gemeinwohlbegriff als vordemokratisch und stellt ihm eine modern-liberale Theorie der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit gegenüber.

Im zweiten Teil des Buches wird die allgemeine Gemeinwohldebatte mit besonderen Themen der Forstwirtschaft verknüpft. Zu Beginn thematisiert WEIDNER das schwierige Verhältnis von globaler Nachhaltigkeit und nationalem Gemeinwohl. Vor dem Hintergrund der Forstreformen diskutiert WEBER im Anschluss mögliche Zielbeziehungen zwischen Gemeinwohl und Erwerbswirtschaft. Danach entwirft RUPPERT ein normatives Grundkonzept zur Gemeinwohlermittlung in kommunalen Forstbetrieben und diskutiert mögliche Umsetzungsmuster in der Praxis. Schließlich vergleicht MEMMLER verschiedene forstpolitische Steuerungsverfahren in Hinblick auf ihren Beitrag zur Gemeinwohlbestimmung und -sicherung in der Forstwirtschaft.

Im dritten Teil des Buches gehen Führungskräfte aus der Praxis auf die Bedeutung des Gemeinwohls in der Forstwirtschaft ein. Ausgehend von dem im Schulterchluss mit anderen Waldbesitzern gewachsenem Selbstverständnis der Landesforstverwal-

tungen stellen ERB und LEONHARDT das Gemeinwohl als besondere Verpflichtung des Staatswaldes heraus. Anschließend beschreibt BURGBACHER eine kommunalpolitische Strategie, wie mit den vielfältigen Ansprüchen an den Wald auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld umgegangen werden kann. Von REITZENSTEIN schließlich weist auf die mögliche Bevormundung privater Waldbesitzer durch den Staat unter dem Deckmantel des Gemeinwohls hin und setzt dem ein wirtschaftlich orientiertes Gemeinwohlverständnis entgegen. In einem Schlusskapitel fassen MEMMLER UND RUPPERT die forstliche Gemeinwohldebatte zu vier Problembereichen zusammen, diskutieren diese kritisch und zeigen Lösungsansätze auf.



MICHAEL MEMMLER, CHANTAL RUPPERT (Hrsg.)
 „Dem Gemeinwohl verpflichtet?“
 Perspektiven zu einem unbestimmten Leitbegriff für die Waldwirtschaft“
oekom verlag, München 2006,
 284 Seiten
 ISBN 3-86581-018-7



Foto: Stephan Loboda

Demographische Entwicklung und Beschäftigungsperspektiven im Ländlichen Raum

von

Prof. Dr. *Hermann Ribhegge*

Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Einleitung

Wenn man die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Ländlichen Raum analysieren will, so sollte man sich erst einmal die Fakten und deren Entwicklung anschauen. Bei dieser Analyse werden wir uns exemplarisch auf Brandenburg konzentrieren. Der demographische Wandel in Brandenburg ist kein spezifisches Problem des Ländlichen Raums, sondern betrifft alle peripheren Bereiche außerhalb des engeren Entwicklungsraums von

Brandenburg. Selbst die mit hohem Wachstumspotenzial ausgestatteten Wachstumskerne, wie Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt, Cottbus und Schwedt, sind mit einem Bevölkerungsrückgang von 20 % bis 30 % bis 2030 belastet, wie dies in Abbildung 1 ersichtlich wird.

Für unsere beschäftigungspolitische Fragestellung ist der durch höhere Lebenserwartung, niedrige Geburtenrate und Abwanderung determinierte Altersaufbau Brandenburgs bedeutsamer, der sich nach den neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, wie in Abbildung 2 dargestellt, entwickelt.

Prof. Dr. *Hermann Ribhegge*

- Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Zweitstudium Mathematik
- 1976 Promotion und 1985 Habilitation
- Prof. Ribhegge ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschafts- und Sozialpolitik, an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder.
- er ist u. a. Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Arbeitswelt in Ostbrandenburg sowie Mitglied des Rates und des Präsidiums der Euroregion „Pro Europa Viadrina“.

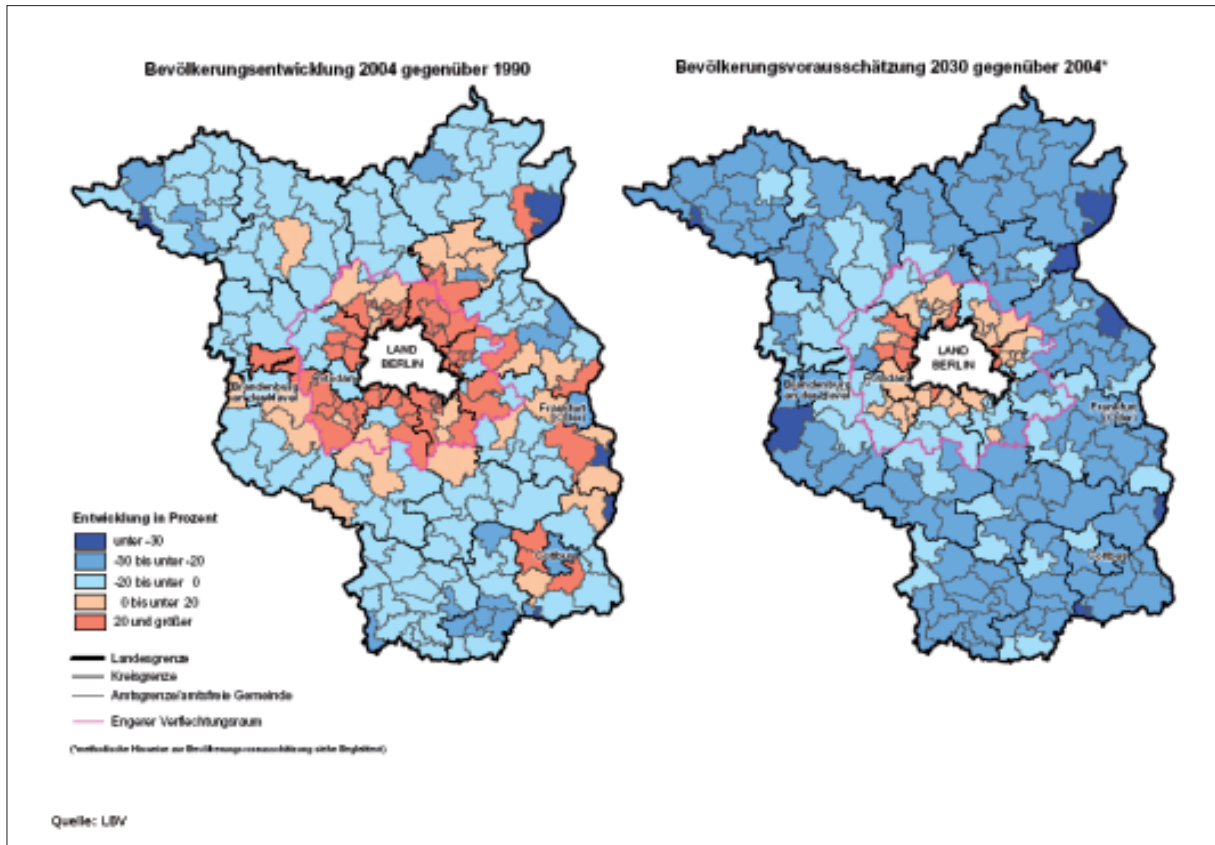


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg

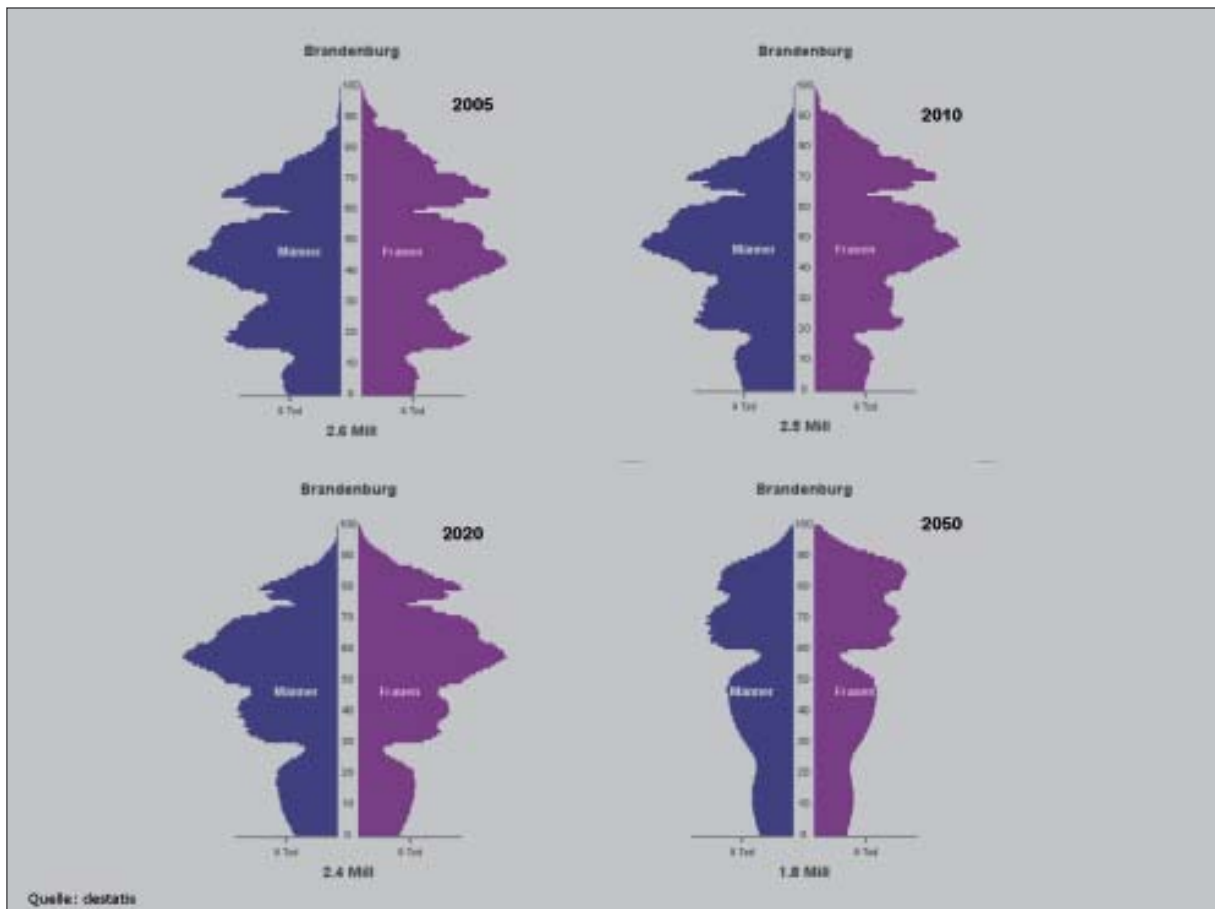


Abb. 2: Bevölkerungspyramide Brandenburg für die Jahre 2005, 2010, 2020 und 2050

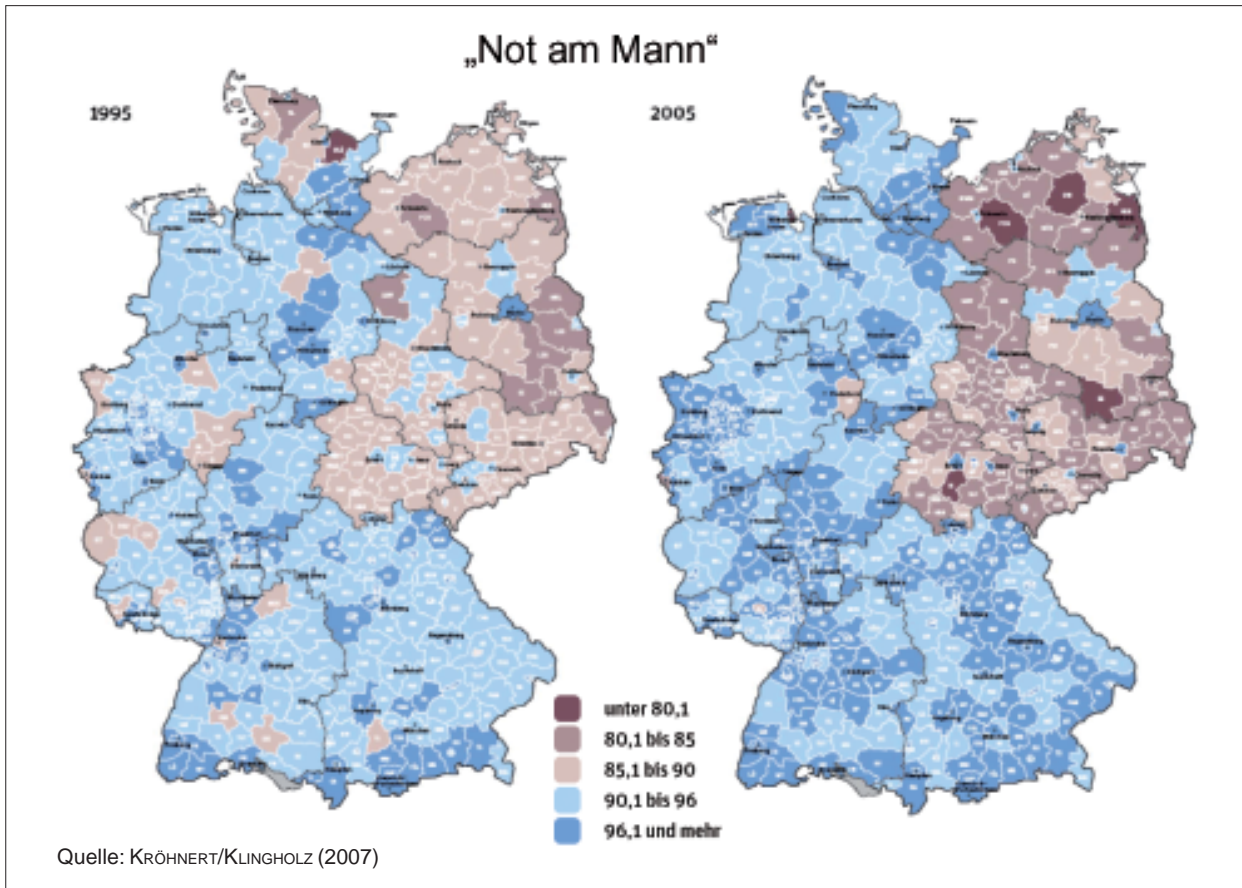


Abb. 3: Geschlechterverhältnis (Anzahl Frauen je 100 Männer i. d. G. der 18–29-Jährigen)

Aus dieser Darstellung wird deutlich, dass sich die Alterspyramide ansatzweise bis 2050 auf den Kopf stellt. Wie die Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung aus dem Jahre 2007 drastisch aufzeigt (siehe Abbildung 3), verschlechtert sich die Relation zwischen – insbesondere jungen – Männern und Frauen dramatisch. Dieses insgesamt ungünstige Bild bestätigt sich, wenn man weitere für die soziale, demographische und wirtschaftliche Entwicklung relevante Indikatoren heranzieht.

Von dem erheblichen Überschuss an jungen Männern sind laut Studie besonders die peripheren, wirtschafts- und strukturschwachen Regionen betroffen. Dies zeigt auch der Zukunftsatlas 2007 des Prognos-Instituts (Abbildung 4).

In ihrem Gutachten zeigen die Forscher auf, dass Ostdeutschland nicht nur im Bereich der Demografie, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie beim Wohlstand und der sozialen Lage erhebliche Defizite hat. Insgesamt kann man nicht aus den Untersuchungen

schließen, dass es der Politik nicht gelungen ist, die negativen Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges zu kompensieren.

Die in der Abbildung 4 aufgezeigten Entwicklungstendenzen bestätigen die Prognose des Gutachtens „Demographische Entwicklung in Ostdeutschland“, das vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben wurde. Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass aufgrund der „schwach besetzten Geburtenjahrgänge der frühen 90er-Jahre“¹ die Zahl der Personen zwischen 15 und 64 Jahren stärker zurück gehen wird als die der Gesamtbevölkerung. „Die Verringerung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) (ist) nahezu doppelt so groß wie die Abnahme der Bevölkerung insgesamt.“² Dies wird in Abb. 2 deutlich. Durch die Alterung verschieben sich die Jahrgänge von 15 bis 64 nach oben. Da die Lebenserwartung dieser Jahrgänge zunimmt, verändert sich die Relation zwischen Rentnern und Erwerbspersonen, so dass der Bevölkerungsrückgang schwächer als der Rückgang bei den Erwerbspersonen ausfällt. Der starke Rückgang der Erwerbs-

¹ IWH/TU Dresden/Ifo-Institut (2006) S. 19.

² Vgl. ebenda S. 35.

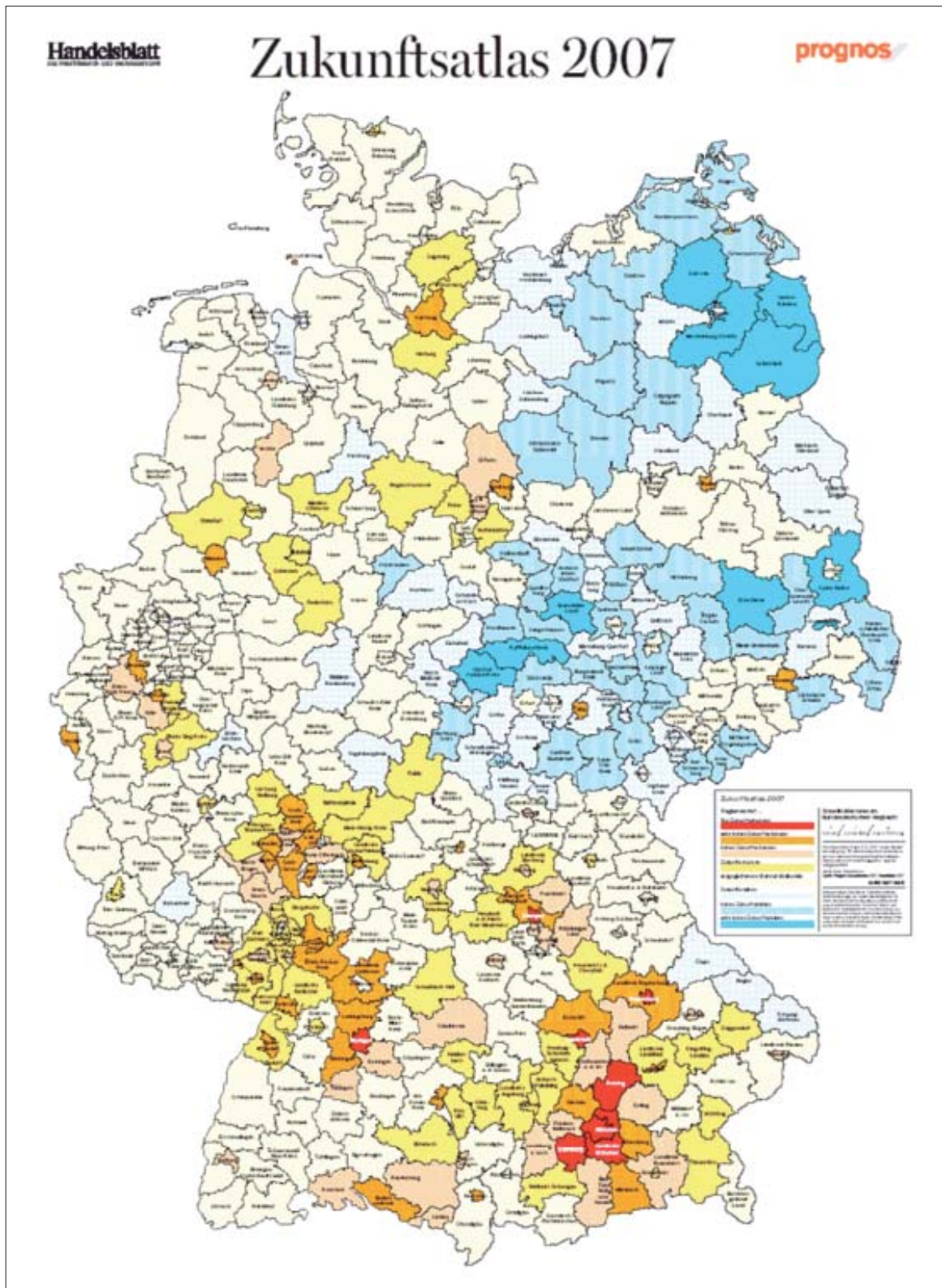


Abb. 4: Zukunftsfähigkeit der Regionen

personen ist auch darauf zurückzuführen, dass nur relativ schwach besetzte Jahrgänge ins Erwerbsleben eintreten. Der Negativtrend bei den Erwerbspersonen wird durch die Abwanderung von Arbeits-

kräften verstärkt. Da die Erwerbsquoten der stark schrumpfenden Altersgruppen relativ hoch sind, hat dies zur Folge, dass die Zahl der Erwerbspersonen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sogar



Abb. 5: Unterbeschäftigung vs. Arbeitskräftebedarf, Quelle: FUCHS, SCHNUR, ZIKA (2005), Seite 3

von 2005 von 8,6 Mio. auf 7,33 in 2020 zurückgehen wird.³ Das IAB kommt zu einem noch drastischeren Abbau auf 6,5 Mio.⁴

Vergleichen wir die Auswirkungen des demografischen Wandels in West- und Ostdeutschland, so stellen wir in Abbildung 5 stark gegenläufige Tendenzen fest.⁵

Bedeutsam sind die gegenläufigen Wachstumsraten beim Arbeitskräfteangebot. Während in Westdeutschland das Angebot an Arbeitskräften noch bis Anfang des nächsten Jahrzehnts kontinuierlich zunehmen wird, schrumpft dieses relativ stark in Ostdeutschland schon seit der Wiedervereinigung.⁶ Diese gegenläufige Entwicklung ist u. a. auf die Ost-West-Wanderung zurückzuführen. Diese ist mit hohen Humankapitaltransfers verbunden, ein Human-

kapital, das im Wesentlichen in Ostdeutschland finanziert wird und das in der West-Ost-Transfer-Debatte – trotz erheblichen Volumens – unberücksichtigt bleibt.

Nun könnte man vorschnell aus dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials den optimistischen Schluss ziehen, dass die demographische Entwicklung der Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist, während die Zunahme des Arbeitskräfteangebots in Westdeutschland nur noch neue Probleme auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt schafft. Wie aber Abbildung 5 zeigt, gilt dies mitnichten. Um die Beschäftigungseffekte des demographischen Wandels bestimmen zu können, müssen wir sowohl die Entwicklung des Arbeitskräftean-

³ Vgl. ebenda S. 19.

⁴ FUCHS/DÖRFLER (2005) S. 5.

⁵ Siehe dazu FUCHS/SCHNUR/ZIKA (2005).

⁶ Nach BOGAI/WIETHÖLTER/SEIBERT (2007) sind in den letzten 10 Jahren mehr als 60.000 Personen zwischen 18 und 24 Jahren abgewandert.

gebots als auch derer Nachfrage untersuchen, die ein interdependentes System darstellen und so nicht isoliert in ihren Beschäftigungseffekten untersucht werden dürfen. Wie die Abbildung 5 weiter zeigt, sind die Beschäftigungseffekte des demographischen Wandels in Westdeutschland eher positiv, in Ostdeutschland hingegen tendenziell negativ, da der Bevölkerungsrückgang die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nicht schließt. Dies macht drittens deutlich, dass die Abwanderung von Arbeitskräften nicht einen Export von Arbeitslosigkeit zur Folge hat, wie dies oft implizit in der Diskussion um die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU unterstellt wird.

Im Folgenden wollen wir uns auf die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges auf den Ländlichen Raum beschränken und seine spezifischen Faktoren detaillierter untersuchen, die die Beschäftigungsentwicklung des Ländlichen Raums bestimmen. Bei dieser Analyse sollte man sich verdeutlichen, dass die zu untersuchenden Faktoren meist keine objektiven, nicht zu beeinflussende Tatbestände darstellen, wie dies die oben skizzierten Prognosen andeuten. Wissenschaftlich solide Prognosen sind bedingte Prognosen, die von bestimmten Annahmen über zu beeinflussende Faktoren ausgehen und für alternative Szenarien Aussagen über die Zukunft machen. Zu diesen Faktoren gehört auch die Politikgestaltung nicht nur auf der Ebene der Bundes-, sondern auch auf der Landesebene sowie auf der lokalen Ebene. Denn für die Entwicklung dieser Region kommt dem endogenen Potenzial einer Region eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb ist die Beschäftigungsentwicklung im Ländlichen Raum nicht Schicksal, wie dies die Prognosen suggerieren, sondern in weitem Ausmaß gestaltbar. Von daher dient die nachfolgende Analyse mehr dazu, den Gestaltungsspielraum für den Ländlichen Raum herauszuarbeiten.

Arbeitsnachfrage

Dem Ländlichen Raum kommt in Brandenburg eine zentrale Stellung zu, auch wenn dieser nicht aufgrund seiner Kleinteiligkeit im Gegensatz zu spektakulären Industrieansiedlungen in der Politik auf entsprechende Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und auch der Presse stößt. In dem Bereich Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei sind in 2005 immerhin 38.000 Erwerbstätige beschäftigt, was einen Anteil von 3,7 % der Gesamtbeschäftigung darstellt. Die Ernährungswirtschaft ist eine der stärksten Branchen in Brandenburg.⁷ Der Umsatz im Bereich Holz und

Papier lag in seinem Zuwachs über dem Landesdurchschnitt. Der landwirtschaftliche Raum umfasst 85 % der Fläche Brandenburgs und in ihm wohnen 1,7 Mio. Personen.

Oft wird der ländliche im Gegensatz zum städtischen Bereich als rückständig angesehen. Betrachtet man aber die Produktivitäten in diesen Bereichen, so ist hervorzuheben, dass der Agrar- und der Bergbaubereich die beiden einzigen Sektoren in Ostdeutschland sind, in denen die Arbeitsproduktivität höher als in Westdeutschland ist. Die Kehrseite der hohen Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist bei nicht hinreichender Nachfrage, dass diese eine entsprechend geringere Nachfrage nach Arbeitskräften induziert. Der immense Modernisierungsschub in der Landwirtschaft Brandenburgs nach der Wiedervereinigung hat entsprechend zu einem dramatischen Beschäftigungsabbau im ländlichen Bereich geführt, der wesentlich stärker als in der Industrie war. Dieser Fakt ist oft nicht gesehen worden, da dort durch Massenentlassungen bei großen Unternehmen die politische Aufmerksamkeit gesichert war.

Inwieweit der ländliche Bereich seine hohe Produktivität aufrechterhalten kann, hängt u. a. davon ab, ob ein ausreichend unternehmerisches Potenzial in ihm aktiv wird. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist aber nach SCHNEIDER/EICHLER zu befürchten, dass in Brandenburg der Rückgang „der gründungsintensiven Altersgruppen drastischer als in den anderen Ost-Ländern ausfällt“⁸.

Welche Effekte sind von der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen im Ländlichen Raum aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten? Bei dieser Analyse muss man zwischen solchen Gütern und Dienstleistungen unterscheiden, die für den heimischen Markt (lokale Güter und Dienstleistungen) produziert werden, und solche, die überregional u. U. auf dem Weltmarkt angeboten werden. Aus diesem Blickwinkel befindet sich der Ländliche Raum in einer recht günstigen Situation, wenn es z. B. um Produkte der Landwirtschaft geht. Diese werden wie z. B. Getreide usw. nicht nur auf dem lokalen Markt angeboten, sondern unterliegen einer im Prinzip weltweiten Nachfrage. Von daher ist der durch den Bevölkerungsrückgang induzierte Nachfrageausfall beschäftigungspolitisch relativ bedeutungslos. Dies gilt aber z. B. nicht für die Dienstleistungen im Ländlichen Raum, die primär für die heimische Bevölkerung erstellt werden.

Aber auch hier ist der Bevölkerungsrückgang nicht per se negativ. So wird die Nachfrage nach schulischer Ausbildung aufgrund des Bevölkerungsrückgangs drastisch zurückgehen. Leistungen des

⁷ Vgl. Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (2007) S. 72.

⁸ SCHNEIDER/EICHLER (2007), S. 107.

Gesundheitsbereichs – insbesondere im Pflegebereich – werden tendenziell verstärkt nachgefragt. Es ist also von einer erheblichen Umstrukturierung in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auszugehen, die eine immense Herausforderung für die Politik, wenn es um die Bereitstellung öffentlicher Leistungen geht, sowie für die Unternehmen darstellt und sowohl hohe Anpassungsbereitschaft als auch Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verlangen.⁹

Inwieweit es im Ländlichen Raum zu einem Rückgang in der Gesamtnachfrage kommt, hängt nicht primär von der Bevölkerungsentwicklung, sondern von der Einkommensentwicklung ab. Solange das Pro-Kopf-Einkommen ansteigt und den Bevölkerungsrückgang ausgleicht, gehen von der demographischen Entwicklung nachfrageseitig keine negativen Beschäftigungseffekte aus. Die Nachfrage im Ländlichen Raum wird nicht nur durch die Weltnachfrage stabilisiert. Auch die negativen Effekte des Bevölkerungsrückgangs im Ländlichen Raum schlagen nicht voll bei der immer wichtiger werdenden Nachfragekomponente, den Ausgaben der Renten, durch. Die Rentenanpassungen werden nicht durch die ungünstige Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum bestimmt. Die Rente hängt über den Nachhaltigkeitsfaktor von der Relation der Beitragszahler zu den Rentnern in der gesamten Bundesrepublik sowie über den aktuellen Rentenwert über die Pro-Kopf-Einkommensentwicklung in Ostdeutschland ab.

Aus dieser Sicht ist die These der Landesregierung Brandenburg¹⁰ über die durch den Bevölkerungsrückgang besonders nachfragemäßig getroffene Ernährungsindustrie als zu pessimistisch zu kennzeichnen. Nach Auffassung der Bundesregierung gehören hingegen das Ernährungsgewerbe und das Holzgewerbe zu den wachstumsstarken Branchen Ostdeutschlands.¹¹ Negative Beschäftigungseffekte für den Ländlichen Raum sind hingegen durch die Reform der europäischen Agrarpolitik sowie durch die von der WTO eingeforderten Abbau der Handelshemmnisse zu erwarten.¹²

Arbeitskräfteangebot

Induziert – anders als vermutet – der demographische Wandel im Ländlichen Raum selbst keine dramatischen negativen Effekte auf die Nachfrage nach Arbeitskräften im Ländlichen Raum, so stellt sich die Situation beim Angebot an Arbeitskräften wesentlich schwieriger dar.

Die Abwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte beeinträchtigt nicht nur die zukünftigen Reproduktionsmöglichkeiten im ländlichen Raum, sondern bedeutet für den Ländlichen Arbeitsmarkt einen gravierenden Verlust an Humankapital, das über viele Jahre durch Schule, Beruf usw. kontinuierlich aufgebaut worden ist. Die Ausstattung einer Region mit Humankapital ist aber eine zentrale Größe für die Attraktivität eines Standorts für Ansiedlungen von Unternehmen. Investoren gehen nur in die Regionen, in denen sie eine vorzügliche Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Telekommunikation usw.) sowie qualifiziertes Personal vorfinden. Gerade für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, in dem nur 6 % un- und angelernte Beschäftigte, aber 64 % FacharbeiterInnen beschäftigt sind,¹³ sind qualifizierte Arbeitskräfte extrem wichtig. In diesem Bereich bilden nur 20 % der Betriebe aus. 21 % der Betriebe haben eine Ausbildungsberechtigung, nutzen diese aber nicht. Und bei den Ausgebildeten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft liegt die Übernahme dieser bei nur 59 %, so dass viele Ausgebildete eine Perspektive nur darin sehen, den Ländlichen Raum zu verlassen.¹⁴ Hinzu kommt, dass seit Mitte der 90er-Jahre ein Rückgang der Absolventenzahlen der landwirtschaftlichen Fach- und Hochschulen festzustellen ist. Insgesamt fehlt auch bei der Weiterbildung den Unternehmen in Brandenburg ein ausreichendes Problembewusstsein. In nur 35 % aller Brandenburger Betriebe findet eine betriebliche Weiterbildung statt, die aufgrund der Alterung in der Belegschaft von großer Bedeutung ist. Diese Tendenzen sind von daher besonders bedeutsam, weil nach BOGAI der Anteil der Hochqualifizierten in Brandenburg unter dem ostdeutschen Mittelwert liegt.¹⁵ Insgesamt stellen wir fest, dass der demographische

⁹ BUSLEI/SCHULZ (2007) zeigen auf, dass aufgrund steigender Einkommen die Konsumausgaben trotz des demographischen Wandels insgesamt zunehmen werden.

¹⁰ Vgl. Landesregierung Brandenburg (2004) S. 16.

¹¹ Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2006) S. 21 f.

¹² So geht das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007) S. 7, von einem Produktionsrückgang bei Getreide von 12 % bis 2013 aus.

¹³ Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2005) S. 21.

¹⁴ Besonders kritisch ist der hohe Anteil nicht bestandener Abschlussprüfungen. Diese belief sich nach BAUM (2007) zwischen 12 % in der Forstwirtschaft und 45 % bei den Gärtnern.

¹⁵ Vgl. BOGAI (2007) S. 15.

Wandel dazu führt, dass auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, wie in Abbildung 6 dargestellt, das Arbeitskräftepotenzial derjenigen mit Hochschulabschluss bis 2014 geringfügig zunehmen und insgesamt bis 2020 um 95.000 abnehmen wird.

Stetig und dramatisch nimmt die Zahl derjenigen Erwerbspersonen mit Berufsabschluss ab. Die Zahl sinkt um 1,09 Mio. bis 2020, was einen Rückgang für den gesamten ostdeutschen Arbeitsmarkt von 16,9 % darstellt.

Hingegen verringert sich trotz Bevölkerungsrückgangs fast überhaupt nicht die Anzahl der Geringqualifizierten, die über keinen Berufsabschluss verfügen.

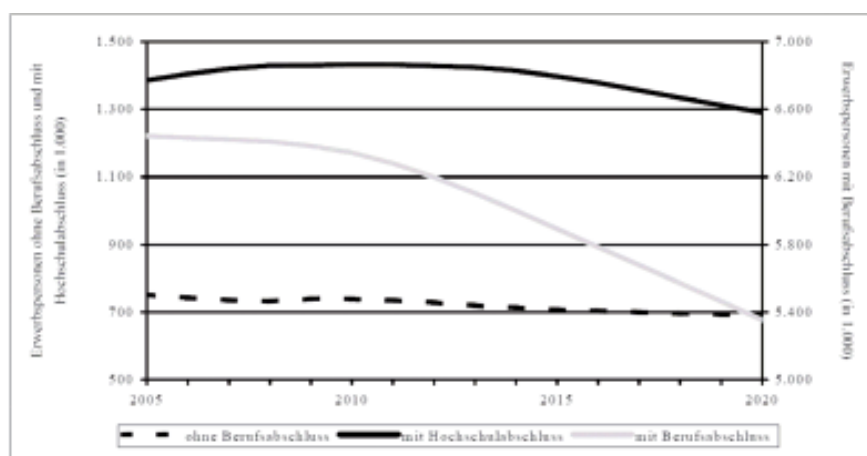


Abb. 6: Erwerbspersonen nach Qualifikation (2005–2020),
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts

Strukturdiskrepanzen

Diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen zu einem Missverhältnis von Arbeitsplatzangebot und dem Potenzial an Bewerbern auf dieses Angebot, das als mismatch auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet wird. Es entsteht eine Lücke zwischen dem Angebot an Arbeitsplätzen für qualifizierte Arbeitskräfte und dem entsprechenden Pool an qualifizierten Kräften. So ist davon auszugehen, dass in Brandenburg bis 2010 eine Lücke von 100.000 bzw. in 2015 von 200.000 qualifizierten Fachkräften entsteht. Diese strukturelle Arbeitslosigkeit in Form eines Überangebots an Geringqualifizierten und einer Übernachfrage an Qualifizierten ist das Kernproblem des Brandenburger Arbeitsmarktes. Diese strukturelle Arbeitslosigkeit wird durch den Bevölkerungsrückgang nicht beseitigt, sondern eher dadurch verschärft, dass der

relative Anteil der Qualifizierten mit dem Bevölkerungsrückgang sinken wird. Diese Entwicklung gewinnt dadurch an zusätzlicher Dramatik, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte nicht die unbesetzten Stellen für qualifizierte Arbeitskräfte besetzen können, da ihnen die nötigen Qualifikationen fehlen. Meist ist die Situation so, dass gering qualifizierte und qualifizierte Arbeitskräfte in einer komplementären Beziehung stehen. Es macht nur Sinn, gering qualifizierte Arbeitskräfte einzustellen, wenn man auch zusätzlich entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte einstellen kann. Das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte schafft so die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten. Gelingt es, den hohen Besatz an gering qualifizierten Arbeitskräften zu qualifizieren, so wäre das Kern-

problem gelöst, das nicht demographisch bedingt ist, sondern durch die Demographie nur verschärft wird. In Brandenburg beendet jeder 10. Schüler die Schule ohne Abschluss. Dies ist das Potenzial, das in Brandenburg bleibt. Es ist gezielt zu fördern. Anstatt jedoch den demographisch bedingten Lehrerüberhang bei Qualifizierungsmaßnahmen gezielt zu nutzen, setzt das Land auf Einsparung durch Abbau von Stellen.¹⁶

Um strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen, muss sowohl die räumliche, als auch die berufliche Mobilität erhöht werden. Dies setzt sowohl eine gute Verkehrsinfrastruktur, als auch entsprechende Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen voraus. Eine gute Verkehrsinfrastruktur im Bereich des ÖPNV ist gerade für den Ländlichen Raum eine Chance, die Abwanderung qualifizierter junger Arbeitskräfte zu verhindern.

Da in Brandenburg die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitskräfte sehr hoch ist, kann man diese in der Region halten, wenn sie als Pendler in nahe gelegenen prosperierenden Zentren eine Beschäftigung finden. Eine gute Verkehrsinfrastruktur schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die Förderung von Wachstumskernen auch für den Ländlichen Raum über die positiven Beschäftigungseffekte auswirkt. Durch die Vernetzung des Ländlichen Raums mit den Wachstumskernen Brandenburgs wird auch der Konflikt in der Kohäsionspolitik zwischen dem Ausgleichsziel, in den Regionen annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, und dem Wachs-

¹⁶ So plant die Landesregierung mit Abfindungen u. a. in Höhe von geplanten 120 Mio. Euro ca. 3.000 Vollzeitstellen bis 2012 einzusparen.

tumsziel, die mit großer Wachstumsdynamik gekennzeichneten Regionen im Sinne von „Stärken stärken“ besonders zu fördern, abgebaut. Dieser Effekt könnte vielen ländlichen Regionen im näheren Umfeld von Berlin helfen, wäre Berlin ein sich dynamisch entwickelndes Agglomerationszentrum.¹⁷ Welche Beschäftigungschancen sich für den Ländlichen Raum bei einer stärkeren Wirtschaftsdynamik Berlins ergeben könnten, kann man am Vergleich der Pendlerströme Berlins mit anderen Agglomerationszentren ablesen. Mitte 2004 lag nach BOGAI/LEIBERT/WIETHÖLTER die Einpendlerquote in Berlin bei 18,8 %, hingegen in Frankfurt am Main bei 65,3 %, Stuttgart bei 59,2 % und München bei 44,2 %.¹⁸

Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Mit dem Hinweis, dass für den Ländlichen Raum beschäftigungspolitisch eine Stabilisierung des ÖPNV trotz Bevölkerungsrückgangs notwendig ist, haben wir schon einen wichtigen Punkt der wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die sich aus der demographischen Entwicklung für den Ländlichen Raum ergibt, angesprochen. Die große Gefahr der unbefriedigenden Entwicklung in der Demographie ist, dass diese zu einer rein mechanistisch ausgerichteten Sparpolitik führen kann. Sie kann zum einen die negativen demographischen Tendenzen verstärken jedoch andererseits die Haushaltskonsolidierungspolitik unterlaufen und in das Gegenteil verkehren.

Natürlich muss Brandenburg zu einer tragfähigen Finanzpolitik nicht nur auf der Landesebene, sondern insbesondere auf der kommunalen Ebene zurückfinden. Dies ist aber nur möglich, wenn man eine Strukturdiskussion bei den Ausgaben beginnt und sich nicht auf eine reine Volumenanpassung beschränkt.¹⁹ Dies zeigt sich z. B. im Bereich der Schulpolitik für den Ländlichen Raum. Die Antwort auf die zurückgehende Schülerzahl kann nicht allein die Schließung von Schulen sein, sondern es geht auch darum, den Rückgang an Schülern und damit der zukünftigen

Arbeitskräfte durch Humankapitalinvestitionen zu kompensieren. Aus dieser Sicht macht es wenig Sinn, mit „Leistungs- und Begabungsklassen“, die besonders Guten mit hoher Abwanderungsquote gezielt zu fördern, wenn andererseits die weniger begabten Schüler in der Region bleiben und den beruflichen Herausforderungen durch ihre Schulausbildung nur unzureichend gewappnet sind.²⁰

Um konkreter zu werden, sollen zwei zentrale Aufgabenfelder der Landespolitik kurz betrachtet werden:

- das neue Landesentwicklungsprogramm und die
- Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung,²¹ denen zur Bewältigung des demographischen Wandels eine besondere Bedeutung zu kommen.

Mit der Intention der Landesregierung, die Anzahl der Zentralen Orte deutlich zu reduzieren,²² ist zu befürchten, dass diese Anpassung in erster Linie den dünn besiedelten Ländlichen Raum mit seiner dörflichen und kleinstädtischen Siedlungsstruktur betrifft. Ein Blick auf die Übersicht, Abbildung 7, zeigt aber, dass diese Sorge zunächst einmal unbegründet ist. Betrachtet man die Verteilung der Mittelzentren, so kann man auch in der neuen Planung keine gezielte Benachteiligung des Ländlichen Raums feststellen.

Welche dramatischen durchaus negativen Konsequenzen aber die neue Planung für den Ländlichen Raum hat, zeigt die Übersicht 8. Danach ist der Wegfall der Zentralen Orte unterer Stufe (zentrale Orte der Nahbereichsstufe) vorgesehen. Diese Politik bedeutet, dass Orte, die sich zum Großteil im Ländlichen Raum befinden, einen erheblichen Funktionsverlust erleiden werden. Da diese Orte für die Sicherung des Grundbedarfs zuständig sind, ist zu befürchten, dass dieser mit dem Wegfall dieses Typus Zentraler Orte, im Ländlichen Raum nur noch eingeschränkt gesichert werden kann und entsprechend negative Beschäftigungseffekte zu erwarten sind. Immerhin werden ca. 150 amtsfreie Gemeinden und Ämter in Brandenburg nicht den Status, Zentraler Ort zu sein, besitzen.²³

¹⁷ Nach den Berechnungen der OECD (2007) ist aber der Raum Berlin die Region in der OECD, die sich am ungünstigsten entwickelt hat. Zwischen 1998 und 2003 war Berlin die wachstumsschwächste Region in der OECD. Das Wachstum war nicht einmal halb so hoch wie im schon relativ niedrigen Durchschnitt in der Bundesrepublik und von daher im Wesentlichen hausgemacht.

¹⁸ Vgl. BOGAI/SEIBERT/WIETHÖLTER (2005) S. 16.

¹⁹ Aus dieser Betrachtungsweise ist auch die pauschale These der Landesregierung Brandenburg (2004) S. 5: „der stark ausgebeutete Sozialstaat wird ein hohes Leistungsniveau zurückfahren müssen“ sehr kritisch zu beurteilen.

²⁰ Während für 33 Schulen die Zusage auf Errichtung von Leistungs- und Begabungsklassen vorliegt, sollen andererseits 50 bis 60 der 156 Gymnasien, insbesondere im Ländlichen Raum geschlossen werden.

²¹ Siehe dazu ausführlich RIBHEGGE (2006).

²² Siehe entsprechenden Hinweis bei STEINTJES (2007), S. 34.



Abb. 7: Metropole, Ober- und Mittelzentren mit Mittelbereichen

Wesentlich positiver ist aus der Sicht des Ländlichen Raums die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung zu beurteilen. Diese besteht, wie in Abbil-

dung 9 dargestellt, aus zwei Säulen der Förderung. Die erste Säule beinhaltet ein Wachstumsprogramm für den Mittelstand. Da der ländliche Raum sehr stark

²³ Vgl. ebenda, S. 34.



Abb. 8

durch den Mittelstand geprägt ist, kommt dieser Säule eine besondere Stellung für den Ländlichen Raum zu. Bei ihr wird nicht zwischen Zentren und Ländlichem Raum bei der Förderung differenziert, so dass hier eine Benachteiligung des Ländlichen Raums per se ausgeschlossen ist. Bei einem förderfähigem Investitionsvolumen von bis zu 2,5 Mio. EUR erhalten Investoren die gemäß EU-Vorgaben maximale Förderung von 50 % für kleine und von 40 % für mittlere Unternehmen.

Schwieriger sind die Auswirkungen der 2. Säule der Förderung auf den Ländlichen Raum zu beurteilen. Generell bekommen alle Unternehmen für

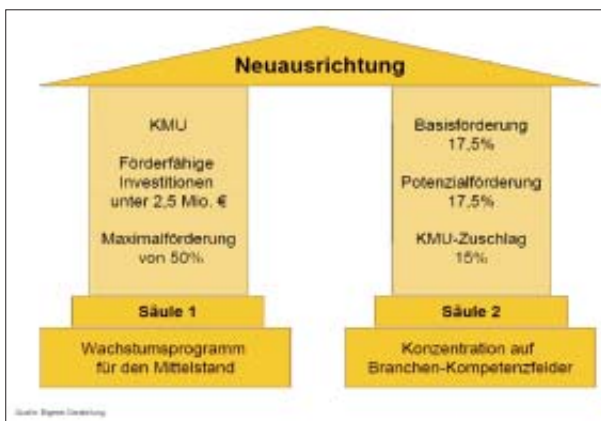


Abb. 9: Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung

förderfähige Investitionen mit einem Investitionsvolumen, das größer als 2,5 Mio. ist, eine Basisförderung von 17,5 %, so dass auch hier eine Diskriminierung des ländlichen Raums ausgeschlossen ist. Bestehende Unternehmen können eine zusätzliche Potenzialförderung von 17,5 % erhalten, wenn sie in einem Branchenkompetenzfeld investieren. Eine Diskriminierung des Ländlichen Raums wäre gegeben,

wenn dieser in der Aufstellung der Kompetenzfelder unterrepräsentiert wäre. Das ist aber nicht der Fall. Von den 16 bzw. 18 Branchenkompetenzfeldern haben die 6 Felder:

- Energiewirtschaft/-technologie mit 13.000 Beschäftigten
 - Ernährungswirtschaft mit 10.400 Beschäftigten
 - Holzverarbeitende Wirtschaft mit 3.227 Beschäftigten
 - Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe mit 1.300 Beschäftigten
 - Papier mit 2.917 Beschäftigten
 - Tourismus mit ca. 50.000 Beschäftigten
- eine tiefe Verwurzelung im Ländlichen Raum.²⁴

Von daher bedingt das neue Leitbild „Stärken stärken“ keine Aufgabe des Ländlichen Raums.

Wenn eine gewisse Benachteiligung des Ländlichen Raums gegeben wäre, dann wäre dies nur bei der Neuansiedlung von Unternehmen mit einem Investitionsvolumen über 2,5 Mio. EUR möglich. Bei Neuansiedlungen ist eine zusätzliche Potenzialförderung nur möglich, wenn das Projekt in einem Branchenschwerpunktort realisiert wird. Schaut man sich die Verteilung der Branchenschwerpunktorte an, so ist offensichtlich, dass diese sich außerhalb des Ländlichen Raums konzentrieren. Wichtig ist aber, dass diese sehr stark regional an den Ländlichen Raum angebunden sind, so dass von diesen Branchenschwerpunktorten ausreichende Beschäftigungsimpulse für den Ländlichen Raum ausgehen. Hinzu kommt, dass bei dem für den Ländlichen Raum sehr wichtigen Branchenkompetenzfeld Tourismus keine Branchenschwerpunktorte ausgewiesen werden. Diese Beschäftigungsimpulse sind auch von den Wachstumskernen zu erwarten. Unter dem Aspekt der Beschäftigungschancen, die Wachstumskerne für den sie umgebenden Ländlichen Raum induzieren können, ist aber wenig nachvollziehbar, dass für den weitgehend ländlich strukturierten Kreis Märkisch-Oderland kein Wachstumskern vorgesehen ist, obwohl im Berlinnahen Raum dieses Kreises ein ausreichendes Potenzial für einen Wachstumskern gegeben ist.

Dass die Wirtschaftsförderung keine Benachteiligung des Ländlichen Raums darstellt und viel mehr von ihr positive Beschäftigungseffekte für diesen Raum ausgehen, wird deutlich, wenn wir die Verteilung der Fördermittel anschauen. So flossen 2005 an Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in das Ernährungsgewerbe 47,2 Mio. EUR, in das Holz-, Papier- und Druckgewerbe 25,0 Mio. EUR und den

²⁴ Vgl. Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (2007).

Bereich Tourismus 11,4 Mio. EUR, was immerhin 83,6 bei einem Gesamtvolumen von 230,5 Mio. EUR ausmacht.

Abschließend sollen zwei wichtige wirtschaftspolitische Überlegungen aus der Neuen Ökonomischen Geographie von Krugmann skizziert werden. Zentrale Aussage dieser Theorie ist, dass die Entwicklung von Regionen von spezifischen Parameterkonstellationen abhängt, wobei geringfügige Variationen der Parameter zu gravierenden Veränderungen in einer Region führen können. Aus dieser grundlegenden Überlegung lassen sich folgende Schlussfolgerungen für den Ländlichen Raum ableiten:

Wie sich der Ländliche Raum in der Zukunft tatsächlich entwickelt, ist nicht vorgegeben, sondern beeinflussbar. Ob sich die zu Beginn der Ausführungen aufgestellten Entwicklungen in 2020 bis 2050 tatsächlich ergeben, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die zu einem gewissen Ausmaß steuerbar sind. Von daher sollte man diese Prognosen als warnende Handlungsanweisungen auffassen, die deutlich machen, dass gegenzusteuern ist.

Geringe Veränderungen im Politikeinsatz können zu erheblichen regionalen Effekten führen. Dies gilt auch für das neue Leitbild „Stärken stärken“, das einen Wechsel von einer regionalen Ausgleichspolitik zu einer räumlich konzentrierten Wachstumspolitik bedeutet. Dieser Paradigmawechsel kann aber für den Ländlichen Raum im Extremfall dazu führen, dass in ihm negative Entwicklungsprozesse gerade durch die Vernachlässigung der Infrastruktur induziert werden, so dass damit das Konzept der „Stärken stärken“ zu einer passiven Sanierung des Ländlichen Raums führen könnte. Dieses Gefahrenmoment sollte man nicht aus dem Auge verlieren.

Literatur

- BAUM, S. (2007): Ausbildungschancen in der Landwirtschaft. Grüne Berufe brauchen qualifizierte Bewerber, in: BRANDaktuell, Nr. 3, S. 7.
- BOGAI, D. (2007): Brandenburg – Schwieriges industrielles Erbe und starke regionale Disparitäten, in: Sozialer Fortschritt, S. 13–16.
- BOGAI, D./SEIBERT, H./WIETHÖLTER, D. (2005): Sinkende Beschäftigung, wachsende Mobilität. Pendlerbericht Berling-Brandenburg 2004, in: IAB regional, Nr. 2.
- BOGAI, D./WIETHÖLTER, D. SEIBERT, H. (2007): Auszubildende sind im Land Brandenburg sehr mobil. Hohe Auspendlerquote, doch der größte Teil der mobilen Auszubildenden bleibt im Land, in: BRANDaktuell, Nr. 3, S. 10–11.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2006): Nationaler Strategieplan (ELER) der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007 – 2013.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2006): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2006.
- BUSLEI, H./SCHULZ, E. (2007): Wachsende Bedeutung der Haushalte Älterer für die Konsumnachfrage bis 2050, in: DIW Wochenbericht, Nr. 23, 74. Jg., S. 361–366.
- FUCHS, J./DÖRFLER, K. (2005): Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 11, S. 1–5.
- FUCHS, J./SCHNUR, P./ZIKA, G. (2005): Arbeitsmarktbilanz bis 2020. Besserung langfristig möglich, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 24.
- IWH/TU DRESDEN/IFO-INSTITUT (2006): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland, Endbericht Nr. 27/04.
- KRÖHNERT, ST./KLINGHOLZ, R. (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- LANDESREGIERUNG BRANDENBURG (2004): Bericht zu den demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg.
- LANDESREGIERUNG BRANDENBURG (2005): Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft. Ursachen und Folgen – Strategien und Handlungsfelder – Projekte und Maßnahmen, 2. Bericht der Landesregierung zum demographischen Wandel.
- LBV (2006): Bevölkerungsvorausschätzung 2005 bis 2030 für die Ämter und amtsfreien Gemeinden des Landes Brandenburg.
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT UND FAMILIE (2005): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg. Ergebnisse der neunten Welle des Betriebspanels Brandenburg, Forschungsbericht Nr. 27.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG (2007): Jahrwirtschaftsbericht 2006.
- NIEBUHR, A. (2007): Migrationseffekte. Zuzug Hochqualifizierter stärkt Innovationskraft der Regionen, in: IAB Kurzbericht, Nr. 12.
- OECD (2007): OECD Regions at a Glance 2007 – Pressemitteilung.
- PROGNOS (2007): Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb.
- RIBHEGGE, H. (2006): Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 17, Heft 1/2, S. 156–166.
- SCHNEIDER, L./EICHLER, ST. (2007): Alterung in Ostdeutschland: Gründerpotential sinkt bis 2020

merklich, in: Wirtschaft im Wandel, 13. Jg., S. 102–109.

STEINTJES, G. (2007): Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B), in: MIR aktuell, Vierteljahresschrift, S. 30–35.



Foto: Stephan Loboda

Ein Wald ohne Förster ist wie ... eine Kirche ohne Pfarrer ... ein Fußballspiel ohne Schiedsrichter ... Wald, Waldbewirtschaftung und Förster in der öffentlichen Wahrnehmung

von

Prof. *Michael Suda* und Dr. *Stefan Schaffner*, Freising

Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte an der Technischen Universität München

Prof. Dr. *Michael Suda*

– Jahrgang 1957

– gebürtiger Allgäuer

– Studium der Forstwissenschaft an der Universität München

– Promotion 1988 und Habilitation 1992

– seit 1995 Leiter des Lehrstuhls für Forstpolitik und Forstgeschichte / Wald- und Umweltpolitik an der LMU München, jetzt Technische Universität München

– nimmt u. a. die Politikberatung für den Deutschen Forstverein wahr.

FR Dr. *Stefan Schaffner*

– ist abgeordneter Beamter der Bayerischen Forstverwaltung am Lehrstuhl.

„Ist der Wald etwa nur 10.000 Klafter Holz oder ist er eine grüne Menschenfreude?“ Dieses Zitat von Bertolt Brecht trennt den Wald in zwei auch für die aktuelle Diskussion typische Alternativen. Er trennt Holzproduktion und Gemeinwohlaufgaben. Durch das „oder“ deutet Brecht an, dass nur eine der beiden Alternativen gelten kann. Dies wirft die Frage auf, ob auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung diese beiden Welten getrennt betrachtet werden. Wir wollen mit Hilfe der Methoden der empirischen Sozialforschung diese getrennten Welten untersuchen.

Der Wald ist öffentlicher Raum, wird als kollektives Gut gesehen, als die letzte Allmende

Der Wald war in den letzten Jahrhunderten immer ein Wirtschaftsraum, im Mittelpunkt standen der Rohstoff Holz und andere Waldprodukte. Als Lebensraum bietet der Wald die Möglichkeit der Erholung. Als Naturraum ist er Rückzugsgebiet für Tiere und Pflanzen. Diese drei Aspekte bilden die Säulen der Nachhaltigkeit, so dass der Wald als ein herausragendes Beispiel für dieses Prinzip dienen kann. Die Forstwirtschaft ist bemüht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass sie dieses Prinzip erfunden und dieses Prinzip auch eingehalten hat. Die historische Betrachtung liefert jedoch ein anderes Bild. Mehrfach wurden die hehren Ziele über Bord geworfen, und bis zur Versteppung ganzer Landstriche wurde Holz gemacht. Forstwirtschaft als Hüter der Nachhaltigkeit kann sicherlich – und das ist eine Stärke – auf eine Einhaltung des Nachhaltigkeitsprinzips drängen, verfügt aber nicht über die notwendigen Machtmittel, ihre Vorstellungen in gesellschaftspolitischen Prozessen durchzusetzen. Untersuchungen zeigen, dass trotz einer inflationären Verwendung des Begriffes Nachhaltigkeit, bevorzugt in politischen Sonntagsreden, der Begriff weder von Erwachsenen noch von Schülern verstanden wird. Eine Herausforderung für die forstlichen Akteure, das Prinzip zu leben, um so ein Beispiel zu geben.

Wald der Sinne

Die Märchen der Brüder Grimm kennt jeder von uns. Alle tragen wir diese Geschichten als gemeinsamen Mythos in uns. Pia Mayer-Gampe hat die Rolle des Waldes untersucht und gezeigt, dass der Wald ein Ort ist, wo man die Orientierung verliert. „Ich glaub, ich steh im Wald“ oder „ich bin auf dem Holzweg“, zwei alltägliche Sprüche, die diesen Aspekt ausdrücken. Im Wald verliert das Geld seine Bedeutung. Im Wald kann man sich mit Geld nichts kaufen, oder am Wegesrand lauern dem Waldbesucher im Märchen die Räuber auf und nehmen ihm das Geld weg. Der Wald ist der Raum für die Gesetzlosen, hier gelten andere Regeln. Im Wald gehen die Uhren anders. Es ist die organische Zeit, die hier herrscht – Frühling, Sommer, Herbst und Winter – Morgen-, Mittag- und Abendstimmung. Wir werden sehen, dass dieser Mythos die Sichtweisen der Bürger in weiten Bereichen prägt.

Fügen wir noch eine zweite Sichtweise hinzu. In der Zeit der Romantik waren viele Wälder in einem desolaten Zustand. Vielleicht auch deshalb wird der





dünne, große und kleine Bäume, Geschlossenheit und Ausblick werden positiv empfunden. Der Wald ist ein grünes Band der Sympathie, das die Menschen umgibt.

Der Mensch braucht den Wald, weil ...

Erholung und Ruhe, Sauerstoff und Luft sind die Gründe.

Wald zu einem wichtigen Symbol in dieser Zeit. Josef von Eichendorff hat seine Liebe zum Wald in zahlreichen Gedichten zum Ausdruck gebracht. Für uns interessant ist vor allem ein Zitat: „da draußen stets betrogen saust die geschäft'ge Welt, schlag noch einmal den Bogen um mich du grünes Zelt“. In seinem Sinne gibt es zwei Welten. Eine Welt da draußen mit Stress und Betrug, der unser Verstand analysierend gegenübertritt, und eine Welt in uns, die uns entgegentritt. Der Wald als Raum bietet die Möglichkeit der geschäft'gen Welt zu entfliehen, um uns wiederzufinden. Der Wald kennt keinen Ladenschluss und ist 24 Stunden geöffnet. Weil er eine der letzten Zufluchtstätten ist, an der wir nicht dem allgegenwärtigen Konsum begegnen, macht ihn zu etwas besonderem.

Ich gehe in den Wald, weil

...

Als Motive des Waldbesuchs nennen die Bürger, dass sie ein Erlebnis suchen und sich erholen wollen und dabei Aktivitäten nachgehen. Ein Rausch der Sinne, über den die Erholungsuchenden berichten. Dabei steht weniger das Sehen, als vielmehr das Hören und Riechen im Vordergrund. Im Wald können sich also die Sinne entfalten, die in der zivilisierten Welt überreizt werden. So wird der Lärm als größte individuelle Belastung empfunden. Beim Sehen ist das Auge auf das Objekt Natur gerichtet. Die Antworten der Befragten zeigen, dass Monotonie als negativ empfunden wird. Die Menschen erwarten Abwechslung, wobei diese nur teilweise etwas mit dem forstlichen Begriff des Mischwaldes zu tun hat. Dicke und

Nur für einen verschwindend geringen Teil der Bürger steht der Rohstoff im Vordergrund. Wald und Holz sind entkoppelt. Der Spaziergang dient der Erholung und nicht dazu, sich über Holznutzung oder Forstwirtschaft Gedanken zu machen.

In den Berichten über die Walderlebnisse überwiegen positive Erinnerungen. Offensichtlich werden negative Aspekte gar nicht wahrgenommen, oder die Besucher erinnern sich lieber an die positiven Erlebnisse. Die aktuelle Diskussion in der Forstwirtschaft, die bevorzugt die Begriffswelt der Ökonomie zur Beschreibung ihres Tuns heranzieht, ist an die Vorstellungen der Waldbesucher nicht anknüpfungsfähig. „Ich gehe in den Wald, weil ich mich erholen will und nicht, um mir auch dort über die geschäft'ge Welt Gedanken zu machen“. „Im Wald kann ich die Stille hören“, und das ist unbezahlbar. Für etwas Unbezahlbares wollen die Menschen nicht bezahlen.

Begegnung der Welten

Die Wälder in Mitteleuropa sind keine Urwälder. Überall finden sich die Spuren der Nutzung. Für uns spannend war die Frage, ob die Spaziergänger diese Nutzungen wahrnehmen und was die Bilder in ihnen auslösen.

Den befragten Waldspaziergängern fallen nur wenige Veränderungen auf ihrem gewohnten Weg durch den Wald auf. Jeweils etwa 10 % der Waldbesucher haben Veränderungen an den Wegen, Spuren der Forstwirtschaft (Eingriffe, Kahlschläge) oder auch Aspekte des Waldsterbens bemerkt. Diese Eindrücke verblassen jedoch relativ schnell.

Befragt nach Auffälligkeiten beim letzten, länger zurückliegenden Waldbesuch, ist die Holznutzung in Form von Eingriffen, Kahlschlägen oder Fällungsarbeiten nur 3 von 1.000 Waldbesuchern in Erinnerung geblieben. Daraus lässt sich schließen, dass der beim Waldspaziergang gewonnene Eindruck von Holznutzungen keine bleibenden Erinnerungen erzeugt.

Bäume werden im Wald gefällt, um ...

Auf die Frage nach dem Zweck des Bäume-fällens, rückt bei den Waldbesuchern nicht die Gewinnung des Rohstoffes Holz in den Vordergrund, sondern vielmehr die Waldpflege, in deren Rahmen Holz gleichsam als „Nebenprodukt“ anfällt. Im Fokus der Menschen steht also auch hier der Wald, der geschützt und gepflegt werden muss. Ökonomische Aspekte treten in den Hintergrund.

Allein durch den Begriff ‚Waldpflege‘ wird der Wald in einen Kontext gestellt, der an die Vorstellungen und Werte der Erholungsuchenden anknüpfungsfähig ist. Im Rahmen dieser Pflegevorstellungen werden z. B. störende und den Wald gefährdende Elemente (abgestorbene, kranke Bäume) entfernt. In dieses Bild der Pflege passt sich die Nutzung von dabei anfallendem Holz ohne Gegensatz ein. Waldwirtschaft hat im Werturteil der meisten Menschen primär dem Wald zu nutzen. „Man nützt dem Wald“ statt „Holznutzung, die den Wald nutzt“.

Das Eindringen der Zivilisation in den Wald

Suchen wir weiter nach Spuren der Waldbewirtschaftung in der Wahrnehmung und im Denken der Menschen, so ist das Antwortspektrum auf die Frage, über was sich die Erholungsuchenden regelmäßig *ärgern*, aufschlussreich. Von den meisten Befragten wird der Begriff Müll genannt. Aufgrund der Tatsache, dass in den Wäldern der Bundesrepublik der Müll im Wald objektiv kein Problem darstellt, kann in dieser intensiv negativen Wahrnehmung ein anderer Aspekt vermutet werden. Durch den Begriff Müll wird zum Ausdruck gebracht, dass Spuren der Zivilisation im Wald als erlebter Gegenwelt unerwünscht sind. Offensichtlich üben bereits kleine Müllmengen (Zigarettenkippen, Kaugummipapier, Getränkedosens) einen starken negativen Reiz aus. Diese Gegenstände sind disharmonisch, haben im Bild der Ruhe und Erholung keinen Platz.

Konflikte mit anderen Nutzergruppen bilden einen weiteren Anhaltspunkt für ein inneres Ärgernis. Vor

allem stören frei laufende Hunde und wenig Rücksicht nehmende Radfahrer.

In der Welt der Ruhe werden der Lärm der Holznutzung und eine mögliche Geruchsbelastung durch Maschinenabgase nicht wahrgenommen. Die Waldbewirtschaftung selbst wird somit von erholungsuchenden Menschen nicht als störendes Element der Zivilisation interpretiert. Als störend werden aber negativ „veränderte“ Wegezustände (verschlammt, verdreckt, kaputt gefahren oder zu grob geschottert) wahrgenommen und mit Bewirtschaftungsfolgen in Zusammenhang gebracht.

Die dargestellten Aspekte verdeutlichen, dass die Waldbewirtschaftung in der Wahrnehmung der Menschen und in ihrer Erlebniswelt eine untergeordnete Rolle spielt. Im Vordergrund befindet sich ein Natur- oder Walderlebnis, in dessen Zentrum die Ruhe, die gute Luft, die Sehnsucht nach Naturerlebnis stehen. Waldbewirtschaftung wird kognitiv vielfach als Pflegemaßnahme verstanden und daher als Element der Erhaltung des Waldes interpretiert.

Wald ohne Bewirtschaftung – Wildnis oder Chaos

Der Aufforderung, sich vorzustellen, dass der Wald sich selbst überlassen sein sollte, führt zu einer deutlichen Polarisierung in den Vorstellungen der Erholungsuchenden. Jeweils 4 von 10 Personen prognostizieren die Entstehung von Urwald und Wildnis oder eben Verwilderung und Chaos. Auf der einen Seite werden also positive Folgen mit den Begriffen der Wildnis oder auch des Urwaldes beschrieben und eine heile Natur im Wald ohne Menschen beschworen. Auf der anderen Seite werden negative Folgen der Verwilderung, der Unordnung oder des Chaos assoziiert und so die Anfälligkeit der Kultur (Wirtschaftswald) gegenüber natürlichen (chaotischen) Kräften beklagt.

Die Vorgabe „Wenn niemand Verantwortung für den Wald übernimmt ...“ führt dazu, dass nun 3 von 4 Befragten negative Folgen befürchten, während weniger als 1/5 positive Folgen (Urwald, Natur ...) sieht. Institutionalisiert oder personifiziert man diese Verantwortung in Form des Försters oder einer Forstverwaltung, so fürchten sogar 9 von 10 negative Folgen oder treffen negative Wertaussagen.

Zur gedanklichen Welt des Sich-Selbst-Überlassens und zu den damit vermuteten positiven Aspekten des Urwaldes und der Wildnis gehört daher bei der Mehrheit der Bevölkerung eine Person oder Institution, die Verantwortung für Schutz, Pflege, Kontrolle und Ordnung trägt. Wird im Gedankenexperiment

diese Person/Institution „weggedacht“, dann entzieht man der Wildnis- und der Urwaldvorstellung die positive Anziehungskraft. Ohne eine Verantwortung tragende Instanz wird eine Entwicklung ins Chaos vermutet.

In der Erinnerung werden solche Nachrichten behalten, die das in den Medien dargestellte Sorgenbild widerspiegeln. Für diesen Selektionsprozess dürfte zum einen die Tatsache bedeutsam sein, dass



Lebe wohl du schöner Wald – Wald der Worte

Fragt man die Bürger, an welche Meldungen über den Wald sie sich erinnern können, so löst diese Frage offensichtlich ein „Horrorzenario“ aus: Im Vordergrund der Erinnerung stehen die Elemente Waldsterben und Waldschäden. Bilder weltweiter Waldvernichtung haben deutliche Spuren im Gedächtnis hinterlassen; der Gesundheitszustand des Waldes gibt Anlass zu großer Sorge. Neben kollektiver Schuld (Luftverschmutzung, Klimawandel) werden wirtschaftlich motivierte Einzelinteressen als Gründe vermutet. Diese menschliche Schuld wird durch Begriffe der Kategorien ‚Abholzung‘, ‚Zerstörung‘ oder ‚Vernichtung‘ deutlich. Nur ein kleiner Teil der Menschen erinnert sich an positive Botschaften.

negative Botschaften generell eher wahrgenommen werden als positive. Zum anderen stoßen negative Botschaften speziell zur Gefährdung des Waldes auf besondere Betroffenheit, da der Wald mit sehr positiven Emotionen verbunden wird und gleichzeitig die negativen Botschaften auf verbreiteten Vorstellungsmustern („Waldsterben“) aufbauen. In dieses Bild passt auch die Vorstellung, dass die Waldfläche in Deutschland in den letzten 20 Jahren abgenommen hat.

Im Zentrum der medialen Wirklichkeitskonstruktion steht die Sorge um den Wald. Der Wald ist Symbol der gefährdeten (Rest)Natur, die es zu schützen gilt. *Die Nennungen wenden sich eindeutig in Richtung Sorge.* Der Bürger erwartet „schlechte Nachrichten“ über den Wald in den Medien. Dieses mediale Bild überträgt sich auch auf Holz, wenn eine Verbin-

zung zwischen Waldbewirtschaftung und Endprodukt in den Gedanken erzeugt wird. Dies sollte als Hinweis verstanden werden, dass eine Legitimation für Forstwirtschaft oder das einfache „Bäume fällen“ nicht durch die beliebten Endprodukte aus Holz hergestellt werden kann.

Das Erlebnis-Medien-Dilemma

In der medialen Welt ist der Wald in Gefahr, in der Erlebniswelt ist im Wald alles in Ordnung. Von den Befragten wird dies jedoch nicht als Widerspruch erkannt. Die Erholungsuchenden begeben sich nicht in den Wald, um dort auf Spurensuche zu gehen, sondern, um sich dort zu erholen.

Ein Wald ohne Förster ist

...

Die empirischen Ergebnisse verdeutlichen die starke symbolische Kraft, die Förster bzw. Forstverwaltungen besitzen. Sie tragen dafür Sorge, dass die mediale Katastrophe nicht in der eigenen Umgebung eintritt. In den Denkmustern der Befragten ist der Wald untrennbar mit dem Förster verbunden. Symbolische Vergleiche beschreiben unzertrennliche Dinge (Ein Wald ohne Förster ist ... „*wie ein Topf ohne Deckel*“, „*Haus ohne Dach*“, „*Kirche ohne Pfarrer*“, „*Fußballspiel ohne Schiedsrichter*“, „*eine Weißwurst ohne süßen Senf*“ usw.). Das Image der Förster ist ausgezeichnet. So bestätigen über 90 % der Befragten, er sei verantwortungsvoll, glaubwürdig, handle vorbildlich und nachhaltig. Nur 2 % bezeichnen ihn als verschwenderisch. Im Bild der Befragten schützt, pflegt und erhält der Förster den Wald. Die Förster sind sich in ihrer Selbsteinschätzung dieser positiven Ausgangssituation nicht bewusst. Die gegenwärtige Konzentration auf die Holzproduktion birgt jedoch die Gefahr, dass sich das Denken und die Sprache der Förster von den Vorstellungen der Bürger zunehmend entfernen. Der Wald wird dann auf 10.000 Klafter Holz reduziert.

Der Wald ist 10.000 Klafter Holz *und* eine grüne Menschenfreude

In der Erlebniswelt der Bürger ist die Nutzung von Holz, sofern sie der Waldpflege dient, mit ihrer Freude beim Waldbesuch ohne Disharmonien vereinbar. In der medialen Welt dominiert das „oder“. Es ist ein

zentrale Herausforderung für die im Wald wirtschaftenden Menschen, Waldzustände zu schaffen und zu erhalten, die beiden Polen gerecht werden. Die Wälder, ihre Vorräte und Struktur sollten auch in Zukunft für Investitionsentscheidungen der Holzindustrie, als interessantes Erbe für die nächste Generation der Waldbesitzer und die erholungsuchenden Bürger attraktiv sein.



Foto: Stephan Loboda

Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung – aus Sicht eines Nadelholz verarbeitenden Sägewerkers

von
Dr. *Klaus Böltz*
Klenk Holz Aktiengesellschaft

Dr. *Klaus Böltz*
– Jahrgang 1959
– Diplomforstwirt, in Freiburg studiert
– Mitglied der Geschäftsführung der Klenk Holz AG
– Verantwortlicher für Personal und Marketingkommunikation (seit 2001 in der Klenk Holz AG)
– Referent zur Jahrestagung 2005 des Brandenburgischen Forstvereins e. V.



Abb. 1

und die damit einhergehende Steigerung der Wertschöpfung entwickelt. Hinweise darauf geben die Erhöhung der Hobelleistung und der Ausbau der Produktion von Konstruktionsvollholz. Und schließlich spiegelt sich der stetige Ausbau des Standorts auch in der Entwicklung der Mitarbeiterzahlen wider.

KLENK in Zahlen	
Konzern-Umsatz	560 Mio. Euro
Einschnitt in Fm	3,5 Mio. Fm
Schnittholzproduktion	2,0 Mio. m ³
Exportanteil	> 40 %
Mitarbeiter	1600
davon Auszubildende	90
Werke	Oberrot, Gaildorf, Baruth, Wolfegg, Volgelsheim/Frankreich

Abb. 2

Klenk hat 1996 ein Sägewerk in Baruth/Mark übernommen. Wie die folgenden Abbildungen zeigen, hat sich der Standort sehr gut entwickelt. Dabei hat das Unternehmen von Anfang an ganz auf den Charakterbaum Brandenburgs, die Märkische Kiefer, gesetzt.



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 3



Abb. 6

Der Einschnitt wurde kontinuierlich erhöht. Sehr positiv hat sich jedoch auch die Verarbeitungstiefe



Abb. 7

Voraussetzung für diesen kontinuierlichen Ausbau des Werkes Baruth war, dass durch eine Erhöhung des Einschlags in Brandenburg die Rohstoffversorgung gewährleistet werden konnte.



Abb. 8

Große Anstrengungen waren erforderlich, um für die Kiefer in Deutschland wieder einen Markt zu schaffen. Es war ein schwieriges und risikoreiches Unterfangen, Anfangs wollte niemand die Kiefer haben. Märkischer Kiefer ist mittlerweile zum Qualitätsbegriff geworden. Wir freuen uns, dass auch das Land Brandenburg sich mit der Kiefer - übrigens dem Baum des Jahres 2007 – identifiziert und das Holz der Kiefer im Bauwesen einsetzt, wie z. B. im Waldsolarheim in Eberswalde. Die Verwendung von Kiefernholz sollte im öffentlichen Bau mehr die Regel als die Ausnahme sein.

Märkische Kiefer – Marke aus Brandenburg

- Anfang der 90er Jahre: schwach ausgeprägtes Image und Vorbehalte gegenüber der Kiefer.
- Zusammen mit Forst Brandenburg gelungen, Märkische Kiefer als einzigartiges Markenholz zu etablieren.
- Märkische Kiefer ist inzwischen ein weltweit gefragtes und vermarktetes Qualitätsprodukt.
- Kiefer wird zunehmend mit Brandenburg als Marke in Verbindung gebracht.

Abb. 9

Nachhaltig gut – Vorteile der Märkischen Kiefer

- sehr feinjährlig und homogen
- hohe Rohdichte und Biegefestigkeit
- formbeständig und geradschaftig
- neigt nicht zum Verziehen
- Oberfläche leicht zu bearbeiten
- von Natur aus dauerhaft

Abb. 10

Die Märkische Kiefer eignet sich hervorragend für den anspruchsvollen konstruktiven Holzbau. Eine aktuelle Untersuchung der Holzforschung München bescheinigt der Märkischen Kiefer zudem bessere statische Eigenschaften im Vergleich zu Kiefern aus andern Wuchsgebieten. Die Fertighausindustrie, Zimmereien und Holzbaubetriebe schätzen die Vorteile der Märkischen Kiefern zunehmend. Und auch für die Verwendung als Gartenholz oder im Do-it-yourself-Bereich konnte sich die Märkische Kiefer einen Markt erobern.



Abb. 11

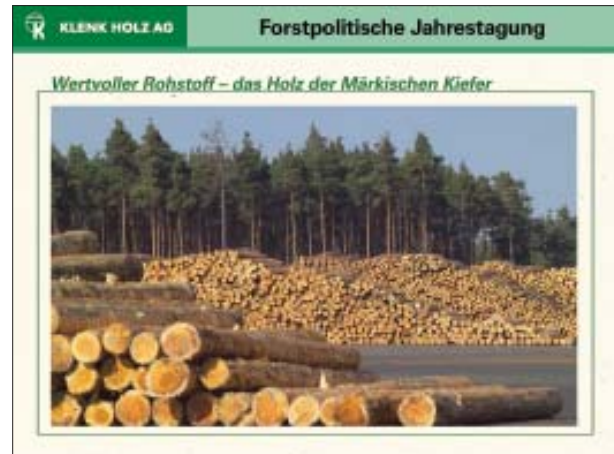


Abb. 14



Abb. 12



Abb. 15



Abb. 13



Abb. 16

Unser Unternehmen hat in Baruth bisher mehr als 100 Mio. € in den Ausbau der Verarbeitung und Weiterverarbeitung investiert. Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist für die Zukunft des Standortes daher von entscheidender Bedeutung, ja sogar Voraussetzung.

Eine leistungsfähige Holzindustrie braucht leistungsfähige Partner auf der Forstseite. Das Land als größter Waldbesitzer sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und die Landesforstverwaltung zu einem Produkt und Kunden orientierten modernen Unternehmen weiterentwickeln.

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Forstorganisation

- Von 16 Bundesländern führen nur noch drei Länder Regiebetriebe:
 - Baden-Württemberg
 - Brandenburg
 - Thüringen
- die meisten Forstbetriebe sind in Landesbetriebe nach § 26 LHO ausgegliedert.
- drei Länder haben eigenständige Forstbetriebe in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts gegründet (Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen).
- Baden-Württemberg will im Zuge der Evaluierung der Verwaltungsreform Weg für Herauslösung aus Verwaltung ebnen.
- ÖBF als Voreiter hat sehr gute Entwicklung genommen.

Abb. 17

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Holzmobilisierung

- Trennung von Hoheit und Betrieb schafft gute Voraussetzungen für Mobilisierung – Chancen wahrnehmen.
- Landeswald nutzt bereits nahe am Potenzial.
- Privatwaldanteil bei 54 % - großes Betätigungsfeld für „Dienstleistungs- und Hoheitsförster“ bei flächendeckender Präsenz.
- Wichtig: Zuordnung des geernteten Holzes zu den jeweiligen Waldbesitzern.
- Zusammenfassung von Klein- und Kleinstparzellen zu Flächeneinheiten, die mechanisiert bearbeitet werden können.

Abb. 20

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Weitere Erwartungen an den Landesbetrieb

- Rationalisierung in den Bereichen:
 - EDV
 - ELDAT
 - Werkseingangsmessung
- Frei-Werk-Lieferungen
- Prozess begleitende Informationssysteme
- Konstante, zuverlässige Mengenversorgung

Abb. 18

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Mobilisierungsprojekte

- viele Ansätze, viele Projekte, aber noch kein wirklicher Durchbruch.
- Waldbesitzer und Holzindustrie sollten Mobilisierung zur Gemeinschaftsaufgabe machen.
- Forstwirtschaftlichen Vereinigungen kommt dabei Schlüsselrolle zu.
- Forstdienstleister mit einbeziehen.

Förderung der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen zur Rohstoffmobilisierung ist gut angelegtes Geld – Voraussetzung, dass auch künftig Wertschöpfung im Cluster Forst und Holz gesteigert werden kann.

Abb. 21

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Forstorganisation und Rohstoffmobilisierung

- Thema darf nicht zur Erhaltung des Status quo der Einheitsforstverwaltung missbraucht werden.
- Die Dienstleistungen der Landesforstverwaltung für den nichtstaatlichen Waldbesitz dürfen künftig nicht mehr in institutionalisierter Form erbracht werden. Auch auf diesem Feld sind marktwirtschaftliche Lösungen gefordert.
- Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die privaten Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu diesem relevanten Markt forstlicher Dienstleistungen von der Holzernte bis zu kompletten Betreuung und Bewirtschaftung von Waldflächen ermöglichen.
- Landesbetrieb soll an diesem Wettbewerb teilnehmen können.

Abb. 19

KLENK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Waldumbau – eine reine Anti-Kiefer-Aktion (?)

„Der Kieferanteil liegt zwischenzeitlich bei unter 20 % der Baumartenzusammensetzung in der Altersstufe bis 10 Jahre. Damit wurde der Beginn einer deutlichen Änderung bei der Baumartenzusammensetzung eingeleitet, hin zur Vergrößerung der Laubholzanteile.“

(J. Müller, LfE, in AFZ-DerWald, 10/2007)

Abb. 22

Wenn wir uns mit der Frage der Rohstoffsicherung befassen, darf ein weiteres, sehr emotional diskutiertes Thema nicht außen vor bleiben: der in Brandenburg verfolgte Waldumbau. Vor wenigen Wochen ist in AFZ-Der Wald (10/2007) ein Artikel zum „Bis 2005 realisierten Waldumbau im Landeswald Brandenburg“ erschienen.

Ist der Waldbau eine reine Anti-Kiefern-Aktion, wie MILDNER in seinen Bemerkungen zur Waldbau-Richtlinie der LFV Brandenburg schreibt (AFZ-Der Wald 10/2007). Er sieht im allgemein favorisierten Anbau der Eiche einen Widerspruch zu den Risikofaktoren, denen diese Baumart unter Beachtung der Klimaprognosen ausgesetzt ist.

Diese Aussage ist gerade auch vor dem Hintergrund der immer wieder geäußerten Unterstellung von Gewicht, dass Großsägewerke die Nachhaltigkeit gefährden. Eine leistungsfähige Holzindustrie ist demnach geradezu die Voraussetzung, damit die Nachhaltigkeit in der deutschen Forstwirtschaft auf Dauer und mit all ihren Ausprägungen gesichert werden kann.



Abb. 23

Wenn sich der Waldaufbau zu dem angestrebten Ziel hin verändert, werden wir mit einem deutlich reduzierten Aufkommen an Kiefern-Stammholz konfrontiert werden. Die Versorgung des Werkes Baruth wäre mittelfristig nicht mehr darstellbar. Dies würde sich auch negativ auf die Wertschöpfung und die Zahl der Arbeitsplätze auswirken. Bleibt zu hoffen, dass die privaten Waldbesitzer sich weiterhin zum Brotbaum des Landes, der Märkischen Kiefer, bekennen.

Abschließend soll noch kurz auf die Feststellungen von Prof. MANTAU zum Thema Nachhaltigkeit eingegangen werden, die er auf dem Kongress Rohholzmanagement im Deutschland im März dieses Jahres in Hannover getroffen hat.

KLEINK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Prof. Mantau zum Thema Nachhaltigkeit

„Wenn wir weiterhin so unternutzen wird der jährliche Zuwachs immer geringer, weil immer mehr überalterte Bestände immer weniger produzieren.“

Nicht mehr nutzen als nachwächst hieße dann immer,weniger nutzen.
Das kann nicht nachhaltig sein.

Es muss gegenwärtig sogar mehr genutzt werden als nachwächst, damit der Wald sein ökologisches und ökonomisches Potenzial voll entfalten kann.“

Abb. 24

KLEINK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

Fazit

Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung.

wenn

- die Forstbetriebe sich organisatorisch und strukturell nach den Bedürfnissen der Kunden ausrichten,
- dauerhaft Erfolge bei der Mobilisierung von Holz aus dem Privatwald erzielt werden,
- die Forstbetriebe ihre waldbaulichen Zielsetzungen an der aktuellen und zukünftigen Nachfrage Holz verarbeitender Betriebe orientieren.

Abb. 25

KLEINK HOLZ AG Forstpolitische Jahrestagung

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen, denn Zukunft kann man bauen.“

Antoine de Saint-Exupéry 1900-1944,
franz. Pilot und Schriftsteller

Wir hoffen und wünschen, die Verantwortlichen in Brandenburg nehmen die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vor.

Abb. 26



Foto: Jan Engel

Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung aus Sicht eines Verarbeiters von Laubstammholz

von
Antje Maschmann-Fehrensens
Holzindustrie Templin

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Woidke,
sehr geehrte Abgeordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bei den Veranstaltern des heutigen Termins möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung bedanken. Ich habe somit die Gelegenheit zu dem Thema „Einheimische Rohholzressourcen sichern die einheimische Holzverarbeitung bei hoher Wertschöpfung aus Sicht eines Verarbeiters von Laubstammholz“ Ziele

oder auch Forderungen formulieren zu dürfen.

Zunächst möchte ich Ihnen unser Unternehmen kurz vorstellen (Bild 1).

Im Jahr 1993 wurde das in Liquidation befindliche Sägewerk Templin von der Treuhand gekauft und es entstand die HIT. Ausschlaggebend für diese Investition war der Gedanke, die Chancen und Potenziale der neuen geopolitischen Situation, wie auch die sich abzeichnenden Wachstumspotentiale effektiv zu nutzen.

Antje Maschmann-Fehrensens

- Jahrgang 1966
- aufgewachsen in Hann.Münden
- Diplom-Betriebswirtschafterin
- Geschäftsführerin der Holzindustrie Templin GmbH
- mehrfach Referentin auf Veranstaltungen des Brandenburgischen Forstvereins
- Mitwirkung in Forschungsprojekten, u. a. des BMBF



Bild 1

In der Phase des Buchen-Booms, Ende der neunziger Jahre, folgte der Kauf der Holzbearbeitung Bralitz, HBB. Weitere Investitionen wurden und werden in beiden Betrieben getätigt. Zu erwähnen ist, dass stets heimische Betriebe bei der Auftragsvergabe von anstehenden Investitionen berücksichtigt werden. Wir beschäftigen knapp 100 Mitarbeiter, zählt man die indirekten Arbeitsplätze dazu, nämlich die die durch die Investitionen und auch durch den laufenden Betrieb anfallen, sind es deutlich mehr.

Damit gehören wir in unserer Region – dem Landkreis Uckermark, bekanntlich die Region mit den höchsten Arbeitslosenzahlen in Brandenburg – zu den größeren Arbeitgebern. Darüber hinaus stellen wir jedes Jahr 4–5 Ausbildungsplätze zur Verfügung.



Bild 2

Die großen Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie in Brandenburg, zu denen wir uns als HIT zählen, tragen überdimensional zur Exportquote der Brandenburger Wirtschaft bei.

Unser Exportanteil liegt bei über 85 % – die Abnehmerländer verteilen sich rund um den Globus –

von Europa über Amerika, Afrika, den mittleren Osten bis nach Japan, China und Indien.

Meine Damen und Herren – Holz wächst an Holz! Das ist eine alte Redensart im Wald. Gemeint ist, dass man Wald und Bäume braucht um Holz überhaupt produzieren, oder genauer gesagt, um Holz ernten zu können. In dieser banalen Tatsache liegt das Schicksal jeder Forst- und Holzwirtschaft auf diesem Globus. Wer keinen Wald und keine Bäume zur Verfügung hat, der kann sonst etwas anstellen, aber Holz produzieren, kann er nicht. Dieses Problem trifft weite Teile dieser Erde. Dort taugen die Böden nicht für Wald, oder das Klima ist nicht passend, oder beide Faktoren zusammen machen Wald unmöglich. So betrachtet, ist die Waldfähigkeit einer Region ein kostbares Geschenk der Natur.



Bild 3

Die Menschheit hat seit Anbeginn ihrer Entstehung dieses Geschenk intensiv und umfassend genutzt, allerdings verblasste die Bedeutung von Holz in einer immer moderneren Welt. Andere Stoffe und Ressourcen traten in den Vordergrund und beherrschten das menschliche Leben. Wer mit Holz arbeitete, galt als rückständig und verschroben, wurde gar bedauert.

Und heute? Wie stehen wir heute zum Holz?

Die Szene ist gemischt. Zwar ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Werkstoffe nahezu unübersehbar geworden und die immer neuen Anwendungen und Kombinationen versetzen uns regelmäßig in Staunen, aber, bei näherer Betrachtung wird deutlich, die Zahl der zugrunde liegenden Roh- und Ausgangsstoffe ist nach wie vor geradezu bescheiden. Und, was besonders ins Auge fällt, die allermeisten dieser Stoffe sind endlich und das Ende Ihre Verfügbarkeit nicht selten schon absehbar. In diesem exklusiven Kanon der Rohstoffe wirkt Holz mittlerweile schon gar nicht mehr so blass, als man es uns lange Zeit

hat glauben machen wollen. Eher das Gegenteil ist der Fall: Kaum einem Rohstoff wird eine so glänzende Zukunft vorausgesagt, wie eben diesem. Und das bei all seinen Vorteilen, die der Rohstoff Holz bekanntermaßen mit sich bringt.

Wer diese Gedanken bewusst aufnimmt, versteht leicht, welch ungeheuerliches Glück einem Land zuteil wird, das einen so wertvollen Schatz sein Eigen nennen darf.



Bild 4

Die Tatsache, dass Wald ein wertvolles Geschenk der Natur ist, darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass aus der Fruchtbarkeit der Natur gefälligerweise nur die Holzsortimente entstehen, die sich für die industrielle Verarbeitung eignen. Trotz biologischer Automation und natürlicher Sukzession liefert unbetreuter Wald nur in seltenen Fällen nachhaltig sorten- und qualitätsoptimiertes Rohholz in adäquaten Mengen. Anders gesagt: Ohne die geschulte, formende und planmäßig wirkende Hand des Forstmannes ist aus einem Wald nicht der gewünschte Rohholzertrag zu erzielen und ein Holz verarbeitender Industriebetrieb nicht ausreichend zu versorgen.



Bild 5

Es braucht die Holzwertschöpfungskette an ihrem Beginn gute Leute, die ihre Aufgabe kompetent und verantwortungsvoll erfüllen. Die handwerkliche Tätigkeit eines Försters und auch die des Waldarbeiters ist bei stärkerem und besserem Laubholz nicht durch die intensive Mechanisierung, wie wir sie aus dem Nadelholzbereich kennen, ersetzbar.

Lassen Sie mich kurz das Thema Holzmobilisierung aufgreifen – viel Geld und Mühe werden eingesetzt, um Cluster zu bilden und vieles mehr. Jedes Bundesland ist bestrebt zu beteuern, was für ein Potential in ihm steckt. Es werden neue „Holzkompetenzzentren“ geschaffen, Kapazitäten ausgebaut, in neue Standorte investiert, kilometerweise werden zurzeit rote Einweihungs-Bändchen durchschnitten. Bei näherer Betrachtung dieses viel gepriesenen Potentials fällt folgendes auf:

Die Waldeigentümer haben das Laubholz, und in Zukunft noch mehr davon. Die Holzindustrie hat die Möglichkeit dieses Holz aufzunehmen.

Auch wenn die Zahlen der Bundeswaldinventur nur statistisch gering gesichert sind, zeigen sie erstaunliche Tendenzen über die Möglichkeiten im Laubholzbereich.

So steht allein bei der Eiche zum Beispiel für den Zeitraum von 2008 bis 2012 über alle Besitzarten und Sortimente in Brandenburg ein Nutzungspotential von 344.000 Erntefestmeter zur Verfügung. Der Landeswald ist daran mit 181.000 fm und der Privatwald mit 102.000 fm beteiligt. Im Privatwald bestehen im Kleinstprivatwald unter 20 Hektar Besitzgröße mit 50.000 fm Eiche wiederum die größten Möglichkeiten. Interessant ist, dass sich die Nutzungsmöglichkeiten bei der Eiche im Landewald bis 2037 auf 93.000 fm verringern und sich den Möglichkeiten des Privatwaldes mit 83.000 fm plus 12.000 fm aus dem Noch-BVVG-Wald annähern. Diese Entwicklung ist bei den anderen Laubhölzern ohne Buche noch viel deutlicher ausgeprägt.

Bei der Buche bleibt der Landeswald in Brandenburg auch in Zukunft unsere wichtigste Versorgungsbasis.

Natürlich wissen wir, dass bei diesen Mengen nur ein geringerer Anteil für uns in Form von Parkett und Sägeholz interessant ist. Aber auf der anderen Seite sehen wir auch, dass der Landeswald, der Bund, die Kommunen, ein Teil der forstlichen Zusammenschlüsse und der größere Privatwald ihre Hiebsmöglichkeiten beinahe voll ausnutzen.

Reserven gibt es nur in beachtlicher Größe im kleineren Privatwald und zum Teil in forstlichen Zusammenschlüssen.

Für die Erschließung dieser Reserven bedarf es der Hilfe der Landesforst. Nicht nur weil sie das Vertrauen vieler Waldbesitzer hat, sondern auch das entsprechende Fachwissen und die flächendeckende Struktur. Gerne wollen wir mit der Landesforst ein gemeinsames Mobilisierungskonzept voranbringen.



Bild 6

Sehr geehrte Gäste – Brandenburg ist schön! Brandenburg ist reich an besonders schützenswerten Landschaften und Lebensräumen. Die Schutzwürdigkeit dieser Gebiete ist durch ihre Naturnähe, das Vorkommen von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten seltener, wildlebender Tier- und Pflanzenarten oder ihre Vielfalt und Seltenheit, hervorragende Schönheit und besondere Eigenart gegeben. Infolge dessen wurden Unterschutzstellungen eingerichtet:

- ein Nationalpark
- Naturschutzgebiete
- Landschaftsschutzgebiete
- Biosphärenreservate
- und Naturparke



Bild 7

Darüber hinaus ist das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 auch in Brandenburg ein-

gerichtet, mit seinen 620 FFH-Gebieten und dem EG-Vogelschutzgebiet.

Allein die 11 Naturparke, 3 Biosphärenreservate und der Nationalpark nehmen 1/3 der Gesamtfläche Brandenburgs ein. Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete nehmen ein Anteil von knapp 40 % der Landesfläche ein. Diese Zahlen können Sie dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg entnehmen. Ihnen allen ist eins gemein: diese Flächen sind entweder ganz aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen, oder unterliegen Nutzungseinschränkungen. Dieses betrachten wir mit großer Sorge, da es sich primär um Laubholzflächen handelt; Laubholzflächen, die durch viele Förstergenerationen gepflegt wurden und dadurch eine so hervorragende Schönheit erreicht haben, dass sie nun unter Schutz gestellt werden müssen!



Bild 8

Des Weiteren haben wir – ebenfalls mit großer Sorge – zur Kenntnis genommen, dass hinsichtlich der Novellierung des BNatSchG auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und der SPD am 11. Juni 2007 im BT-Umweltausschuss darüber beraten wurde, eine Konkretisierung aufzunehmen mit einer Beispielaufzählung, welche Maßnahmen eben doch genehmigungspflichtige Projekte direkt oder an FFH-Gebiete angrenzende Wälder sein könnten. Darunter wird angeblich auch der „Einschlag von Holz in größeren Mengen“ erwähnt. Dies ist aus meiner Sicht nicht nur unverständlich, sondern auch sachlich unhaltbar und nicht angemessen. Welche Maßnahmen konkret mit dieser vagen Formulierung – „größere Mengen“ gemeint sind, ist nicht definiert und lässt einen Spielraum für nahezu willkürliche Auslegungen.

Dadurch entsteht für die Forstbetriebe und Waldbesitzer eine unerträgliche Rechtsunsicherheit, die sich entsprechend negativ auf die Versorgung der Holzverarbeitenden Betriebe auswirken wird – auch in Brandenburg!

Bereits heute sind in allen Landeswald- und Landesforstgesetzen Definitionen einer ordnungsgemäßen und nachhaltigen Forstwirtschaft aufgeführt, die präzise gefasste Verbote wie z. B. Kahlschlagverbote umfassen. Es ist folglich gesetzlich ausreichend geregelt, in welchem Umfang Holz legal geerntet werden darf. Der Holzeinschlag im Rahmen einer ordnungsgemäß betriebenen Forstwirtschaft ist lediglich eine Pflege- und Wirtschaftsmaßnahme und stellt in keiner Weise eine Beeinträchtigung der Waldökosysteme dar. Forstliche Holzerntemaßnahmen sind mithin keine Projekte. Dies muss auch in den nach Brüssel gemeldeten FFH-Gebieten gelten, in denen ursprünglich lediglich das Verbot einer Verschlechterung gelten sollte. Wie ich gestern erfahren habe, ist die Reform des Naturschutzgesetzes vorläufig gestoppt worden, so dass man also doch noch nicht ganz hoffnungslos sein muss.



Bild 9

Der aktuelle wissenschaftliche Kenntnisstand und praktische Erfahrungen in naturgemäß bewirtschafteten Forstbetrieben weisen darauf hin, dass den vielseitigen Ansprüchen der Gesellschaft und des Rohholzmarktes an Brandenburgs Wälder nur durch vielseitig gemischte und strukturreiche Wälder dauerhaft und effizient erfüllt werden können. Elementare Voraussetzung für die Entwicklung artenreicher, stabiler und nachhaltig leistungsfähiger Wälder ist eine funktionierende, gleichermaßen artenreiche Waldverjüngung. Allerdings lassen Wildbestände auf Rekordniveau dieses nicht zu.

Ein großes Verjüngungspotenzial ist vorhanden – im Durchschnitt aller Weiserflächen 7.700 Pflanzen pro Hektar, welches allerdings bereits nach drei Jahren durch Wildverbiss auf etwa die Hälfte reduziert worden ist. Jagdgesetzliche Änderungen sind längst überfällig.

Meine Damen und Herren, Erhebungen aus jüngster Vergangenheit haben uns deutlich vor Augen ge-

führt, dass es sich bei dem Forst- und Holzcluster in Brandenburg mit rd. 15.000 Arbeitsplätzen um einen wirtschaftlichen Riesen, insbesondere im ländlichen Raum handelt. Es dürfte daher nur zu verständlich sein, dass die Vertreter dieser Branchen genau beobachten, was am Beginn der Wertschöpfungskette passiert und welche Folgen aus dem Geschehen für die weiteren Glieder in der Wertschöpfungskette abzuleiten sind. Es ist eine unverrückbare Tatsache, dass ohne eine moderne und funktionierende Forstwirtschaft als Basis einer Wertschöpfungskette, Holz in einer globalisierten Welt keinerlei Wettbewerbschancen besitzt.

Oder um es anderweitig auf den Punkt zu bringen: eine Forstwirtschaft, die neben den Sozialen- und Schutzziele nicht in der Lage ist, das Nutzungsziel „Produktion und Bereitstellung von Rundholz“ in entsprechenden Mengen und Qualitäten zu erfüllen, taugt nicht als Basis für eine Wertschöpfungskette Holz, bleibt hinter ihren multifunktionalen Möglichkeiten zurück und büßt letzten Endes seine Daseinsberechtigung im eigentlichen Wortsinn Forstwirtschaft ein.

Die Frage, wie viele Mitarbeiter eine reformierte Forstpartie benötigt, wo die optimale Laubholzreviergröße ist und welche Struktur- und Rechtsform sie am Besten wählt, vermag ich nicht zu benennen. Wie ich gestern zur Kenntnis genommen habe, liegt das Detailkonzept zur Reform der Landesforstverwaltung seit vorgestern vor und ich hoffe, dass ich mit meinen Vorstellungen bezüglich einer neuen Organisation nicht von gestern bin. Erlauben Sie mir, für die Laubholzindustrie Brandenburg, Ihnen 5 Punkte zu benennen, die eine neue Organisation, unabhängig von ihrem Aufbau, zu leisten im Stande sein sollte:

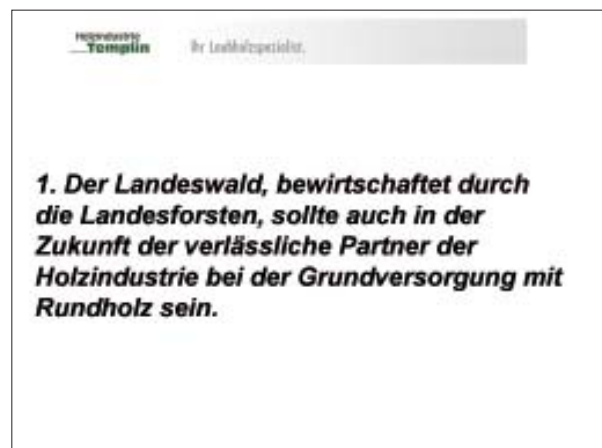


Bild 10

1. Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, war in der Vergangenheit der verlässliche

Partner der Holzindustrie bei der Grundversorgung mit Rundholz. Die zentrale Bündelung der Mengen und deren Vermarktung war erfolgreich. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Eigentumsverteilung und der Holzmobilisierungsprobleme in anderen Eigentumsarten ist diese Funktion noch wichtiger geworden als zuvor. Diese wichtige Aufgabe muss das Landesvermögen Wald auch nach der Reform in vollem Umfang erfüllen können und durchführen dürfen.

Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, sollte auch in der Zukunft der verlässliche Partner der Holzindustrie bei der Grundversorgung mit Rundholz sein.



Bild 11

2.

Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, war in der Vergangenheit der verlässliche Partner der Holzbe- und verarbeitenden Industrie bei der Sicherung von Arbeitsplätzen durch planbare Holzversorgung. Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, ist damit zum stabilisierenden Faktor der Holzwertschöpfungskette und des Clusters Forst und Holz in Brandenburg geworden. Diese wichtige Aufgabe muss das Landesvermögen Wald auch nach der Reform in vollem Umfang erfüllen können und durchführen dürfen.

Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, sollte auch in der Zukunft der verlässliche Partner der Holzbe- und verarbeitenden Industrie bei der Sicherung von Arbeitsplätzen durch planbare Holzversorgung sein.

3.

Sich stetig wandelnde Märkte erfordern schnelle und flexible Reaktionen der Marktpartner. Dies gilt besonders dann, wenn die Verflechtungen der Marktpartner so eng und unmittelbar sind, wie in der Holzwertschöpfungskette. Den Anforderungen an Schnelligkeit und Flexibilität im Marktgeschehen konnte der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten,



Bild 12

in der Vergangenheit nicht bei allen Gelegenheiten erschöpfend genügen. Hier gilt es bei der Findung neuer Strukturen kreativ und mutig genug zu sein, um in diesen Bereichen spürbare und marktkonforme Strukturveränderungen zu erreichen.

Der Landeswald, bewirtschaftet durch die Landesforsten, sollte durch die Reform in die Lage versetzt werden, in der Zukunft als verlässlicher Marktpartner der Holzwertschöpfungskette schnell und flexibel am wirtschaftlichen Marktgeschehen teilnehmen zu können.

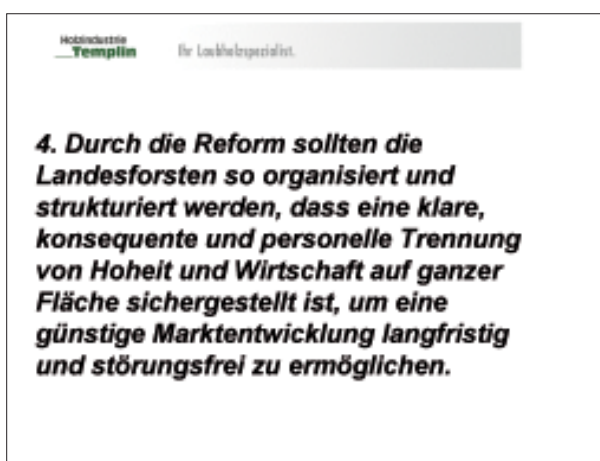


Bild 13

4.

In der Vergangenheit führte die enge Verknüpfung von hoheitlichen Aufgaben und wirtschaftlichen Interessen der Landesforst zu Konflikten im Wettbewerb und Marktgeschehen. Neben rechtlichen Fragen berührten diese Zwischenfälle vor allem die Abläufe auf den Märkten in einer ungünstigen Weise. Bei der Findung neuer Strukturen der Bewirtschaftung und Verwaltung sollte kreativ und mutig eine klare und strikte Trennung dieser beiden Aufgabenbereiche sichergestellt werden.

Durch die Reform sollte die Landesforst so organisiert und strukturiert werden, dass eine klare, konsequente und personelle Trennung von Hoheit und Wirtschaft auf ganzer Fläche sichergestellt ist, um eine günstige Marktentwicklung langfristig und störungsfrei zu ermöglichen.

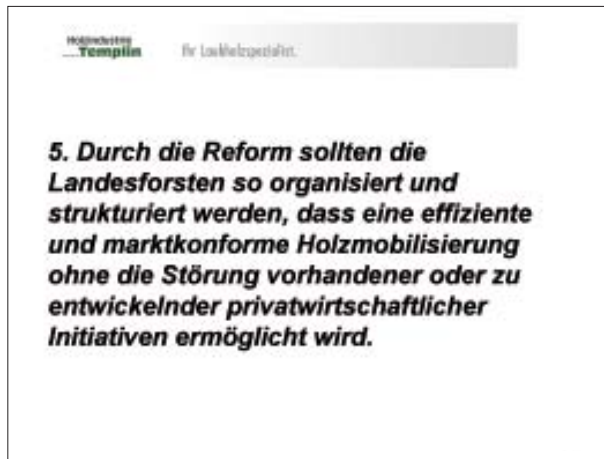


Bild 14

5.

Die Mobilisierung ungenutzter Rohholzreserven ist eine gemeinschaftliche Herkules-Aufgabe aller an der Wertschöpfungskette Holz beteiligter Branchen und Marktteilnehmer. Die Reform sollte daher die Chance nutzen, durch geeignete Strukturen effizienter und marktkonformer als bisher eine Holzmobilisierung zu gewährleisten, bzw. zu unterstützen, ohne dabei vorhandene oder noch zu entwickelnde privatwirtschaftliche Strukturen zu gefährden oder zu behindern. Dabei könnten verstärkt gemeinsam mit der Industrie betriebene Mobilisierungsprojekte einen wichtigen Beitrag leisten.

Durch die Reform sollte die Landesforst so organisiert und strukturiert werden, dass eine effiziente und marktkonforme Holzmobilisierung ohne die Störung vorhandener oder zu entwickelnder privatwirtschaftlicher Initiativen ermöglicht wird.

Als Vertreterin einer Holzindustrie, die seit vielen Jahren an den Brandenburger Holzmärkten agiert und die Verhältnisse der Forst- und Holzwirtschaft hierzulande gut kennt, ist mir die Tragweite der derzeitigen Reformstufe bewusst. Die Auswirkungen der Reform werden auf viele Jahre hinaus das Bild und das Geschehen der Forst- und Holzwirtschaft Brandenburgs prägen, oder zumindest nachhaltig beeinflussen. Es liegt daher in meinem ureigensten Interesse, dass die Reform der Landeswaldbewirtschaftung und der Landesforstverwaltung ein voller Erfolg wird.

Mit der Berücksichtigung der 5 Forderungen der Holzindustrie wird die Forst- und Holzbranche nicht über Nacht alle Sorgen los. Es gibt zahlreiche andere Baustellen, die den Mut und das Engagement der Politik und des Unternehmers fordern. Aber mit der Umsetzung der Forderungen erhalten wir an einem unserer Lebensnerven – der Rohstoffversorgung – eine Verlässlichkeit, die uns Agieren und Reagieren auf den Märkten der Zukunft erst möglich macht.

In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung heute hier und all den anderen Etappen in dem Reformprozess gutes Gelingen und eine glückliche Hand bei der Auswahl der geeigneten Mittel, dieses Land als Holzindustriestandort zu sichern und zu entwickeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Foto: Jan Engel

Erfordernisse und Anforderung an die Weiterentwicklung der Landesforstverwaltung: „Sagen Sie Ihre Meinung“

Podiumsdiskussion zur forstpolitischen Jahrestagung am 14.06.2007 in Paaren/Glien

Die Podiumsdiskussion stand ganz im Zeichen der Forstreform und so standen neben dem Minister, Vertretern des Privatwaldes, den Vorsitzenden der forstlichen Gewerkschaften und Berufsverbände auch die agrarpolitischen Sprecher aller Landtagsfraktionen Rede und Antwort.

Diese hatten tags zuvor auf Druck der Verbände im Landtag eine umfangreichere Untersetzung des Reformkonzepts von Minister *Woidke* gefordert, so dass sich nun neue Perspektiven zur Mitgestaltung im umstrittenen Reformprozess bieten könnten. Der enge Finanzrahmen, eine notwendige Aufgabenkritik und die soziale Absicherung der Beschäftigten standen gemeinsam im Mittelpunkt der teilweise emotional geführten Diskussion.

Dennoch vertraten Ministerium, Beschäftigte, Gewerkschaften und die Politik ganz unterschiedliche Lösungsansätze.

Unter der Leitung von Moderator *Hannes Elster*, Chefredakteur der Zeitschrift „Pro Wald“, nahmen an der Podiumsdiskussion teil:

Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Kornelia Wehlan, Agrarpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke.PDS

Udo Folgart, Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Dieter Helm, Agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Prof. Dr. *Michael Suda*, Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik der TU München

Martin Hasselbach, Vorstandsmitglied des Waldbesitzerverbandes Brandenburg e. V.

André Jander, Vorsitzender des BDF-Landesverbandes Brandenburg-Berlin

Jörg Müller, IG BAU, Vorsitzender der Landesvertretung Brandenburg Beamte/Angestellte in Forst und Naturschutz der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

In Ihren Statements zu Beginn der Diskussion erläuterten die Teilnehmer ihre Sicht auf die Forstreform und formulierten Ansprüche für den weiteren Weg.

„Das aktuelle Reformvorhaben enthält nur fragmentartige Ansätze“ kritisierte *Kornelia Wehlan* (DieLinkePDS) und forderte eine umfassende Aufgabenkritik, bevor Entscheidungen getroffen werden. Struktur- und Personalentscheidungen dürften erst nach klarer Formulierung von Aufgabenfeldern getroffen werden.

Mit Blick auf die zuvor gehörten Fachvorträge der Tagung hob *André Jander* (BDF) die wichtige infrastrukturelle Bedeutung der Landesforstverwaltung bei der Stabilisierung der ländlichen Räume hervor. Die jetzigen Rahmenbedingungen seien „eine Zwangsjacke“ so *Jander*, der noch vielfältigen Handlungsbedarf bei der politischen Einflussnahme sieht.

So sah es auch *Jörg Müller* (IG BAU), der noch einmal auf die wichtige Bedeutung von organisierten Arbeitnehmer-Interessen einging. Es müssen im jetzigen Reformprozess klare soziale Perspektiven aufgezeigt werden, denn eine Landesforstverwaltung dürfe nicht einseitig aus dem wirtschaftlichen Blickwinkel betrachtet werden. Eine Anstalt öffentlichen Rechts lehne seine Gewerkschaft daher ab.

Dieter Helm (CDU) befürwortete hingegen den angestrebten Rechtsformwechsel, da dieser nach seiner Auffassung langfristige Planungssicherheit gebe und somit den gewerkschaftlichen Forderungen entspreche. Das Land müsse bei der zu erwartenden Finanzsituation handlungsfähig bleiben, betonte *Helm*, der dabei jedoch auch Verständnis für die betroffenen Forst-Mitarbeiter äußerte. Diese Meinung vertrat als Abgeordneter der Regierungskoalition auch *Udo Folgart* (SPD) und appellierte an mehr Sachlichkeit im weiteren Reformprozess.

In eine andere Richtung argumentierte *Martin Hasselbach* (Waldbesitzerverband), der sich aus Waldbesitzer-Sicht für eine klare Trennung von Betrieb und Hoheit im Landesforst aussprach. Weitere Empfehlungen wollte er nicht geben, da er sich als Wald-Unternehmer auch nicht in derartigen betrieblichen Entscheidungen beeinflussen lassen wollte.

Er sei kein Berater, sondern Wissenschaftler äußerte Prof. *Michel Suda* (TU München) auf die Frage, wie es denn mit Brandenburgs Forstverwaltung weitergehen solle. Er gab jedoch eindrücklich zu bedenken, dass die momentan ausschließliche Konzentration auf den Rohstoff Holz der erforderlichen Multifunktionalität des Waldes nicht mehr gerecht werde. Wenn weitere Reformen die Förster aus der Fläche zurückziehen, werden diese Lücken von an-

deren Interessengruppen gefüllt, da der Wald den vielfältigsten Partikularinteressen ausgesetzt sei.

Abschließend meldete sich Minister Dr. *Dietmar Woidke* (SPD) zu Wort und verteidigte seine Vorstellung zur zukunftsfähigen Umgestaltung der Landesforstverwaltung. „Brandenburg steht nicht im luftleeren Raum“ untermauerte der Minister die Notwendigkeiten. Aus seiner Sicht ermögliche gerade eine Anstalt öffentlichen Rechts die höchsten sozialen Sicherheiten und relative Planungssicherheit für die Mitarbeiter. Er sei sich sicher, dass die Landesforstverwaltung dann noch besser zeigen könne, welches Potenzial in ihr stecke.

In zahlreichen Wortmeldungen wurde gerade dieses jedoch vielfach bezweifelt und am Ende der Diskussion blieben insbesondere für die Personalräte viele Fragen offen, die sie mit kategorisch ablehnender Haltung zu einer Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts vehement formulierten. Wie werden die Mitarbeiter übergeleitet, sind bei den angedachten Reviergrößen Betreuungsaufgaben im Privatwald noch zu leisten und welche Aufgaben werden dem „Überhang“ zugewiesen und wie findet die Personalauswahl statt? Gerne hätten die Interessenvertretungen eine kritische Auswertung der bisherigen Reform und einen weichen Übergang bei Entwicklung der bisherigen Strukturen. Die Entwicklungen in der Politik scheinen wieder einmal schneller zu sein. So wird die Devise der Verbände nun „retten, was zu retten ist“ sein, um möglichst viel in der Reform mitzugestalten. Diese Möglichkeit sagte der Minister ausdrücklich zu, ein Schritt in Normalisierung der zuvor erheblich gestörten beiderseitigen Kommunikation.

Jan Engel

In der Eberswalder Forstlichen Schriftenreihe sind bereits erschienen:

- Band I** PAUL-MARTIN SCHULZ: „Biographie Walter Pfalzgraf, des ersten Leiters des Zentralforstamtes in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945–1948“, ISBN 3-933352-02-9
- Band II** HORST MILDNER/EKKEHARD SCHWARTZ: „Waldbau in der Schorfheide, zum Andenken an Oberlandforstmeister Dr. phil. Erhard Hausendorff“, ISBN 3-933352-06-1
- Band III** DIETER HEINSDORF u. a.: „Forstliche Forschung im Nordostdeutschen Tiefland (1992–1997)“ ISBN 3-933352-07-X
- Band IV** HANS HOLLENDER u. a.: „Planung der Waldentwicklung im Land Brandenburg, Vorträge zur Fachtagung am 4. November 1998 in Eberswalde“ ISBN 3-933352-10-X
- Band V** RALF KÄTZEL u. a.: „Forstsaatgutprüfung in Eberswalde 1899–1999, Grundlage für eine nachhaltige Forstwirtschaft“, ISBN 3-933352-12-6
- Band VI** DIETER HEINSDORF: „Das Revier Sauen – Beispiel für erfolgreichen Waldumbau“ ISBN 3-933352-22-3
- Band VII** KLAUS HÖPPNER u. a.: „Ökologische und ökonomische Gesichtspunkte der Waldbewirtschaftung im südlichen Brandenburg“ ISBN 3-933352-24-X
- Band VIII** HUBERTUS KRAUT/REINHARD MÖCKEL: „Forstwirtschaft im Lebensraum des Auerhuhns, ein Leitfaden für die Waldbewirtschaftung in den Einstandsgebieten im Lausitzer Flachland“ ISBN 3-933352-23-1
- Band IX** RALF KÄTZEL u. a.: „Die Birke im Nordostdeutschen Tiefland; Eberswalder Forschungsergebnisse zum Baum des Jahres 2000“ ISBN 3-933352-30-4
- Band X** Sonderband; Abteilung Forstwirtschaft des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg: „Landeswaldbericht 1997 und 1998, mit einem Sonderkapitel zur Naturalplanung in Brandenburg“ ISBN 3-933352-31-2
- Band XI** HANS-FRIEDRICH JOACHIM: „Die Schwarzpappel (*Populus nigra* L.) in Brandenburg“ ISBN 3-933352-32-0
- Band XII** CHRISTIAN BRUECK u. a.: „Zertifizierung von Forstbetrieben. Beiträge zur Tagung vom 5. November 1999 in Fürstenwalde/Spree (Brandenburg)“, ISBN 3-933352-34-7
- Band XIII** DIETER HEINSDORF, JOACHIM-HANS BERGMANN: „Sauen 1994 – ein gelungener Waldumbau ...“, ISBN 3-933352-35-5
- Band XIV** Sonderband; Abteilung Forstwirtschaft des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg: „Landeswaldbericht 1999 mit einem Sonderkapitel ‚Regionaler Waldbericht für die Zertifizierung der Waldbewirtschaftung in Brandenburg‘“ ISBN 3-933352-37-1
- Band XV** WINFRIED RIEK u. a.: „Funktionen des Waldes und Aufgaben der Forstwirtschaft in Verbindung mit dem Landschaftswasserhaushalt“ ISBN 3-933352-47-9
- Band XVI** JÖRG MÜLLER u. a.: „Privatwald in Brandenburg – Entwicklung, Rahmenbedingungen und aktuelle Situation“ ISBN 3-933352-48-7
- Band XVII** AUTORENKOLLEKTIV: „Die Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa* [L.] GAERTN.) im nordostdeutschen Tiefland“, ISBN 3-933352-52-5
- Band XVIII** AUTORENKOLLEKTIV: „Zertifizierung nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Brandenburg“ ISBN 3-933352-53-3
- Band XIX** WINFRIED RIEK, FALK STÄHR u. a.: „Eigenschaften typischer Waldböden im Nordostdeutschen Tiefland unter besonderer Berücksichtigung des Landes Brandenburg – Hinweise für die Waldbewirtschaftung“ ISBN 3-933352-56-8
- Band XX** AUTORENKOLLEKTIV: „Kommunalwald in Brandenburg – Entwicklung, Rahmenbedingungen und aktuelle Situation“, ISBN 3-933352-57-6
- Band XXI** AUTORENKOLLEKTIV: „Naturverjüngung der Kiefer – Erfahrungen, Probleme, Perspektiven“ ISBN 3-933352-58-4
- Band XXII** JÖRG MÜLLER u. a.: „Die zweite Bundeswaldinventur (BWI2) – Ergebnisse für Brandenburg und Berlin“, ISBN 3-933352-59-2

Band XXIII AUTORENKOLLEKTIV: „Zukunftsorientierte Waldwirtschaft: Ökologischer Waldumbau im nordostdeutschen Tiefland“

Band XXIV GERHARD HOFMANN/ULF POMMER: „Potentielle Natürliche Vegetation von Brandenburg und Berlin“, mit Karte im Maßstab 1 : 200 000
ISBN 3-933352-62-2

Band XXV AUTORENKOLLEKTIV: Aktuelle Ergebnisse und Fragen zur Situation der Eiche und ihrer Bewirtschaftung in Brandenburg, ISBN 3-933352-63-0

Band XXVI AUTORENKOLLEKTIV: Wissenstransfer in die Praxis, Tagungsband zum 1. Eberswalder Winterkolloquium am 2. März 2006, ISBN 3-933352-64-9

Band XXVII AUTORENKOLLEKTIV: Die Schwarz-Pappel, Fachtagung zum Baum des Jahres 2006,
ISBN 3-933352-63-0

Band XXVIII AUTORENKOLLEKTIV: Naturschutz in den Wäldern Brandenburgs Beiträge der Naturschutztagung vom 2. November 2006 in Eberswalde
ISBN 3-933352-97-8

Band XXIX AUTORENKOLLEKTIV: Wissenstransfer in die Praxis-Beiträge zum zweiten Winterkolloquium am 1. März 2007 in Eberswalde

Band XXX AUTORENKOLLEKTIV: Waldwachstumskundliche Grundlagen für eine effektive Waldbewirtschaftung – Zum 100. Geburtstag von Professor Dr. habil. Werner Erteld

Band XXXI AUTORENKOLLEKTIV: 100 Jahre Naturschutzgebiet Plagefenn – ein Beispiel für erfolgreiches Zusammenwirken von Forstwirtschaft und Naturschutz. Tagungsband zur Jubiläumsveranstaltung vom 11.–12. Mai 2007 in Chorin

Band XXXII AUTORENKOLLEKTIV: Die Kiefer im Nordostdeutschen Tiefland – Ökologie und Bewirtschaftung

**Ministerium für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg**

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: 03 31 / 8 66 72 37 und 03 31 / 8 66 70 17

Fax: 03 31 / 8 66 70 18

E-Mail: pressestelle@mluv.brandenburg.de

Internet: www.mluv.brandenburg.de

Landesforstanstalt Eberswalde

Alfred-Möller-Straße 1

16225 Eberswalde

Telefon: 0 33 34 / 6 50

Fax: 0 33 34 / 6 52 06

E-Mail: lfe@lfe-e.brandenburg.de

Internet: www.lfe.brandenburg.de